# Lateinamerika



Analysen und Berichte 3



Verelendungsprozesse und Widerstandsformen









- V. Bennholdt-Thomsen
- T. Evers
- C. Müller-Plantenberg
- U. Müller-Plantenberg
- W. Schoeller



Olle & Wolter

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 73

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juli-August 1979

Solidaritätspreis DM 2,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

NICARAGUA: DES IMPERIALISMUS NEUE KLEIDER — PARAGUAY: LÄNGSTE DIKTATUR LATEINAMERIKAS — MEXIKO: SCHWARZER REICHTUM — GRÜNE ARMUT — BOLIVIEN: KULISSENKÄMPFE UM DIE PRÄSIDENTSCHAFT—KOLUMBIEN: NEUER CIA-SCHWERPUNKT: DIE KIRCHE — CHILE: PEINLICHKEITEN — PERU: LEHRERSTREIK

ZU DIESEM HEFT	3
<ul> <li>I. BRD         <ul> <li>Wie Strauß den Sack Frei schlug und den Esel Kohl meinte</li> </ul> </li> </ul>	4
<ul> <li>II. NIKARAGUA</li> <li>Somoza ist politisch geschlagen – wann endet der Krieg?</li> <li>Die Zwickmühlen der USA</li> </ul>	10 14
<ul> <li>III. KOLUMBIEN</li> <li>Rundbrief des CRIG</li> <li>Anklage gegen Jesuiten</li> <li>Konkordatsbruch und CIA — Strategie gegen die Kirche der Armen</li> <li>Zur juristischen Situation</li> </ul>	23 26 30 33
IV. BOLIVIEN  — Nach den Wahlen  — Geschichte der Campesinos — 3. Teil	40 43
V. MEXIKO – Schwarzer Reichtum – Grüne Armut	48
VI. KARIBIK – Domino in der Karibik	55
VII. PERU  – Streik der Lehrer weitet sich aus  – amnesty international protestiert gegen Verhaftungen	58 59
VIII. CHILE Peinlichkeiten	62
IX. PARAGUAY  — Die längste Diktatur Lateinamerikas	66
X. ARGENTINIEN — Die Frauen vom Plaza de Mayo	71
XI. LESERBRIEFE	76
XII. REZENSION	78

### Impressum:

### LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 7 der CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich (mindestens 11mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 12, Juni 1979

Abonnementspreis: DM 30.-Vorauszahlung auf:

PERUS LEHRBREST BEIK

Sonderkonto des Chile-Komitees - "Hilfe für Chile" PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108 Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-Abo"79

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL

Savignyplatz 5 1000 Berlin 12 Tel, 030/313 50 65

Redaktion: Redaktionskollektiv V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenangabe gestattet, Belegexemplare erbeten.

# ZU DIESEM HEFT

Vertreter der US-Regierung verlangen von der nicaraquanischen Exilregierung das Zugeständnis, die Nationalgarde solle zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in jedem Fall weiterbestehen. Dieselbe Nationalgarde, die Jugendliche einfach nur deshalb tötet, weil sie jung sind und so zum Nachwuchs der Sandinisten werden könnten! Dieselbe Nationalgarde, die Wohngebiete mit Flächenbombardements belegt, weil die dort wohnende oder dorthin geflüchtete Bevölkerung unter dem Verdacht steht, mit den Sandinisten zu sympathisieren!

Man stelle sich vor, jemand hätte 1945 gefordert, die SS aus Gründen der inneren Sicherheit fortbestehen zu lassen. Niemand ist auf eine so absurde Idee gekommen. Aber als Garanten von Ruhe, Ordnung und Democracy sind der US-Regierung offenbar auch die Henker recht.

Wenn nach vierzig Jahren der Somoza-Diktatur plötzlich die Sorge um die Demokratie in Nicaragua immer lauter tönt und von ihrer Bedrohung durch die Sandinisten geredet wird, dann läßt sich das nicht anders begreifen denn als Sorge um die eigene Herrschaft angesichts der drohenden Herrschaft des Volkes.

In Nicaragua scheint das Volk vor einem Sieg über die Diktatur zu stehen. Wir berichten in diesem Heft über diesen Kampf und über die Einflußnahme der USA sowie deren Hintergründe. Mit dem Sieg der Sandinisten wäre die Sache nicht ausgestanden. "Nach den Schwierigkeiten des Gebirges folgen die Schwierigkeiten der Ebene", sagt Brecht. Das heißt: die Solidarität darf mit dem Ende des Bürgerkrieges nicht aufhören.

Ähnliches gilt für Bolivien, wo die Diktatur gestürzt wurde und die Linke eine Chance hat, an die Regierung zu gelangen. Gelingt ihr das, so fangen die Probleme erst an. Wahrscheinlicher scheint noch, daß sie mit politischen oder militärischen Manövern um ihren Wahlsieg betrogen wird.

In Kolumbien geht die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung. Was als funktionierende Demokratie erscheint, nimmt immer stärker diktatorische Züge an.



In der Bundesrepublik haben wir jetzt in Franz Josef Strau3 einen Kanzlerkandidaten, der sich eine Mehrheit innerhalb der CDU/CSU dadurch verschafft hat, daß er als Freund und Verteidiger von Diktatoren vom Schlage Pinochets aufgetreten ist. Wir zeichnen das noch einmal genau nach, damit jeder weiß, mit wem er es zu tun hat.

Übrigens: Die Lateinamerika-Nachrichten beginnen mit diesem Heft ihren 7. Jahrgang. Die Kandidatur von Strau3 zeigt uns, daß unsere Arbeit nicht überflüssig geworden ist. Leider.

# BUNDESREPUBLIK

# WIE STRAUSS DEN SACK FREI SCHLUG UND DEN ESEL KOHL MEINTE

Daß Franz Josef Strauß durch den Friedensschluß nach Kreuth seinen Anspruch auf die Kanzlerkandidatur keineswegs aufgegeben hatte, war jedermann innerhalb wie außerhalb der Unionsparteien klar. Zum ersten Mal öffentlich ausgesprochen wurde dies etwa ein Jahr nach Kreuth durch den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Fritz Zimmermann, der am 24.11.1977 seinen Parteichef als "genauso potentiellen Kanzlerkandidaten wie Helmut Kohl" bezeichnete. Etwa zu gleicher Stunde landete Strauß in Frankfurt, zurückgekehrt von seiner damaligen Chile-Reise (vgl. LN 55).

Schon damals war deutlich, daß der Besuch bei Pinochet keineswegs zufällig zusammentraf mit der Erneuerung des Anspruchs auf die Unions-Kandidatur, und daß die Chile-Reise zu einem Gutteil eine innenpolitische Reise gewesen war. Inzwischen ist Strauß an seinem vorläufigen Reiseziel angelangt; es ist für die heutige Diskussion aufschlußreich, wie Strauß sich damals in Santiago für Bonn qualifizierte.

nu igna: use rasconde: mis spacetandes: -pinsister: 1 de://scalise



"Ich lasse doch Franz Josef nicht im Regen stehen!"

tz, München

Man erinnert sich: Just in den Tagen, in denen der Sozialausschuß der UN-Vollversammlung zum wiederholten Male der chilenischen Militärjunta aufgrund umfangreicher Dokumente "fortgesetzte und systematische Verletzung der Menschenrechte" vorwarf, lobte Strauß "den inneren Frieden und die politische Stabilität in Chile" (SZ 24.11.1977) und ermahnte die Bevölkerung, "als loyale, fleißige, treue Bürger" die Militärregierung bei deren Aufbauarbeit zu unterstützen und dabei mitzuwirken, "daß die Freiheit in ihrem Lande erhalten bleibt" (FR 1.12.1977).

Der Sturm der Empörung, der sich damals aufgrund solcher und ähnlicher Außerungen von Strauß erhob, vernebelte die Tatsache, daß Strauß gar nicht in erster Linie nach Chile gereist war, um Pinochet aus seiner internationalen Isolierung zu helfen - welche politische Gegenleistung hätte ein Pinochet einem Strauß dafür zu bieten gehabt? Das Lob der Militärs war vielmehr nur das notwendige Kontrastprogramm zum eigentlichen politischen Leitmotiv jener fünf Tage am Fuße der Kordillere: dem Tadel an den chilenischen Christdemokraten und insbesondere an ihrem Chef Eduardo Frei. Es ging darum, in den Angriffen auf Frei symbolisch den Rivalen Kohl zu treffen, in der Verdammung der chilenischen DC stellvertretend die Konfrontation mit deren Schwesterpartei CDU und deren inneren Spaltungsprozeß voranzutreiben, ohne formal den nach Kreuth beschworenen Burgfrieden zu brechen. So fielen denn auch die Apologien der Junta eher umschreibend aus, während die Attacken auf die chilenischen Christdemokraten an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen.

So sagte Strauß am zweiten Tag seines Aufenthalts im Regierungsgebäude nach seinem ersten Besuch bei Pinochet: "Meine christdemokratischen Freunde von Chile halfen mit, den Herrn Salvador Allende zu wählen. Auf der Grundlage unserer Informationen und unserer politischen Überzeugungen waren wir damals der Meinung – das sage ich mit Nachdruck –, daß dies ein Fehler war." (Mercurio 19.11.77) Die chilenische DC war aus den Präsidentschaftswahlen von 1969 nur als drittstärkste Partei hervorgegangen und stand daher vor der Alternative, bei der Stichwahl im Parlament entweder dem Wahlsieger

Allende der linken Parteienkoalition "Unidad Popular" oder dem rechtskonservativen Alessandri der Nationalen Partei zur Präsidentschaft zu verhelfen. - Sie entschied sich nach langen Verhandlungen - der demokratischen Tradition des Landes entsprechend - für Allende als den meistgestimmten Kandidaten, der dafür besondere Garantien unterschreiben mußte. Ein Pakt mit den Marxisten - das ist freilich ein unverzeihlicher Sündenfall im Urteil jener, deren Weltbild von der Polarität "Freiheit oder Sozialismus" beherrscht ist.

Die chilenischen Christdemokraten glaubten, ihren Ohren nicht trauen zu können: Das war noch nie vorgekommen, daß ein ausländischer Besucher in Gegenwart ihres innenpolitischen Hauptfeindes Pinochet eine öffentliche Erklärung gegen die DC abgab - und nun gar ein vermeintlicher Parteifreund?

Von "Freunden" war bald keine Rede mehr: Am Tag nach seinem Anstandsbesuch bei Frei ließ Strauß wissen: "Wir bleiben Freunde des chilenischen Volkes, des wirklichen Volkes und nicht der Demagogen" (La Segunda 22.11.1977). Das Wort 'Demagogen' ist die Standardumschreibung, mit der Pinochet die Christdemokraten und speziell Frei zu bezeichnen pflegt. Weiter: Schuld an den heutigen Schwierigkeiten sei weniger der gestürzte Präsident Allende, "sondern hauptsächlich die, die ihm zur Macht verholfen haben" (FR 22. 11.1977). Der Übergang zur Demokratie brauche seine Zeit, weil die Militärs "die Regierung nicht den Politikern übergeben und dann

zuschauen können, wie das Land wieder zerstört wird" (a.a.O.). Alles Formulierungen, die wörtlich so aus dem Munde Pinochets hätten stammen können.

Aber mehr noch als durch Worte brüskierte Strauß die chilenischen Christdemokraten durch sein Besuchsprogramm. Mit Ausnahme von Frei, den er offenbar nur besuchte, um nachträglich über ihn herziehen zu können, traf Strauß sich mit keinem Christdemokraten. Stattdessen begrüßte er systematisch solche Vertreter des Militärregimes, die durch ihre offene Gegnerschaft zur DC bekannt sind.

Das begann mit der Entgegennahme einer Ehrenprofessur aus der Hand von Hugo Rosende, dem vom Militär eingesetzten Dekan der Rechts-wissenschaftlichen Fakultät und Star-Anwalt der Junta in ihren politischen Prozessen. Wann immer die Christdemokraten versuchten, vor Gericht gegen eine Einschränkung ihrer politischen Rechte aufzutreten, stand ihnen Rosende als "juristischer" Vertreter der Diktatur gegenüber. Er schmetterte Mitte 1976 ihre Klage gegen die Verbannung ihres Vizepräsidenten Jaime Castillo ab, er focht Anfang 1977 die Schließung des DC-nahen Radio Balmaceda durch. Dabei trat er den Christdemokraten mit einer Mischung von brutalem Macht-Zynismus und Hohn gegenüber; so sagte er im Prozeß um Radio Balmaceda: "Die Suspendierung der politischen Parteien ist der politische Schlaf; und wer schläft, kann nichts tun, außer diese Herren sind Schlafwandler."

Auch Enrique Ortúzar, Mitglied von "Opus Dei" und Vorsitzender der "Verfassungs-Kommission" der Junta, den Strauß als Garanten der demokratischen Zielvorstellungen der Militärs nahm, ist den Christdemokraten durch eine lange Feindschaft verbunden. Er war unter dem konservativen Amtsvorgänger von Frei bis 1964 Justizminister, und erließ in dieser Eigenschaft ein "Gesetz gegen den Mißbrauch der Publizität", das von der damaligen christdemokratischen Opposition als "Maulkorb-Gesetz" bekämpft wurde. Sein Nachfolger als Justizminister unter Frei war besagter Jaime Castillo, der dieses Gesetz alsbald aufhob. Vorübergehend im Kampf gegen Allendes Volksfront-

Regierung, standen sich beide Männer bald nach dem Putsch wieder als Vertreter verfeindeter politischer Richtungen gegenüber. Castillo ließ keine Gelegenheit aus, den klerikal-autoritären Geist von Ortúzars Verfassungsplänen bloßzustellen – einer der Gründe, warum er eines Morgens von der Geheimpolizei DINA aus dem Bett geholt, verprügelt und in ein Flugzeug nach Argentinien gesetzt wurde.

Als Gewerkschaftsvertreter ließ Strauß sich nicht ein Führungsmitglied aus der "Gruppe der Zehn" vorstellen, die damals einen zwar informellen, aber relativ breit anerkannten Zusammenschluß überwiegend christdemokratischer Gewerkschaften darstellte, sondern traf sich mit Raúl Orrego, dem Vorsitzenden der faschistoiden juntaergebenen "Arbeitsfront der Nationalen Einheit", sowie mit Guillermo Medina, der als "Arbeitervertreter" in Pinochets Staatsrat saß, von wo aus er die gewerkschaftsfeindliche Politik der Militärs unterstützte und die "Gruppe der Zehn" bekämpfte.

Der letzte Akt des Besuchsprogramms war ein Arbeitsessen mit Vertretern der Wirtschaftsequipe der Junta – jener Gruppe von US-geschulten Monetaristen, die die Christdemokraten als "Chicago-Boys" bezeichnen und gerne ersetzen möchten. Bei dieser Gelegenheit unterstützte Strauß den von der Junta betriebenen Abbau jeder staatlichen Protektion für die einheimische Industrie, der von den Christdemokraten als ruinös für die einheimische Wirtschaft abgelehnt wurde.

Bei diesem Abschiedsessen machte Strauß sich auch die alte Rechtfertigungsformel der Junta zu eigen, die Militärs seien im August 1973 vom Kongreß mit den Stimmen der Christdemokraten und der Nationalen Partei zum Eingreifen aufgefordert worden - das habe Frei selber gesagt, deshalb dürfe er sich jetzt nicht über eine Militärregierung beklagen. Frei antwortete mit einer öffentlichen Erklärung, die Äußerung von Strauß entspreche nicht der Wahrheit; er stimme "mit seinem Urteil über die Lage unseres Landes nicht überein" (FAZ 24.11.1977). Strauß ließ sich den Fehdehandschuh nicht entgehen: In der Tagesschau am Abend seiner Rückkehr zichtigte er Frei des bewußten Gedächtnisschwunds: "Er hat mir gesagt, er habe die Militärs schon früher aufgefordert, einzugreifen... Was ihn bedrückt, ist etwas anderes, daß die Militärs nach ihrem Eingreifen ihm nicht wieder den Posten des Staatspräsidenten angeboten haben. Da liegt - auf deutsch gesagt - der Hund begraben." (Vorwärts 1.12.1977). Frei schoß zurück mit einer zweiten Erklärung, in der er Strauß nun unverhohlen einen Lügner nannte und ihm vorwarf, seine Gastfreundschaft mißbraucht zu haben; es sei "wahrhaft tragisch", daß Strauß sich bei seinem Besuch gegen die verfolgte Christdemokratie gewandt und zum Verbündeten der Gegner der Demokratie gemacht habe (FR 25.11.1977). Strauß hatte selbst auf diesen groben Klotz einen noch gröberen Keil: In seinem Reisebericht nannte die Strauß die chilenischen Politiker "greinende, verbrauchte und verschlissene Typen" (SZ 25.11.1977). So kraß hatte das selbst Pinochet bisher nicht gesagt - die chilenische Rechts-Presse jubelte. Frei faßte den Scherbenhaufen zusammen: "Herr Strauß hat in fünf Tagen alles zusammengetragen, was meine Feinde über mich verbreiten." (Der Spiegel 49/1977).

WORTLAUT DER BEIDEN GEGEN-ERKLÄRUNGEN VON EDUARDO FREI

1. Es ist falsch, wenn Dr. Strauß behauptet, daß der crulenische Kongreß (das Parlament, d. Red.) die Militärintervention verlangte. Ich konnte ihm gegenüber nicht etwas erklären, was nicht zutraf, da die Streitkräfte nicht auf Bitten des Kongresses handelten und es demgegenüber zu einer ihrer ersten Maßnahmen gehörte, diesen aufzulösen. Dies ist eine Talsache, an der auch Worte nichts ändern können.

2. Wenn Herr Strauß so gegen meine Person eingenommen zu sein scheint, kann ich nicht verstehen, daß er bat, mich in meinem Hause besuchen zu wollen und mir dabei im Beiseln mehrerer Personen in wie derholten Erklärungen sehne Freundschaft und Wertschätzung ausdrückte.

3. Zu sagen, daß ich aus Ambition gehandelt habe, ist eine grundlose und unredliche Annahme. Vierzig Jahre lang kämpfte ich, obenso wie die chilenische Christdemokratie, für die Achtung der Demokratie, der Verfassung und der Gesetze und für die vollständige Respektierung der Menschenrechte, Deswegen wurde ich von der extremen: Linken wie von der extremen Rechten gleichermaßen angegriffen. Es ist bedauerlich, daß Herr Strauß jetzt dieselben Begriffe und Verfälschungen wiederholt.

4. Es entspricht den Tatsachen, daß Strauß in seinen öffentlichen Erklärungen wiederholt die chilenische Christdemokratie und die übrigen Parteien kritisierte und die derzeitige Regierung Chiles lobte. Es ist dabei wahnalt tragisch, daß Herr Strauß diejenigen, die zum Schweigen gebracht wurden, bekämpft und damit zwangsläufig zum Verbündeten derjenigen wird, die nicht an die Demokratie in Chile glauben.

5. Als Christdemokrat hätte ich es in diesen für uns so schwierigen Augenblicken nicht gewünscht, Herrn Strauß antworten zu müssen. Aber gegenüber einem ebenso ungewöhnlichen wie ungerechten Angriff kann ich nicht schweigen.

FR 25.11.77

Das großbürgerliche Blatt "Mercurio" orakelte: "Bei einem großen Politiker, einem Parlamentarier und Parteimann, der mit Hilfe der Wählerstimmen neue Ziele erreichen möchte, bedeutet es ein ernsthaftes Risiko, hierher zu kommen und zugunsten der militärischen Entscheidung des 11. September (1973 = Putsch gegen die Allende-Regierung, d.Red.) zu sprechen, wie Strauß es getan hat. Er hat

dieses Risiko auf sich genommen, zunächst aufgrund seiner persönlichen Überzeugung, und dann vielleicht, weil die heutige Situation in Deutschland solche festen Definitionen und Verhaltensweisen erfordert" (23.11.1977).

Tatsächlich: Um seine Überzeugungen in der damaligen Situation in Deutschland deutlich zu machen, waren die chilenischen Christdemokraten ein denkbar geeignetes Angriffsziel. Als Symbolfigur all dessen, was Strauß an der CDU kritisiert, gibt es weltweit niemand Geeigneteres als Frei. In der internationalen Christdemokratie steht der Name "Frei" in ähnlicher Weise für eine ganze Richtung, wie etwa Mitterand innerhalb der Sozialdemokratie. "Zeichnet sich auf der linken Mitte eine Eduardo-Frei-Linie ab, benannt nach dem christdemokratischen Präsidenten von Chile, mit dessen Hilfe der Marxist Salvador Allende 1970 ans Ruder gelangte, so werden auf der anderen die Umrisse eines europäischen Mitte-Rechts-Blocks sichtbar, der etwa auf der Wellenlänge Thatcher - Chirac - Strauß -Dregger liegt." Das schreibt der Herausgeber Kaltenbrunner im Vorwort einer Artikel-Sammlung katholisch-konservativer Kritiker der CDU, die 1977 unter dem Titel "Das Elend der Christdemokraten" im Herder-Verlag erschien. Anhand von Frei konnte Strauß also deutlich machen: Alles andere als unnachgiebige Konfrontation gegenüber der Linken führt geradewegs in den Sympathisantensumpf.

Daß die Schläge gegen Frei in Wirklichkeit anderen galten, zeigte sich nicht zuletzt daran, daß diese anderen sich tatsächlich getroffen zeigten: Die christdemokratischen Parteien Italiens, Belgiens und Hollands schickten empörte Erklärungen, die Junge Union tröstete Frei mit einem Solidaritätstelegramm und der RCDS nannte Strauß' Auftritt in Chile einen "Schlag ins Gesicht" aller chilenischen Demokraten.

Nur der Hauptbetroffene Kohl blieb in seiner Antwort matt: Er würde die Äußerungen von Strauß "so nicht" gemacht haben (FR 26.11.77); man dürfe "weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind sein, wenn es um die Verletzung von Menschenrechten geht" (SZ 28. 11.1977). Kohl hatte seine Handlungsfähigkeit in Sachen Chile schon vor der Strauß-Reise verloren: Mitte Oktober 1977 hatten ihn der Vorsitzende der DC Zaldivar und ein weiteres führendes Mitglied besucht; auf ihre Veranlassung hatte Kohl einen Brief an Pinochet verfaßt, in dem er die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten forderte. Er verfaßte ihn im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, deren Vorsitzender er ist - doch da hatte er die Rechnung ohne die bayerischen Kollegen gemacht: Die Telefone des deutschchilenischen Rechts-Kartells klingelten, der Brief durfte nicht abgeschickt werden.

Ein Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei PSOE, der zur Zeit des Wirbels um die Strauß-Reise nach Bonn zu Besuch kam, verwunderte sich: In Spanien könnten sich selbst eingefleischte Frankisten eine so offene Unterstützung des Pinochet-Regimes nicht leisten, ohne sich endgültig zu diskreditieren. – Strauß kennt die politische Landschaft der Bundesrepublik besser als jener spanische Gast: Er weiß sich als Teil und Ausdruck jenes Stranges deutscher Geschichte, für den der Kampf gegen den Kommunismus nicht nur zur politischen Auseinandersetzung, sondern zur ethischen Grundhaltung geworden ist. Antikommunismus, das steht für alle Werte des Abendandes, gegen Anarchie und Chaos; das signalisiert ein ganzes Programm.

Und das war auch das Zeichen, unter dem Strauß nach Chile reiste und von dort seine Signale für Bonn setzte. Die Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Marxismus sei "die geistige Auseinandersetzung, in der wir heute in Europa stehen, die auch in anderen Teilen

der Erde, nicht zuletzt in Lateinamerika sich vollzieht" (FR 1. 12.1977). Die gemeinsame Feindschaft zum Kommunismus war die große Brücke, die Strauß bei seiner Rede zur 125-Jahr-Gedenkfeier der deutschen Einwanderung in Chile zwischen Westdeutschland und den versammelten Deutsch-Chilenen spann. Strauß kann damit rechnen, daß 20 - 25% der Wählerschaft es offen oder klammheimlich begrüßt, wenn er sich mit einem Regime solidarisiert, das allermindestens 5 000 "Rote" umgebracht hat. Chile hat nicht nur für die Linke, sondern auch für die Rechte Symbolcharakter: Eindeutiger als durch noch so viele Reden konnte Strauß seine Grundposition am "Lehrstück Chile" nicht verdeutlichen.

Zum sozialen Gehalt dieser Grundposition leistete Zimmerman wenige Tage später, ausgerechnet zu einem "Tag der Menschenrechte", einen Beitrag: Die chilenische Militärregierung "bleibt notwendig, solange die Gefahr besteht, daß ihre Ablösung der politischen Unfreiheit des Einzelnen auch wieder die wirtschaftliche Unfreiheit des Einzelnen und die nationale Unfreiheit des ganzen chilenischen Volkes hinzufügen würde" (FAZ 10.12.1977). Im Klartext: Die Menschenrechte müssen notfalls zurückstehen, wenn anders das freie Unternehmertum und die Zugehörigkeit zum "Westen" nicht zu sichern sind.

Neben all ihrem symbolischen Gehalt hatte die Strauß-Reise auch ein praktisches Ergebnis: Während die CSU ihr Ziel einer bundesweiten Ausdehnung noch immer nicht erreicht hat, operiert ihre Hans-Seidel-Stiftung seitdem weltweit als vierte politische Stiftung: Unter Leitung des Strauß-Schützlings Malte Radmann kümmert sich die chilenische Niederlassung der Stiftung um die Schulung juntatreuer Gewerkschafter – in offener Konkurrenz zur dort seit Jahren tätigen Adenauer-Stiftung, die sich der christdemokratischen Gewerkschaftsführung angenommen hat.

Eine Nachbemerkung: Strauß hat historisch eindeutig recht, wenn er feststellt, Frei habe einen entscheidenden Anteil daran gehabt, die jetzige Militärregierung in den Sattel zu heben. Frei selbst sagte das so in seinem ersten Interview nach dem Putsch zur spanischen Zeitung ABC (10.10.1973): "Die Streitkräfte haben Chile und uns alle gerettet...Die Militärs wurden gerufen, und sie erfüllten ihre gesetzliche Pflicht, denn der Kongreß und das Oberste Gericht hatten öffentlich festgestellt, daß der Präsident und sein Regime die Verfassung übertreten hatte." Aber entsprechend hat er Unrecht, wenn er die chilenischen Christdemokraten für zu "weich" gegenüber der Linken des Landes hält. Frei hat seit dem Putsch konsequent jedes Bündnis, ja jeden offiziellen Kontakt mit der in den Untergrund gedrängten Linken strikt abgelehnt - einer der Gründe, warum Pinochet bisher alle innenpolitischen Krisen überstehen konnte. Und in den Monaten vor dem Putsch bestand die Politik der Christdemokraten gegenüber der Volksfront-Regierung aus nichts anderem mehr als rigider Obstruktion. Mehr noch: Bei den Treffen, die Frei in dieser Zeit mit den CDU-Spitzenpolitikern Barzel, Kiesinger und Kohl hatte, war er es, der die westdeutsche Schwesterpartei als zu "weich" schalt. Sie lasse sich viel zu sehr auf Diskussionen mit den Regierungsparteien ein - um den Brandt wieder loszuwerden, sollten sie konsequent Nein-Nein-Nein sagen - wie seine chilenische DC gegenüber Allende.

# 11

# **NIKARAGUA**

# SOMOZA IST POLITISCH GESCHLAGEN – WANN ENDET DER KRIEG?

Auf internationaler Ebene und innenpolitisch ist Somoza isoliert wie nie zuvor.

Sein Verbleib an der Macht ist sogar für Teile seiner Liberalen Partei nicht mehr vorstellbar. Nach den letzten Meldungen rückt auch der militärische Sieg der Sandinisten in greifbare Nähe. Warum hat Somoza den Krieg noch nicht beendet?

Nach einer längeren Phase des militärischen Patts(Tageszeitung 4.7.) zeichnet sich die bevorstehende Niederlage der Nationalgarde ab. Der Versuch der Sandinistas, Managua einzunehmen, scheiterte, weil Verstärkung aus dem Süden ausblieb; bisher ist es ihnen nicht gelungen, Rivas einzunehmen, das Sitz der provisorischen Regierung werden sollte, und der Versuch, durch Bombenabwürfe die Kommandozentrale Somozas zu zerstören, mißlang. Trotzdem hat sich die militärische Lage der Sandinistas insgesamt verbessert: die Kontrolle über mehrere wichtige Städte hat sich konsolidiert, und es existiert ein befreites Gebiet im Norden des Landes. Der Nachschub der Sandinistas funktioniert offensichtlich besser als der für die Nationalgarde, und sie konnten den Ring um die Hauptstadt Managua schließen. (Frankfurter Rundschau 12.7.) Nach den letzten Pressemeldungen bereiten sich die Sandinisten auf den Sturm der Hauptstadt vor.

Außer in Managua selbst brachten die Bombardements von besetzten Städten oder Stadtteilen keinen militärischen Erfolg. Die FSLN konnte in den Städten vorläufige Verwaltungen einrichten und dem Versuch der Rückeroberung durch die Nationalgarde standhalten. Nach übereinstimmenden Meldungen hat die Nationalgarde nur noch für ca. 3 Wochen Munition. Trotz der Berichte über Waffenlieferungen aus Spanien (vgl. 'el pais' 3.7.), Israel, einigen lateinamerikanischen Staaten und den USA gibt es überraschend Schwierigkeiten für die Diktatur, den Nachschub mit Munition und anderem Kriegsmaterial zu sichern. Andererseits ist der Versuch, Nachschubwege der Sandinistäs zu blockieren, fehlgeschlagen: Bomben, die zwei Brücken der panamerikanischen Straße auf dem Gebiet Costa Ricas zerstören sollten, haben ihr Ziel verfehlt, und es ist der FSLN gelungen, diese Brücken gegen Bodenangriffe zu verteidigen. Die Regierung Costa Ricas duldet die Kontrolle der FSLN im Grenzgebiet, hatte aber auch die Stationierung von 2 US-Beobachtungs-Hubschraubern in diesem Gebiet gestattet. Diese Erlaubnis ist jetzt vom Parlament zurückgezogen worden, und die US-Offiziere mußten innerhalb von 24 Stunden abziehen.

Der Flughafen von Managua ist von Ausreisewilligen überfüllt, das Internationale Rote Kreuz hat seine Hilfsmaßnahmen verstärkt und sieht sich vor dem nahezu unlösbaren Problem, ca. 70 000 Flüchtlinge innerhalb des Landes zu ernähren. Der Hunger schwächt die Flüchtenden, die unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, und es gibt Meldungen über die Ausbreitung von Typhus- und Tetanus-Erkrankungen. Nach einem Hilferuf des Roten Kreuzes werden jetzt Impfstoffe gegen die drohenden epidemischen Krankheiten eingeflogen. Es ist jedoch zu befürchten, daß diese Hilfsmaßnahmen nur einen kleinen Teil der notleidenen Bevölkerung erreichen.

# Die Emporkömmlinge der Diktatur verlassen das sinkende Schiff

Regierungsbeamte, Verwaltungsangestellte, neuerdings sogar höhere Offiziere der Nationalgarde verlassen Nikaragua, soweit sie noch dazu in der Lage sind. Die Absetz-Bewegung, die in dem Familien-Clan selbst und in den mit der Diktatur unlösbar verknüpften Führungsgruppen sch on lange per Finanz-Transaktionen geplant ist, nimmt jetzt sichtbare Formen an. Die ehemaligen 'Nutznießer' der Diktatur haben so viel wie möglich von den Vermögen 'flüssig' gemacht, die sie sich im Machtgefüge der Diktatur unter die Nägel reißen konnten. Die Zahl dieser an der Herrschaft beteiligten Großverdiener in Nikaragua ist zwar nicht sehr groß, dafür sind es aber ihre Vermögen. Wie das 'nicht transferierbare' Eigentum dieser Gruppe in Nikaragua nach dem Sturz Somozas genutzt und verwaltet wird, ist eine der vielen wichtigen Fragen, die sich dann schlagartig stellen.

Zur Zeit versucht Somoza durch eine Ausreisesperre zu verhindern, daß durch diese 'Abstimmung mit den Füßen', die seine Reihen lichtet, der Zerfall des Herrschaftsapparates offensichtlich wird. Wie wir an anderer Stelle in diesem Heft berichten, hat die internationale Isolierung der Diktatur nach der Abstimmung in der OAS(Organisation amerikanischer Staaten) ihren Höhepunkt erreicht, und Somozas Versuche, zumindest innenpolitisch die Reihen geschlossen zu halten, sind zum Scheitern verurteilte Verzweiflungsakte. Seine Ankündigung, er werde aus den Bergen einen Guerilla-Krieg gegen die provisorische Regierung führen, ist nicht nur gegenstandslos, weil er nach dem Massenmord an der Bevölkerung politisch absolut diskreditiert ist, sie ist auch eine Überforderung der Vorstellungskraft, weil man sich Somoza zwar als Rentier und Bonvivant an einem sicheren Ort vorstellen kann, er aber als Guerilla-Führer im Buschkrieg völlig absurd erscheint.

Das sichtbare Abbröckeln des inneren Herrschaftsapparates, die Konflikte auch innerhalb der Liberalen Partei als wichtigster politischer Stütze des Systems machen deutlich, wie weitgehend die Herrschaftsverhältnisse eigentlich Gewaltverhältnisse sind.

Das Volk von Nikaragua, auf dessen Mehrheit Somoza sich berief, wird in den Bombar dements liquidiert, sobald der Herrschaftsanspruch der Dikatur gefährdet ist. Die Konsequenz, mit der Somoza weiterhin bombædieren läßt, ist nach den machtpolitischen Kriterien des Regimes selbst eigentlich schon nicht mehr zu begründen. Um eine Chance für das politische Überleben der Nationalgarde und der Liberalen Partei zu schaffen, hätte Somoza längst zurücktreten müssen. Aber die militärische Ebene ist zuneh mend die einzige geworden, auf der das Regime denken und operzieren kann. Obwohl und vielleicht gerade wegen der besiegelten außen- und innenpolitischen Niederlage ist die Fähigkeit zu im eigenen Interesse rationalem politischem Denken verloren gegangen. Die Perspektive der Herrschenden hat sich auf den militärischen Kampf verengt, und in einem irrationalen letzten Akt, der sich verselbständigt hat, opfert die Diktatur so viele Menschenleben wie möglich.

13

Die destruktive Energie, die in dieser letzten, nur noch militärischen Phase des Kampfes frei wird, ist ein Symptom sehr stark auf Einzelpersönlichkeiten zugeschnittener, reduzierter Herrschaftsstrukturen. Dieser Aspekt einer irrationalen Eigendynamik der Diktatur ist einer der wenigen Erscheinungen in diesem Prozeß, der Parallelen zum deutschen und italienischen Faschismus nahelegt.



Alfonso Robelo, Violeta de Chamorro und Sergio Ramírez (von links nach rechts), drei der fünf Mitglieder der Provisorischen Regierung von Nicaragua, bei einem Interview mit EL PAIS in Costa Rica.

Wenn der Sekretär Somozas gegenüber der Presse erklärt: "Somoza ist nicht so feig wie der Schah", dann drückt diese machistische Kraftmeierei nur aus, daß Somoza bereit ist, alle auf dem Altar der Diktatur zu opfern, nicht nur die Sandiniatas, auch die unbewaffnete Bevölkerung und die Nationalgarde.

# Die provisorische Regierung

Für eine Übergangsphase nach dem Sieg über die Diktatur ist eine provisorische Regierung als Exekutive und ein 30-köpfiger 'Staatsrat' als Legislative vorgesehen. Die provisorische Regierung wird gebildet von Alfonso Robelo(Mitglied der Frente Amplio Opositor, oppositioneller Unternehmer), Sergio Ramirez (Mitglied der Intellektuellen-Gruppe 'Gruppe der 12', Schriftsteller), Violeta Barrios (Mitglied der Jornalisten-Gewerkschaft, Witwe des ermordeten Oppositionellen und Zeitungsverlegers Pedro Joaquin Chamorro), Moises Hassan (Mitglied der FSLN), Mathematiker an der Uni Managua) und Daniel Ortega (Mitglied der FSLN).

Das Programm dieser Regierung sieht die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie nach einer Übergangsphase vor. Das Eigentum des Somoza-Clans soll verstaatlicht werden und grundlegende Reformen in der Landwirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen sollen durchgeführt werden. Das Programm benehnt die konkreten Mißstände der Vergangenheit und beansprucht, das gesellschaftliche Leben Nikaraguas grundsätzlich zu verändern. Die Macht ausländischer Konzerne soll gesetzlich eingeschränkt werden, eine Vergesellschaftung aller Produktionsmittel ist jedoch nicht vorgesehen. Betont wird die Blockfreiheit und Unabhängigkeit des neuen Nikaragua in der "nationalen Wiederaufbauphase". (vgl. Text des Programms in: Tageszeitung 25.6.)

Es existieren unterschiedliche Meldungen über Verhändlungen, die angeblich zwischen Bevollmächtigten der USA und Vertretern der Opposition über eine mögliche Erweiterung der provisorischen Regierung geführt werden. Nach einer Meldung der Neuen Züricher Zeitung vom 8.9.1978 sind für diese Erweiterung als Vorschlag der USA drei Personen im Gespräch: Jaime Chamorro, der Bruder des ermordeten Zeitungsverlegers Pedro Joaquin Chamorro, Julio Gutierrez, ehemaliger Botschafter Nikaraguas in Japan und Mariano Fiallos, der Rektor der Universität von Managua (vgl. den Artikel zur Nikaragua-Politik der USA in dieser Nummer).

Bei einem offiziellen Besuch der provisorischen Regierung in Panama fand eine Begegnung mit der Besatzung von zwei Schiffen statt, die Somoza gehören. Die Besatzung übernahm die Kontrolle über die Schiffe und bat im Hafen von Colon um politisches Asyl bei der Regierung Panamas. Ebenso wie die Schiffe wurde letzte Woche ein Flugzeug der Somoza-eigenen Fluggesellschaft von der Mannschaft aus dem Einflußbereich der Diktatur nach Costa Rica entführt.

Der Vertreter der FSLN für Nordeuropa, Agudelo, forderte die Bundesregierung auf, die Beziehungen zu Somoza abzubrechen und die provisorische Regierung der Sandinistas anzuerkennen (Tagesspiegel 6.7.). In einer Pressekonferenz schlossen sich die Jung-Sozialisten dieser Forderung an. Sie betonten die demokratische Legitimation dieser provisorischen Regierung und verlangten einen Wirtschaftsboykott gegen Somoza.

Es ist empörend, daß die Regierung zur Zeit noch das Gegenteil tut und sich von ihrer jahrzehntelangen diplomatischen und wirtschaftlicher Unterstützung der Diktatur noch nicht distanziert hat.

# DIE ZWICKMÜHLEN DER USA

Bei Redaktionsschluß dieser Nummer ist die Frage nach einer möglichen bewaffneten Intervention offener denn je. Zwei mit "Ledernacken" beladene Hubschrauber waren zeitweilig in Liberia, 35 km von der Grenze entfernt in Costa Rica, abgestellt – offenbar als symbolische Interventionsdrohung, die die FSLN dazu bringen soll, auf die Verhandlungs"angebote" der USA einzugehen. Die Sandinisten, aber auch Vertraute Somozas denunzieren einen Plan, Somoza durch ein US-treues Militärregime von Offizieren der Nationalgarde zu ersetzen. – Wir können die Entwicklung nicht voraussagen, wohl aber einige Aspekte zu dem Zielkonflikt nennen, in dem sich die nordamerikanische Nicaraguapolitik befindet.

# Des Imperialismus neue Kleider

Grundlegend zum Verständnis ist, daß es für die USA heute eine abtrennbare Nicaragua-Politik nicht mehr geben kann - sie ist Teil der Mittelamerika-Politik, der Lateinamerika-Politik, der Politik gegenüber der "Dritten Welt" insgesamt und damit auch ein Stück Weltpolitik. Ein solches globales Verständnis ihrer Außenpolitik hat sich den USA in der ersten Hälfte der siebziger Jahre aufgezwungen durch das Zusammenwirken von mehreren krisenhaften Entwicklungen: 1. Der verlorene Vietnam-Krieg hatte die Rolle der USA als Weltgendarm untergraben; 2. der Watergate-Skandal hatte - zusammen mit dem Vietnam-Trauma - eine tiefe innenpolitische Legitimationskrise entstehen lassen; 3. der Zusammenschluß der erdölproduzierenden Länder zur OPEC und die nachfolgende Vervierfachung des Ölpreises hat - zusammen mit anderen Faktoren - die Weltwirtschaft und insbesondere die USA in die erste tiefgreifende Wirtschaftskrise seit dem Ende des 2. Weltkrieges gestürzt.

Eine der Reaktionen auf dieses "Ende der Nachkriegszeit" war 1973 die Gründung der sog. "Trilateralen Kommission", ein sich selbst kooptierender "privater" Zusammenschluß von führenden Vertretern der Wirtschaft (Banken und Multis), der Politik und der Massenmedien aus den USA, Westeuropa und Japan. Die von dem Präsidenten der Chase Manhattan Bank, David Rockefeller, gegründete Kommission trifft sich halbjährlich zur Diskussion von Weltproblemen. Zur wissenschaftlichen Ausarbeitung von Strategien setzt sie "task forces" ein, die u.a. bisher folgende Themen bearbeitet haben: Energie- und Rohstoffsicherung für die Industrieländer; Neue Weltwirtschaftsordnung; "Die Regierbarkeit der Demokratie" (Fazit: Exzesse an Demokratie" dürfen nicht geduldet werden); Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit RGW-Ländern; Neue Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit.

Grundthesen dieser weltpolitischen Strategie-Kommission sind: Der Ost-West-Gegensatz tritt zunehmend in den Hintergrund gegenüber einem Nord-Süd-Gegensatz; die Länder der "Dritten Welt" bleiben als Lieferanten von Rohstoffen und Energieträgern lebenswichtig für die Industrienationen; um einer weiteren wirtschaftlichen

Kartellisierung à la OPEC und einer politischen Blockbildung entgegenzutreten, ist eine differenzierte Politik des "Teile und Herrche" nötig; die weltpolitische Absicherung eines so komplexen Herrschaftssystems kann nicht mehr zentral von einer imperialistischen Hegemonialmacht aus geleistet werden. Die relative Schwächung der USA auf der einen Seite, die Entstehung von ernsthaften Konkurrenten in Westeuropa und Japan auf der anderen erfordert eine Absprache zwischen diesen drei Weltregionen kapitalistischer Industrieländer: Einmal um einen ruinösen Wettbewerb untereinander zu vermeiden, zum anderen um die Dezentralisierung der politischen Kontrolle zu organisieren. In den Ländern der "Dritten Welt" selbst sollen ausgesuchte "Schwellenländer" durch bevorzugte wirtschaftliche und militärische Beziehungen in die Rolle von subimperialistischen Zentren aufsteigen (möglichst in Konkurrenz zueinander): Mexiko und Brasilien in Lateinamerika, Südafrika und Nigeria in Afrika, Israel und der Iran (vor der Revolution) im Nahen Osten, Indonesien in Südostasien usw. Eine wichtige Verbindung im Rahmen indirekter Machtausübung ist die zur "Šozialistischen Internationale" und speziell zur westdeutschen Sozialdemokratie, die insbesondere für die Stabilisierung der europäischen Peripherie und die Neutralisierung des "Eurokommunismus" sorgt, aber auch aufgrund ihres "guten Namens" (Kommissionsmitglied Ullmann) delikatere Aufgaben gegenüber der "Dritten Welt" übernimmt (Nord-Süd-Kommission; Kontakt zur PLO, zur FSLN).

Die heutige Regierungsmannschaft der USA ist weitgehend aus der Trilateralen Kommission hervorgegangen, ja "gemacht worden": Carter selbst und mehrere seiner Minister (darunter sein außenpolitisches Team) waren Nitglieder der Kommission, Brzezinski ihr Generalsekretär. Zu den deutschen Mitgliedern zählen u.a. Biedenkopf, Ehmke, Hans-Günther Sohl, Theo Sommer, Heinz-Oskar Vetter, Otto Wolf von Amerongen, früher auch Graf Lambsdorff.

Die Umformung dieser Trilateralen Strategie für eine US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika wurde einer Kommission von Experten übertragen, die 1974 einen vorläufigen und 1976 ihren endgültigen Report vorlegte, der im folgenden der Lateinamerika-Politik der USA zugrundegelegt werden sollte. Die wichtigsten Aussagen des Reports: Nach der Zerschlagung der Volksbewegungen in Lateinamerika stellt die Region keine politische Gefahr für die USA dar; der Halbkontinent wird aber zunehmend wirtschaftlich interessant, nicht zuletzt, weil einige der größeren lateinamerikanischen Staaten bereits jetzt und zunehmend eine wichtige Stimme in der "Dritten Welt" haben (Mexiko als nationalistischer "opinion leader"; Venezuela als OPEC-Land; Brasilien aufgrund seiner Beziehungen zu Afrika). Diese Länder werden indirekt die Interessen der US-Wirtschaft am "freien Welthandel" vertreten, unter zwei Voraussetzungen: 1. Die USA dürfen Lateinamerika nicht mehr als ihren eingezäunten Hinterhof betrachten; sie müssen auf formalisierte "besondere Beziehungen" verzichten und Lateinamerika als Teil ihrer Beziehungen zur "Dritten Welt" insgesamt sehen. 2. Die USA müssen auf offene Formen politisch-militärischer Einflußnahme verzichten und stattdessen auf wirtschaftliche Interessenverflechtung als anonyme, unsichtbarere und langfristig stabilere Form der Herrschaftssicherung setzen: Für die lateinamerikanischen Regierungen sind Strategien der wirtschaftlichen Ent-Nationalisierung im Interesse des transnationalen Großkapitals umso leichter durchzusetzen, je mehr sie auf politischer Ebene als souveräne und unabhängige Vertreter nationaler Interessen erscheinen; nur dann sind sie auch als Sprecher gegenüber anderen Ländern der Dritten Welt glaubwürdig.

In diesem Zusammenhang der Re-Legitimierung steht auch die Menschenrechts-Thematik, die gleichsam als Markenzeichen der Carterschen Lateinamerika-Politik gilt: Sie soll die lateinamerikanischen Diktaturen dazu bewegen, durch eine Verbreiterung ihrer sozialen Basis die "gemäßigsten" Teile der Opposition zu kooptieren und durch die Wiedereinführung von Bruchstücken bürgerlicher Demokratie ihre Herrschaft unangreifbarer zu machen, um so potentiell systembedrohende Kräfte zu isolieren.

Tatsächlich hat der Amtsantritt der Carter-Administration für viele Aspekte der US-Lateinamerika-Politik neue Akzente gesetzt freilich mehr in punkto Stil und Verfahren als in Bezug auf Inhalte. Der wichtigste Anwendungsfall waren bisher die Panama-Verträge von 1977, durch die die USA den letzten Rest einer offen koloniale Form der Beherrschung der äußeren Form nach abgestoßen haben (vgl. LN 52). Praktische Konsequenzen hatte die neue US-Außenpolitik auch in der Dominikanischen Republik, wo nur dank der Unterstützung des State Departments der gewählte Präsident Guzman vom Militär tatsächlich an die Regierung gelassen wurde; und in Bolivien, wo die USA dem Militärdiktator Banzer die Ankündigung von Wahlen abhandelten. Dort machten sie jedoch die Erfahrung, daß noch so kleine Öffnungen in den Diktaturen des "Cono Sur" unkontrollierbare Volksbewegungen auslösen können, die schließlich das mit solchen Fassadenreinigungen erstrebte Ziel der "Stabilität" in Frage stellen. In den Nachbardiktaturen haben sie es daher dabei belassen,



von Zeit zu Zeit eine Verbesserung der Menschenrechts-Praxis anzumahnen, ohne daran ernsthafte Konsequenzen zu knüpfen. Daran wird nicht nur die letztlich auf Herrschaftssicherung gerichtete Funktion der neuen Formen US-amerikanischer Lateinamerika-Politik deutlich, sondern auch der Widerspruch, in der sie sich bewegt: Die Achtung des Prinzips der formalen Souveränität und der Nicht-(offen politischen) Einmischung muß nun auch gegenüber Diktaturen gelten. Konkret: Wenn Brasilien in Sachen Atomvertrag, Chile in Sachen Letelier und Somoza in Sachen Rücktritt sich "stur stellen", sind die USA erstmals machtlos - solange sie bei ihren neugefundenen Formprinzipien bleiben.

# Was interessiert die USA an Nicaragua

Seit ihrem ersten Einmarsch in Nicaragua im Jahr 1847 ist das Interesse der USA an Nicaragua beherrscht von seiner geopolitischen Lage als mögliche Route für einen interozeanischen Kanal. Ein solcher Kanal hat für die USA nicht nur weltwirtschaftliche und -militärische, sondern auch binnenwirtschaftliche Bedeutung als billigster Transportweg zwischen Ost- und Westküste.

Auch nachdem die USA sich die Kanalzone durch Panama sichern konnten, blieb das Interesse an Nicaragua bestehen: Nun galt es zu verhindern, daß ein weltpolitischer Rivale diesen alternativen Seeweg unter seine Kontrolle bekam. Seit 1914 haben sich die USA die ausschließlichen Rechte für einen Kanalbau in Nicaragua vertraglich gesichert. - Wirtschaftlich war Nicaragua dagegen stets nur von untergeordnetem Interesse. Die gesamten ausländischen Investitionen in Nicaragua betragen heute nur 130 - 170 Mio. Dollar, davon entfallen ca. 80% auf US-Kapital (Agrobusiness, Banken, Chemie, Holz, Bergbau, Transport, Tourismus-Industrie erst in kleinem Umfang seit der Gründung des Zentralamerikanischen Marktes 1960 als Billiglohn-Fertigung). In jedem Vorort von São Paulo haben die USA mehr Kapitalanlagen!

Dem geopolitischen Interesse entsprechend waren die USA in erster Linie auf militärische Kontrolle bedacht, die sie über Jahrzehnte direkt und seit 1933 über den Somoza-Clan und dessen Nationalgarde vermittelt ausübten. Die Nationalgarde wurde aufgestellt, ausgerüstet und ausgebildet von den USA. In den Jahren 1968-78 hat Nicaragua 20 Mio. Dollar an Militärhilfe von den USA erhalten - pro Kopf der Bevölkerung mit Abstand der höchste Betrag in Mittelamerika (Guatemala hat z.B. bei doppelter Mannschaftsstärke und dreifacher Bevölkerung unwesentlich mehr, nämlich 22 Mio. Dollar, erhalten). Zwischen 1950 und 1976 wurden 5 167 Soldaten und Offiziere im Rahmen der US Military Assistance in der Kanalzone oder den USA ausgebildet – bei einer Gesamtstärke von 8 ooo.

Aufgrund der Verbesserung der Militär- und Transporttechnologie hat sich das geopolitische Interesse an Nicaragua insbesondere in der Zeit des "Kalten Krieges" auf alle mittelamerikanischen Staaten ausgedehnt: Fast alle haben Zugang zu beiden Ozeanen und könnten daher mindestens eine Landverbindung bieten. Ein Grund auch, jede soziale Bewegung in den Staaten der Region als "kommunistisch" zu beargwöhnen, wie es 1954 mit der sozialreformerischen Regierung Arbenz in Guatemala geschah; die CIA-Invasionstruppe, die Arbenz stürzte, war in Nicaragua ausgebildet worden. Von dort auch startete 1961 die Flotte der Exilkubaner zu ihrem gescheiterten Invasionsversuch in der Schweinebucht. Die Unterdrückung sozialer Reformen hat in den meisten Ländern zu einer Verschärfung der Volkskämpfe geführt, die wiederum mit schärferer

Repression beantwortet wurden und heute in vielen Ländern zu tatsächlich explosiven Situationen geführt hat. Aus Angst vor einem Domino-Effekt wurde in den sechziger Jahren der "Zentralamerikanische Verteidigungsrat" CONDECA geschaffen, ein gegenseitiges Schutzbündnis der zentralamerikanischen Diktatoren gegen "kommunistische Subversion", in der Somoza als dienstältester und erfahrenster Diktator bis zur jetzigen Krise die Rolle des Chefdenkers und informellen Koordinators innehatte. - Die Gegenleistung der USA für diese subregionale Gendarmenrolle bestand darin, die rücksichtslose Raffgier der Somozas abseits aller rationalen Marktbeziehungen zu dulden. Alle früheren Ansätze der USA, die Somozas zu einem etwas sittsameren wirtschaftlichen und politischen Verhalten zu bewegen, wurde immer dann aufgegeben, wo sie hätten praktisch werden müssen: Sobald nämlich oppositionelle Kräfte im Land dadurch Bewegungsmöglichkeiten erhielten, rückte wieder die Bedrohung der "Stabilität" in den Vordergrund, Somoza erhielt freie Hand für Repression. So haben die USA über Jahrzehnte dazu beigetragen, die Entstehung einer bürgerlichen Alternative zu verhindern, nach der sie heute so verzweifelt suchen.

# Der Weg in die Klemme

Es ist nicht möglich, hier die Wechselfälle der US-Außenpolitik gegenüber Nicaragua im einzelnen nachzuzeichnen (siehe dazu die u.a. Quellen). Im wesentlichen lassen sich vier Phasen unterscheiden, die zur heutigen Situation geführt haben:

1. Die Phase vom Amtsantritt Carters bis zur Ermordung von Chamorro (Januar 1977 - Januar 1979)

In dieser Zeit kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen "Liberalen" und "Konservativen" über das Ausmaß der Kosmetik, die man von Somoza in Sachen Menschenrechte fordern, und den Grad des Drucks, den man dafür ausüben soll – an eine Ablösung Somozas denken weder die einen noch die anderen, die traditionellen wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen laufen relativ ungestört weiter. Die Sandinisten, die im Oktober 1977 ihren Kampf mit dem Angriff auf einige Kasernen beginnen, werden von den USA noch problemlos unter das "Terrorismus"-Schema eingeordnet.

 Von der Ermordung Chamorros zu den Septemberkämpfen (Januar 1978 - September 1978)

Coandar 1970 - September 1970)

Der massive Generalstreik nach der Ermordung des konservativen Oppositionsführers Chamorro und die Volkserhebung von Monimbó lösen tiefe Bewußtseinsprozesse aus: Im nicaraguanischen Volk, daß Widerstand gegen den Tyrannen nicht aussichtslos ist; in den USA, daß eben darum eine Ersetzung ins Auge gefaßt werden muß. Mangels klarer Alternativen reagieren die USA unsicher und abwartend, was einer Unterstützung Somozas durch Nicht-Handeln gleichkommt. Im Juli schickt Carter ihm auf Drängen der starken Somoza-Lobby in Washington einen Brief, in dem er ihm zu seiner Absicht gratuliert, die Situation der Menschenrechte im Land zu verbessern. Diese Provokation ist einer der Auslöser für die Besetzung des Nationalpalastes, dem der einmonatige Generalstreik und die Erhebung in acht Städten folgen. Die innen- und außenpolitischen Kräfteverhältnisse haben sich eindeutig zugunsten der Sandinisten verschoben.

 Von den Septemberkämpfen bis zum Scheitern der OAS-Vermittlung (September 1978 - Februar 1979)

Die Sandinisten rüsteten sich in den relativ ruhigen Monaten bis Jahresende zu einer ernstzunehmenden Streitmacht. Für die USA wurde angesichts der vermeintlichen Gefahr eines "zweiten Kubas" die Suche nach einem "Somozismus ohne Somoza" zu einer realen Aufgabe. Sie schickten einen Vermittler nach Nicaragua - optisch eingerahmt von einem quatemaltekischen Diplomaten zur Rechten und einem dominikanischen zur Linken, und als OAS-Vermittlungs-Kommission deklariert mit dem Ziel, eine einvernehmliche Übergangslösung zwischen Somoza und der "breiten Oppositionsfront" FAO zuwegezubringen. Erstmals akzeptierten die USA die Sandinisten - wenngleich noch indirekt in der Person eines Vertreters der "Gruppe der 12" - als Verhandlungsbeteiligte. Somoza verschleppte die Verhandlungen, antwortete auf Zugeständnisse mit neuen Forderungen. Alle fortschrittlichen Teile, darunter auch die FSLN, brachen mit der FAO. Im Januar sahen die USA ein, daß Somoza sie zum besten hielt. Sie brachen endgültig mit Somoza, stoppten alle militärische und wirtschaftliche Hilfe und reduzierten ihr Botschaftspersonal auf die Hälfte.

4. Vom Scheitern der OAS-Vermittlung bis heute Noch immer hatten die USA keine Alternative. Sie hofften auf Zeit in Form eines langwierigen militärischen Patts, in dem sowohl die Somoza ergebenen Kräfte, wie erst recht die Sandinisten ausbluten würden, und sich innerhalb der Sandinisten vielleicht ein Machtkampf oder ein klareres Übergewicht der reformistischen Tendenzen abzeichnen würde. Stattdessen vereinheitlichten sich die Sandinisten unter einer "linken" Mehrheit und begannen eine militärische Offensive, die das Somoza-Regime in wenigen Wochen an den Rand des militärischen Zusammenbruchs brachte.



Die USA waren gezwungen zu handeln. Sie schickten Botschafter Peluzzo zu Somoza mit dem einzigen Ziel, die Modalitäten seines Abgangs zu regeln. Sie beriefen die OAS-Tagung ein, wo sie zum ersten Mal in der Geschichte dieser Organisation nicht die nötige Unterstützung für eine militärische Intervention erhielten: Auch die rechtesten Regierungen müssen innenpolitisch auf ein nationalistisches Image bedacht sein; einige von ihnen fürchten, ein solcher Präzedenzfall könnte sich morgen gegen sie wiederholen; und schließlich müssen einige von ihnen auf ihre arabischen Öl-Lieferanten Rücksicht nehmen, deren Stimmung gegen jede Form von US-Intervention und gegen den Israel-Verbündeten Somoza klar sind.

Eine Mehrheit war nur für die Rücktrittsforderung zu erhalten - die USA akzeptierten diesen Antrag.

Und schließlich schickten die USA Sonderbotschafter Bowdler zu der neuerrichteten Provisorischen Regierung nach Costa Rica, der als Eintrittskarte die Berechtigung der Sandinisten anerkennen mußte, an einer künftigen politischen Regelung "beteiligt" zu sein. Bowdler war bereits der US-Vertreter in der OAS-Vermittlungs-Kommission vom Vorjahr; sein diplomatisches Curriculum spricht für die Bedeutung, aber auch die Zielsetzung seines Auftrags: Er war als Botschaftsangehöriger oder Botschafter 1956 - 1961 in Kuba, 1963 -1965 in der Dominikanischen Republik, 1968 in El Salvador, 1971 -1973 in Guatemala, 1975 - 1978 in Südafrika. Er versuchte vergeblich, die Sandinisten dazu zu überreden, sich durch die Erweiterung der provisorischen Regierung um zwei Unternehmer-Vertreter in eine Minderheitsposition zu bringen. Als letzte "bürgerliche Alternative" erschien tatsächlich nur noch die Einsetzung einer Militärregierung.

Innenpolitisch hatte die Erschießung des amerikanischen Journalisten Bill Steward am 20.6. einen Meinungsumschwung der amerikanischen Öffentlichkeit gegen Somoza und zugunsten der Sandinisten bewirkt, der die Carter-Regierung von Rücksichten auf die Somoza-Lobby befreite. Der Tokio-Gipfel, die Vorbereitungen der SALT-II-Debatte und die energie- und innenpolitische Klausur zog die Aufmerksamkeit der Spitzen der US-Regierung von Nicaragua ab.

# Cost/Benefit einer Intervention

Wie groß erscheint heute die Gefahr einer militärischen Intervention, die den Sandinisten die Erfolge ihres Sieges rauben und die bestehenden unerträglichen Sozialstrukturen noch einmal befestigen würde? Eine Reihe von Gründen machen eine Landung von Marines wie 1965 in Santo Domingo unwahrscheinlich:

1. Mit einer solchen Maßnahme, die einer drei Jahre lang erklärten Politik zuwider läuft, hätten die USA jede Glaubwürdigkeit verloren. Die bisher mit ihnen verbundenen Teile der herrschenden Klassen würden sich nach anderen wirtschaftlichen und politischen Partnern umsehen. Die oben beschriebene Globalstrategie einer Herrschaftssicherung wäre begraben.

2. Eine offene Intervention in großem Umfang würde eine Welle des Antiimperialismus auslösen, deren Folge für die "Stabilität" von diktatorischen Regimes in anderen Ländern unabsehbar wäre.

3. Eben deshalb könnten einige Diktaturen versucht sein, auf der antiamerikanischen Welle mitzuschwimmen, um sich dadurch innenpolitisch zu festigen und außenpolitisch umzuorientieren. Könnte Mexiko nicht mit einem Eintritt in die OPEC antworten? Wie wollten sie Panama noch mit völkerrechtlichen Argumenten daran hindern, seine Souveränität über die gesamte Kanalzone hier und jetzt zu erklären? Was könnten die USA noch machen,

wenn z.B. die brasilianische Militärkaste den Moment für gekommen hielte, sich als (künftige) Atommacht zu erkennen zu geben und als alternative Hegemonialmacht für Länder der Dritten Welt anzubieten? Welchen Einfluß hätten die USA noch auf die "harten" Diktaturen im Cono Sur, die ein solches Vorgehen auch gegen sich befürchten müßten?

4. Der Haupt-"Unsicherheitsfaktor" aber ist das nicaraguanische Volk: Würde ein Einmarsch einen nichtendenden, blutigen Guerilla-Krieg bedeuten? Das wäre innen- wie außenpolitisch

katastrophal.

Sicher wird zwischen den "Falken und den "Tauben" in den Entscheidungszentren der US-Außenpolitik auch diskutiert, wie gefährlich eigentlich ein Sieg der Sandinisten sei: Die guten Verbindungen der FSLN zur 2. Sozialistischen Internationale sind bekannt, ebenso die zu Regierungen wie die von Costa Rica, Panama, Venezuela und allgemein des Andenpaktes, mit denen die Carter-Administration in der Vergangenheit zufriedenstellend bis blendend zusammenarbeiten konnte. Ebenso kennt jedermann - auch die FSLN - die desolate Situation der Bevölkerung und der Wirtschaft des Landes nach einem militärischen Sieg, die jede nachfolgende Regierung von Hilfeleistungen aus dem Ausland abhängig - und damit beeinflußbar - macht.

Dagegen stehen andererseits folgende Interessen der USA:

1. Selbst wenn ein sandinistisches Nicaragua nicht zu einem "zweiten Kuba" würde, bliebe es doch eine ganze politische Generation lang antiamerikanisch. Es würde seine wirtschaftlichen und politischen Anlehnungen überall lieber - z.B. in Westeuropa als bei den USA suchen.

2. Ein glatter Sieg der Sandinisten hätte unvorhersehbare "Ansteckungswirkungen": Nicht nur in den Nachbarländern (vor allem in El Salvador und in Guatemala), sondern im ganzen ohnehin krisenhaften karibischen Raum und als ideologische Fernwirkung auch südlich des Äquators. Es wäre der erste wichtige Sieg der lateinamerikanischen Linken nach ihrer Serie von Niederlagen Anfang der siebziger Jahre.

3. Entgegen dem, was man auf den ersten Blick annehmen möchte, ist die innenpolitische Krise der Carter-Regierung kein Hemmnis, sondern eine äußerst gefährliche Versuchung, eine Stabilisierung durch außenpolitische Großspurigkeiten zu suchen, die der "nationalen Ehre" schmeicheln. Die Meinungsumfragen der letzten Zeit weisen auf einen deutlichen Rechtstrend in der Wählergunst, der ein "hartes Auftreten" begrüßen würde.

Diese Überlegungen spitzen sich für die USA auf folgende Frage zu: Wie verhindern wir eine maßgebliche Regierungsbeteiligung der Sandinisten in einer Regierung nach Somoza, ohne uns ihnen militärisch entgegenstellen zu müssen, und ohne überhaupt allzu auffällig militärisch zu intervenieren. Man kann davon ausgehen, daß die USA derzeit "Lösungen" erwägen, die ungefähr so aussehen: Somoza geht oder wird gegangen, eine provisorische Regierung mit Beteiligung von "ehrlichen" Offizieren bildet sich, die als erstes Wahlen ausruft, und als zweites die USA um Schutz für den Wahlprozeß bittet. Die USA würden eine kleine Truppe nur in die Hauptstadt schicken, die jedoch genügt, um Managua abzuschirmen. Der nächste Schritt wäre eine massive ideologische Offensive mit dem Ziel, die bürgerliche Opposition für die Beteiligung an Wahlen zu gewinnen und der Bevölkerung einzureden, das Kampfziel sei erreicht, man solle nach Hause gehen. Übrigens bliebe nach dieser Rechnung nur der "harte Kern" der Sandinisten, abgespalten von seinen breiten Bündnissen. Daß diese "Unbelehrbaren" nun scheinbar gegen "Wahlen und Demokratie" kämpfen, könnte die Rechtfertigung bieten, sie schließlich doch noch in größerem Umfang militärisch zu bekämpfen.

Doch das bleibt Spekulation. Noch haben die USA offenbar keinen einzigen "ehrlichen" Offizier der Nationalgarde gefunden, und ob die Oppositionsfront sich nach jahrzehntelangen Erfahrungen mit dem USA so leicht wird spalten lassen, ist mehr als fraglich.

Quellen: "Tageszeitung"; "Die Neue"; FR; Latin America Political Report; nacla report on the americas Nov/Dec. 78 und March/April 79; Thomas W.Walker: An Evaluation of the Carter's Administration's Human Rights Policy in Nicaragua, hekrograph. Referat; 8th National Meeting of the Latin American Studies Association (LASA) April 5-7, 1979, Pittsburgh, Penns.



# KOLUMBIEN

Präsident Turbay ist von seiner Europa-Tour zurück. Militärprozesse gegen verschiedene Gruppen stehen an (MAO,M19,CRIC,FARC...) Beim CRIC geht nicht gegen Einzelne sondern es geht um die Zerschlagung und Illegalisierung von der autonomen Organisation der Indianer im Cauca Tal.(vgl. Brief des Indianerrates)

Die unbewiesenen wahllosen Haftgründe und ungeheuerlichen Anschuldigungen im Fall der beiden Jesuitenpater entbehren jeglichen Beweises, was widerum zeigt, daß es hier nicht um zwei Priester geht, sondern im gewisser Weise um den Versuch der Militärs durch Einschüchterung, die Evangelisierung der Kirche in Kolumbien, ihre Solidarisierung mit den Armen aufzuhalten.(vgl. Protest namhafter Theologen gegenüber der kolumbianischen Botschaft, vgl. Bischöfe auf Seiten der Armen und Verfolgten, Anklage gegen Jesuiten) auch auf Kosten eines Konkordatsbruches (Dokument des SAL...)

Daß die Konfrontation Militärs und Regierung gegen die progressiven Teile der Kirche einen hochaktuellen internationalen Hintergrund hat, belegt der 2. Teil des Dokuments der Priester für Lateinamerika-(SAL) Wie sehr der Konkordatsbruch Teil einer zunehmenden Entgleisung der Justiz ist, in der Recht zunehmend in dem Sinne der Interessen der Herrschenden definiert wird, zeigen die Ausführungen "zur juristi-schen Situation." Schließlich verdeutlicht der Drogenartikel, wie stark die Wirtschaft auf illegalem Handel und Korruption fußt.

### **RUNDBRIEF DES CRIC**

RUNDBRIEF (Auszug)

Liebe Freunde und Mitarbeiter:

wir halten es für sinnvoll angesichts der jetzigen Repressionswelle gegen unsere Organisation, den Regionalen Rat der Indianer des Cauca- CRIC- von der jetzigen Situation zu berichten und einige falsche Informationen zu berichtigen, die über uns verbreitet wurden.

Wie ihr wißt ist die Verfolgung der Indianer nichts neues und im Fall des Cauca war sie gleichbleibend seitdem der CRIC 1971 gegründet wurde. Über 40 Freunde wurden ermordet und hunderte eingekerkert. Sie sind ein ausdrucksvoller Beweis der Grausamkeit unserer Unterdrücker.

Jedoch, in den ersten Monaten dieses Jahres haben die Militärs mit allen Mitteln versucht, unsere Indianerorganisation zu vernichten, indem sie verschiedene wichtige Führer festnahmen und viele andere verfolgten.

Um ihre Aktion zu rechtfertigen, wurde der CRIC als eine gewalttätige Organisation dargestellt, die sich im bewaffneten Kampf gegen die Regierung auflehnt und die im Einvernehmen mit subversiven Gruppen arbeitet.

Anläßlich des Überfalls der M 19 auf das nördliche Waffenlager von Bogota, wo sie mehr als 5 Tausend Waffen mitnahmen, wollten sie das, was sie seit langer Zeit planten, durchführen und zwar einen brutalen Schlag gegen den CRIC, womit sie auf den ständigen Druck reagierten, den die Regierung und die Grußgrundbesitzer des Cauca auf sie ausübten.

Diese lokalen Grundherren haben die indianische Bevölkerung seit Jahrhunderten ausgebeutet und ihnen keine Bildung zukommen lassen. Sie haben ihre Ländereien geraubt. 60% unserer Leute können weder schreiben noch lesen, man gibt uns keine medizinische Versorgung und kein Krankenhaus. Im Cauca leben 40 Tausend Familien und die Mehrheit von uns besitzt weniger als einen Hektar Land zur Bearbeitung und dieses liegt in den weitest entlegenen Gebieten. Wir waren schon immer Bauern; die Landwirtschaft bestimmt unsere geistige Gemeinschaft, und unsere Sprache, die sich im historischen Verlauf bei der Feldarbeit herausbildete.

Der Kampf gegen die Graßgrundbesitzer hat es uns erlaubt 50 Reservate oder Indianische Gemeinschaften zu bilden. Jährlich wählen wir demokratisch unseren Rat. Mit der Herausbildung des CRIC haben wir versucht, das Problem der Zwischenhändler zu lösen, die unsere Produkte zu jedwedem Preis, der ihnen gefällt, kaufen. Daher haben wir etwa 50 kommunale Läden und einige Genossenschaften aufgebaut, um unsere Produkte zu vermarkten.

Die Produktion spielt eine wichtige Rolle bei unseren Forderungen. Daher bilden wir gemeinschaftliche Betriebe auf den 15 Tausend Hektar, die wir von unseren Reservaten zurückerobert haben und auf denen wir 400 Indianerfamilien angesiedelt haben.

Der CRIC hat immer 7 Punkte als Grundlage seines Kampfes genannt:

- Rückeroberung der Reservate, - Erweiterung der Reservate, - Stärkung der Indianerreservate, - Nicht-Bezahlung der Ländereien, - Bekannt-machung der Indianergesetze und ihre gerechte Verwirklichung, -Verteidigung der indianischen Geschichte, -Sprache, und - Sitten

und im Verlauf des Kampfes sind andere Punkte dazugekommen, wie z.B. die Verteidigung unserer wirtschaftlichen Organisationen und das Recht darauf, uns zu organisieren.

Diese Errungenschaften kommten nicht von jenen gut aufgenommen werden, die ein Interesse an der Ausbeutung und Unterwerfung der Indianer haben. Daher haben die Großgrundbesitzer und die Händler ebenso wie die lokalen Behörden, die in ihren Diensten stehen, gewaltsam reagiert, indem sie die Repression entfachten, von der wir oben sprachen.

Trotz dieser Angriffe hat sich der CRIC, immer friedlich verhalten. Es gibt keinen einzigen Soldaten oder Polizesten oder anderen Diener der Regierung der von Mitgliedern des CRIC getötet oder verletzt wurde, nicht einmal die Kriminellsten von den Großgrundbesitzern und ihren Pistolenschützen wurden für ihre Missetaten an den Indianern bestraft. Es ist unglaublich, wie friedlich sich die indianische Bevölkerung gegenüber den gewaltsamen Methoden ihrer Gegner gezeigt hat.

Es ist möglich - aber davon wissen wir nichts-,daß einige Gemeinden angesichts der physischen Eliminierung sich für ihre eigene Verteidigung Waffen angeschafft haben. Es ist auch möglich, daß die eine oder andere Person, die ein Mitglied des CRIC ist, als Einzelperson Beziehungen zu bewaffneten revolutionären Organisationen gehabt hat, von denen es einige in dieser Region gibt. Obwohl das möglich ist, ist unsere Organisation dadurch in keinster Weise kompromittiert, da sie für ihre eigenen Ziele kämpft und nicht alles, was in allen Indianergebieten geschieht, kontrollieren kann.

...es ist richtig, daß wir durch den Mord und die Festnahmen von reren von unseren wichtigsten Führern einen schweren Schlag erlitten haben und daß die Arbeit des CRIC in den Monaten der stärksten Repression etwas desorganisiert worden ist, aber die bewundernswerten Reaktionen der Basisgemeinden, Aktivisten und mittleren Führer haben es erlaubt, daß wir die Krise in kurzer Zeit überwanden und daß unsere Organisation von neuem ihre Arbeit wie gewöhnlich aufgenommen hat...Auch unsere Programme laufen wieder gut.

Jetzt, da die Regierung unsere Führer "richten" will, ist eine vereinheitlichte Solidarisierung notwendig, um zu vermeiden, daß gegen unsere Brüder, die niederträchtigste Ungerechtigkeit in dem nächsten Kriegsgerichtsprozeß begangen wird...

Popayan Junio 1979

Regionaler Indianerrat des Cauca CRIC



# **ANKLAGE GEGEN JESUITEN**

Die Jesuitenpater Luis Alberto Restrepo und Jorge Arango wurden unter Verletzung des Konkordats festgenommen (vgl. LN 72 und Artikel zum Konkordatsbruch in dieser Nummer). Sie sind bereits seit zwei Monaten in Haft.

Die ungeheuerliche Anschuldigung, sie seien am Mord des Innenministers beteiligt gewesen, ist unbewiesen. Die Geheimhaltungspflicht des Verfahrens durchbrechend veröffentlichte "El Tiempo" einen Brief des Hauptangeklagten, Camelo F., an die Jesuiten, der schwere Indizien gegen die Padres enthielt. Wie die Zeitung an diesen Brief gekommen ist, blieb im Dunkeln (El Espectador 4.7.79) Kurz darauf wurde von demselben Camelo F. ein öffentlicher Brief bekannt, in dem er verneinte, je den anderen Brief geschieben zu haben und er berichtet von Foltern, in denen er u.a. darauf verpflichtet werden sollte, Jesuiten zu beschuldigen. (Alternative Nr. 219) – Der Justizminister verletzte das Rechtsprinzip, daß alle Angeklagten unschuldig sind solange nicht das Gegenteil bewiesen ist. Er behauptete schlicht, die Jesuiten tempriester seien mitschuldig.

Der wiederholte Rechtsbruch auch in diesem Fall konnte auch nicht dadurch bereinigt werden, daß die Priester jetzt von der Brigade Militärischer Institute überführt wurden in das Haus der Jesuiten - wie es den Konkordatsbestimmungen entspricht.



Breiter Protest gegen das rechtswidrige Verfahren erhob sich im Inund Ausland:

Die beiden Priester schrieben aus der Haft an ihren Jesuitenprovinzial, dies sei "ein unerhörter Prozeß", in dem sie von vornherein ohne Beweise von dem Justizminister als Schuldige verurteilt würden. "Bevor der Prozeß beginne sei er bereits abgeschlossen". So werde das Gesetz zu einem Werkzeug gegen jene, die ein gerechteres, brüderlicheres und menschlicheres Land herbeisehnten". (Espectador 1.7.79)

Der Provinzial der Jesuiten, Gerardo Arango, weist die ungerechte Diffamierung der die Pater Restrepo und Arango zum Opfer fielen, zurück und betont, daß die Pater nach seinem Ermessen unschuldig seien. (Espectador 3.7.79)

Unter anderen protestiert die kolumbianische Menschenrechtskommission gegen die justizfeindliche Äußerung des Justizministers über die angebliche Schuld der Priester.

Aber auch im Ausland sind namhafte Theologen über die ungeheuerliche Anschuldigung empört. Im folgenden drucken wir den Wortlaut des Briefes einer Theologengruppe ab, der an die kolumbianische Botschaft gesandt wurde.

Herrn Botschafter der Botschaft von Kolumbien Friedrich-Wilhelm-Str. 35 5300 Bonn Im Auftrag: Prof. Dr. N. Greinacher Ahornweg 4 7400 Tübingen Tel.: 07071/63091

16.7.79

Exzellenz!

Wie wir aus zuverlässigen kirchlichen Kreisen erfahren, sehen sich Bischöfe, Priester, Ordensangehörige und Laien, die sich in Kolumbien für die Verteidigung ver Menschenrechte einsetzen, in ihrer Arbeit nicht nur behindert; sie werden auch zunehmend Repressionen ausgesetzt. Sogar von Folterungen wurde uns berichtet.

Angesichts dieser Informationen fürchten wir auch um die Jesuitenpadres Alberto Restrepo und Jorge Arango. Uns ist bekannt, daß sich die beiden Theologen im Rahmen ihrer Arbeit am sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut CINEP in Bogotá für die Einhaltung der Menschenrechte und die Interessen der Armen im Sinne des Evangeliums einsetzen. Beide wurden unter Verletzung des Konkordats verhaftet.

Wir unterzeichneten Theologen sind um das Wohlergehen unserer beiden Kollegen auf das Äußerste besorgt und bitten Sie daher nachdrücklich, sich für die physische Integrität der Verhafteten sowie für die strikte Einhaltung verfassungsrechtlicher Grundsätze in diesem Verfahren einzusetzen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns im Falle unserer beiden Kollegen bald Mitteilung machen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Auer, Prof. Gollwitzer, Prof. Haag, Prof. Käsemann, Prof. Kasper, Prof. Küng, Prof. Metz, Prof. Moltmann, Prof. Rahner, Prof. Vorgrimler, Prof. Zwiefelhofer

Neben den Jesuiten wurden - wie der Direktor des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts CINEP, Alejandro Angulo, in einem Interview äußert - noch andere Mitarbeiter des CINEP festgenommen. (Alternativa Nr. 220, 5.-12.7.79) Wir müssen danach fragen, was da hinter steht. Alejandro Angulo äußert hierzu u.a.:

"Das CINEP wollte nie nur den Interessen einer einzelnen Gruppe dienen, sondern es hatte - vielleicht utopischer. Weise - vor, im Dienst
des kolumbianischen Volkes zu stehen. Das ist von bestimmten Interessengruppen schlecht interpretiert worden und natürlich von denen
an der Macht...um ihre bedrohte Vorherrschaft zu sichern, ist die
herrschende Klasse bereit, den Stimmzettel mit den Waffen zu vertauschen... Obwohl die wirtschaftlichen Indikatoren in unserem Land
ständig steigen, fallen alle Indikatoren für Demokratie.

# Bischöfe bekennen sich zur "Kirche der Armen"

Die Kirche hat in Kolumbien eine wesentliche soziale Rolle inne. Wie in verschiedenen Dritt-Welt-Ländern hat sich die Kirche in den letzten Jahren in einigen wichtigen Punkten verändert.

Innerhalb der Kolumbianischen Kirche tat sich eine Kluft auf anläßlich des Kampfes von Camilo Torres, der sozile Gleichheit predigte und der im Kampf für die Ideen, die er gepredigt hatte, starb. Damals war der Klerus des Landes unterschiedlicher Auffassung, die Hierarchie blieb jedoch ganz traditionell.

In diesem Jahr kann man nun jedoch feststellen, daß sich die Hierarchie gegenüber dem Prozeß der zunehmenden Militarisierung, der anwachsenden Repression und der ständigen Verletzung der Menschenrechte aufdifferenziert. Bischöfe und Erzbischöfe haben protestiert und zusammen mit Sektoren der Linken, mit Konservativen und Liberalen und mit gewerkschaftlichen Gruppen eine breite Kampagne für die Respektierung der Menschenrechte in Kolumbien durchgeführt. In dieser Kampagne identifizieren sich Erzbischöfe und Bischöfe zunehmend mit den Volkskämpfen.

Neben der öffentlichen Unterstützung des Nationalen Forums für Menschenrechte durch einige Bischöfe, sind Aktionen einzelner Bischöfe hervorzuheben.

So geschah z.B. das Folgende in Tunja: Ein Student war verschwunden. Um zu erreichen, daß er wieder auftauche und nicht wie viele Leute, die vom Heer festgenommen wurden für immer verschwindet, besetzten seine Komilitenen von der Universität die Kathedrale von Tunja. Der Erzbischof dieser Stadt, Monsenor Augusto Trujillo Arango, unterstützte sie – soweit dies in seinen Kräften stand. Diese einheitliche Bewegung hatte als positives Resultat, daß man den Studenten wieder ausfindig machen konnte.

Des weiteren ist innerhalb der breiten Bewegung für die Menschenrechte das Verhalten des Bischofs von Cucuta hervorzuheben. Er nimmt nicht nur an der Kampagne für die Menschenrechte im Lande teil, sondern setzt sich darüber hinaus dafür ein, daß die Menschenrechte vieler kolumbianischer Arbeiter im Nachbarland Venezuela nicht weiterhin übertreten werden. Venezuela weist als Ölland einen höheren Lebensstandard auf. Da viele kolumbianische Bauern und Arbeiter arbeitslos sind, suchen sie im Nachbarland Arbeit. Dort werden sie stark ausgebeutet und es gibt einen Handel zwischen der venezolanischen und der kolumbianischen Polizei, der darin besteht, diesen Leuten – die "indocumentados" (die ohne Papiere) genannt werden – die Papiere und das Geld abzunehmen und sie nach Kolumbien zurückzuschicken. Darüber hinaus wurde in der letzten

zeit bekannt, daß es dort Friedhöfe gibt: Großgrundbesitzer lassen diese Arbeiter umbringen, um ihnen nicht ihren Lohn auszahlen zu müssen (LN 72). Die Polizei beider Seiten schaut dabei zu.

Der Bischof von Cucuta hat eine sehr mutige Kampagne begonnen, um die Menschenrechte dieser sozialen Gruppe zu verteidigen. Er weist darauf hin, daß es sich nicht um eine nationalistische Forderung eines Landes gegenüber einem anderen Land handelt, sondern um die Verteidigung aller Armen - egal, ob sie dem einen oder dem anderen Land angehören. Er macht klar, daß es um die jenigen geht, die von den venezolanischen und Kolumbianischen Oligarchien ausgebeutet werden und umgebracht werden.

Weiterhin ist die Position des Bischofs von Pereira hervorzuheben, der außerdem der Präsident der kolumbianischen Bischofskonferenz ist. Er ist sehr mutig im Fornsehen aufgetreten und hat im Radio gesprochen. Er hat die Verstöße der militärischen Strafjustiz und die Bedingungen unter denen die kolumbianische Bevölkerung zu leben gezwungen ist, angeklagt. Es ging sogar soweit, daß ein Fernsehprogramm, an dem der Bischof Castrillon im vergangenen Monat teilnahm, von der Regierung, die die Eigentümerin des nationalen Fernsehens ist, um die Außerungen des Biscofs gekürzt wurde. Man hatte die Äußerungen des Bischofs nicht an die Öffentlichkeit kommen lassen wollen, da er viele Tatsachen sagte, die die Regi erung für unpassend erachtete. Diese Tatsachen bezogen sich auf die derzeitige Übertretung der Menschenrechte in Kolumbien, auf die Foltern, auf die Verstöße der Militärs und vor allem darauf, daß er das zunehmende Elend der Bevölkerung damit erklärte, daß der status quo der herrschenden Sektoren aufrecht erhalten werden solle, in deren Einverständnis das Militär eine Politik des Terrors und der Unterdrückung durchführe.

Außerdem gibt es den Fall des Bischofs in Barranquilla, der den leitenden Persönlichkeiten der Militärbasis offen die Stirn bot und sie exkommunizierte. Nach dem Konkordat muß man ein bestimmtes Verfahren einhalten, wenn man eine Ordensschwester oder einen Ordensbruder festnehmen will.(vgl. Artikel hierzu in dieser Nummer) Die Militärs nahmen einige Ordensschwestern fest, ohne dies zu beachten und behandelten sie in einer sehr erniedrigenden Weise. Da die Militärs auf der Richtigkeit ihres Vorgehens beharrten, exkommunizierte der Bischof sie.

Das war ein Beweis für seine Überzeugung, daß es notwendig ist, Stellung zu beziehen für die Arbeiter und anderen Volksschichten in Kolumbien und für die jetzige nationale Kampagne für die Menschenrechte. Da sich die Kirche immer stärker engagiert – zumindest ein Teil des Klerus und der Bischöfe – im Kampf für die Menschenrechte und an der Seite des Volkes dessen Forderungen unterstützt, beginnen auch die Repressionen ihr gegenüber zuzunehmen, wie auch die Konkordatswidrige Verhaftung der beiden Jesuiten Luis Alberto Restrepo und Jorge Arango belegt.(vgl. dazu LN 72 und Bericht in dieser Nummer)



# KONKORDATSBESUCH UND CIA – STRATEGIE GEGEN DIE KIRCHE DER ARMEN

AN BISCHÖFE, PRIESTER, ORDENSLEUTE UND ENGAGIERTE CHRISTEN IN DEN KÄMPFEN FÜR DIE GERECHTIGKEIT

(Auszug)

Angesichts der wachsenden Zahl von Festnahmen von Priestern und Ordensleuten auf Befehl der Obersten Militärischen Führung halten wir die folgenden Überlegungen für sinnvoll:

# Der Bruch der Konkordatsbestimmungen

A) Es ist wichtig, daß der Klerus und die Mitglieder der Orden alles wissen, was mit dem bestehenden Konkordat, dem Abkommen, das zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Kolumbianischen Staat getroffen wurde, zusammenhängt. Als internationales Abkommen ist seine juristische Bedeutung sogar noch über der der kolumbianischen Verfassung einzustufen. Jetzt ist dieser Vertrag jedoch von den militärischen Führern unter Einwilligung des Staates und/oder durch Unachtsamkeit und Unwissenheit der kirchlichen Prälaten und sogar des Klerus schwerstens verletzt worden.

Das Konkordat hat 32 Artikel. Im Artikel 20 heißt es:

"Im Falle von Strafprozessen gegen Geistliche und Ordensleute, sind die erste Instanz - ohne Hinzuziehung einer Geschworenenbank - die Obersten Richter oder ihre Stellvertreter; die zweite Instanz sind die Obersten Gerichte. Zu Beginn des Prozesses wird die Tatsache dem Diözesanbischof selbst mitgeteilt, der dem juristischen Prozeß nichts in den Weg stellt. Die Urteilssprüche sind nicht öffentlich. Während der Festnahme und Gefangenschaft, vor und während des Prozesses, dürfen sie nicht in gewöhnlichen Gefängnissen festgehalten werden, aber wenn sie in der höchsten Instanz verurteilt werden, wird auf sie die normale Regelung des Strafvollzugs angewandt."

Nach Wortlaut, Geist und Praktik dieses Artikels muß man in Rechnung stellen, daß:...

- In Strafgerichtsprozessen nur die Obersten Richter und die Obersten Gerichtshöfe Recht sprechen können. Als Ordensleute und Priester von dem Kommandanten der Marinebasis in Cartagena festgenommen worden waren, setzte der sogenannte Oberste Gerichtshof oder der Disziplinargerichtshof die Rechtsauffassung in dem Sinne durch, daß unter Obersten Richtern "nur die ordentlichen Obersten Richter in Zivil- und Strafsachen zu verstehen seien."

Angesichts der Tatsache, daß das Sicherheitsstatut nicht internationale Verträge vergessen machen kann, und da die Militärrichter jeglicher Ebene in keiner Etappe des Prozesses die Macht oder die Möglichkeit der Rechtsprechung über Priester und Ordensleute haben, verletzt der Staat sein eigenes Gesetz, wenn er derartige Mißbräuche duldet.

Nach dieser Doktrin kann ein Militärrichter weder ein gültiges Verhör durchführen noch eine eidesstattliche Erklärung ann∂hmen, noch einen Haftbefehl erlassen.

Priester oder Ordensleute dürfen sich micht von Militärrichtern verhören lassen, da sie vom Konkordat geschützt werden. Ihr Richter ist der ordentliche Oberste Zivil- oder Strafrichter der Region, vor ihm muß er sich dem Gesetz unterziehen.

Daher wurden im Cartagena-Prozeß die Ordensleute der ordentlichen Justiz übergeben, die sie für unschuldig erklärte. Im Falle, daß ein Ordensmann entgegen den Bestimmungen des Konkordats der militärischen Strafjustiz unterworfen wird, muß er von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen und seinen Rechtsanwalt davon unterrichten, daß:

- bevor ein Priester oder Ordensmann festgenommen wird, die zivilen Behörden dem zuständigen Diozesanbischof ...Mitteilung erstatten müssen. Wenn anders vorgegangen wird, muß der Bruch des Konkordats vor der Procuraduria General (Einer Art Verfassungsgericht d.Ü.) und vor der öffentlichen Meinung denunziert werden...
- Der Priester und/oder Ordensmann muß im Falle einer Festnahme in dem sogenannten "Konkordatsgefängnis" untergebracht werden. Nach den Richtlinien, die im Falle von Bucaramanga (August 1972) und kürzlicher in Cartagena festgelegt wurden, muß dieses Gefängnis ein Haus des Klerus sein, das von dem Bischof oder vom Ordensoberen festgelegt worden ist. Andernfalls sind die Diözesanbischöfe dazu verpflichtet, von den staatlichen Autoritäten die Einhaltung dieses Rechtes zu fordern...

Schließlich ist es wichtig die Konkordatsvorschriften nicht als persönliche Außnahmen zu betrachten. Des heißt, eine Sache ist das Konkordatsgefängnis und eine ganz andere Sache ist es, wenn man gefangene Priester in Militärischen Einrichtungen unterbringt und ihnen dort eine <u>andere</u> Behandlung zuteil werden läßt, ein besseres Zimmer, besseres Essen, eine bessere Sprache etc...von Seiten des Militärs in ihren Gebäuden, so wie es bei den verhafteten Jesuiten der Fall war...

# Angst vor der Kirche der Armen – CIA Strategie

B) Der Klerus und die Orden müssen einen anderen wichtigen Aspekt kennen, der mit der repressiven Politik der Regierung und der härtesten militärischen Sektoren zusammenhängt und keinen nur rein spontanen Charakter besitzt. Sie entsprechen Anordnungen des CIA, durch die die Nationale Souveränität selbst verletzt wird.

So klagt die Zeitschrift "Tempo e presenca" (März 1979, No. 148), die von dem Ökumenischen Informationszentrum publiziert und in Rio de Janeiro herausgegeben wird, an, daß:

"der nordamerikanische Präsident Jimmy Carter dem CIA (der Zentralen Geheimdiesnt Agentur) anordnete, alle neuen katholischen Bewegungen Lateinamerikas zu überwachen und sie zu infiltrieren.

"Der Befehl war aus der Angst entsprungen, daß das, was im Iran geschehen war, wo ein religiöser Volksführer es erreichte, 01A6 starke und jahrhundertealte Monarchie zu stürzen hier passi@F9A könnte.

"Carter erbat vor allem, die Bewegungen zu überwachen, die mit der Theologie der Befreiung verbunden seien, und bat, daß die privaten und öffentlichen Aktivitäten der Führer dieser theologischen Strömung voll und Eanz überprüft würden.

33

"Daher beginnt in Lateinamerika eine neue Welle der Verfolgung dieser religiösen Gruppierungen, geleitet vom CIA. Die Befehle des Präsidenten Carter wurden in einer Sitzung der Senatskommission für Auslandsbeziehungen, die vom demokratischen Senator Frank Church geleitet wird, bekannt gegehen. In dieser Sitzung wurde der Sturz des Schahs vom Iran durch die schiitischen Geist-lichen untersucht.

"Die Kommission befürchtete, daß etwas Entsprechendes in den lateinamerikanischen Ländern geschehen könne, in denen das hungernde Volk beginnt, die durch die Außenpolitik der USA aufgezwungenen Regime nicht mehr zu ertragen."

Diese Politik, die seit langer Zeit betrieben wird, ist der Grund für die neuerliche Verfolgung, der die Priester und Ordensleute unterworfen werden, die sich mit der Sache der Armen in Kolumbien und ganz Lateinamerika verbunden fühlen.

Wenn man die Informationen in der öffentlichen Meinung in bezug darauf zusammenträgt, so wissen die bewußten Teile des Volkes, daß der CIA in Kolumbien unter der Adresse der Botschaft der USA und insbesondere über militärische Assesoren operiert, die im Verteidigungsministerium und im Oberkommando der Armee und des Heeres sitzen.

Um ihre Aufgabe zu technifizieren, hat der CIA begonnen, detaillierte Information über die wichtigsten religiösen und zivilen Elemente anzufordern.

Die konkreten operativen Arme sind die militärischen Apparate, genannt "Geheimdie-nst", die jeder militärischen Einheit zugeordnet sind, so wie B2, S2, F2, etc...

Nach denselben Informationen wird berichtet, daß die Politik der Ermittlung und Untersuchung insbesondere dem Bataillon für Aufklärung und Gegenaufklärung "BINCI" übertragen worden ist, das direkt vom Generalkommando des Heeres kontrolliert wird.

Personal dieses Korps ist im allgemeinen in Zivil gekleidet, paßt sich allen sozialen Klassen an, verdingt sich innerhalb seines Amtes als Händler, Führungskräfte, Straßenhändler, Arbeiter, Studenten, Professoren, Angestellte, scheinbar Arbeitslose und sogar Lumpen. Viele von ihnen wurden von der Escuela de las Americas in der Panama-Kanalzone von Spanisch sprechenden Technikern des CIA trainiert.

Diese Organisation hat außerordentlich verfeinerte Spionageteams und ihre Mitglieder - auch Experten in physischen und psychischen Foltermethoden - besitzen die besten Fortbewegungsmöglichkeiten im ganzen Land, ohne daß sie sich zu erkennen geben - nicht einmal den lokalen Militärs.

Wir meinen, daß man vor der öffentlichen Meinung diese Dinge bekanntgeben muß und das Volk über diese neuen repressiven Phänomene aufklären muß, die das Ergebnis der Beziehung zwischen unseren Streitkräften und der Politik von Pentagon und nordamerikanischem State Department sind....

Bogota 11.6.79

Sacerdotes para América Latina, SAL (Priester für Lateinamerika) Organización de Religiosas para América Latina, ORAL, (Organisation von Nonnen für Lateinamerika)

Federación de Grupos Cristianos de Bogotá (Föderation von Christlichen Gruppen in Bogotá)

Crupos Cristianos por la Liberación Nacional y el Socialismo (Christliche Gruppen Tür die nationale Befreiung und den Sozialismus)

# ZUR JURISTISCHEN SITUATION — UMKEHRUNG DES RECHTS

1. Das Sicherheitsstatut, das am 6.9.78 von Präsident Turbay Ayala erlassen wurde (vgl. LN 63,65) verletzt das herrschende Recht in verschiedener Hinsicht. Zunächst verletzt es die Form des strafrechtlichen Vorgehens, die Carta der Vereinten Nationen und die Erklärung der Menschenrechte, die Kolumbien unterschrieben hat. Nach dem Strafrecht hat jeder Bürger, jede verurteilte Person das Recht, daß eine andere Person, ein anderer Richter oder ein anderes Gericht den Urteilsspruch auf Anforderung in einem Berufungsverfahren überprüft. Aber das Sicherheitsstatut gewährt dieses Recht auf Berufung bei gewissen Vergehen nicht, lediglich das Recht auf nochmalige Vorlage bei demselben Funktionär. Zum zweiten sagt das Dekret, daß für bestimmte Delikte ein Hauptmann oder ein anderer Militär mit dem Grad eines Hauptmannes oder eines höheren Grades zuständig ist, der einen Bürger, der diese Vergehen begangen hat, richten kann und ihm selbst eine Strafe bis zu vier Jahren auferlegen kann. Das heißt, daß nicht einmal mehr ein kompetenter Richter eingeschaltet wird, nicht einmal ein Kriegsgericht, wo es zumindest einige feste Verfahrensregeln gibt. sondern ein derartiges Urteil wird lediglich von einer Einzelperson ausgesprochen, die keinerlei juristische Ausbildung besitzt, und für die auf diese Weise verhängten Strafen gibt es kein Recht auf Berufung an eine höhere juridische Instanz.

Dieses Statut steht in noch einem anderen Sinne mit den Prinzipier des Rechtes im Konflikt. Im modernen Strafrecht ist in eindeutiger Weise die Rede von der "Typizität" des Delikts. Damit man ein Verhalten als ein Delikt bezeichnen kann, muß zunächst eine Norm fest gelegt werden, die definiert, was als Delikt zu bezeichnen ist.

Das Statut bleibt hierin sehr unklar; so werden zum Beispiel, diejenigen, die Schilder und Spruchbänder herstellen oder subversive
Ideen und Propaganda verbreiten, bestraft. Die Bezeichnung "subversiv" ist jedoch eine subjektive Bezeichnung, deren inhaltliche
Auslegung dem Richter überlassen bleibt. Es gibt keine Aussage
darüber, was als subversiv bezeichnet wird. Darüber hinaus werden
Verfahren in diesen Fällen vor dem Militärrichter verhandelt.

Eine weitere Rechtsunsicherheit besteht z.B. darin, wenn es heißt, daß die Besetzung öffentlicher Straßen bestraft wird, jedoch nicht definiert wird, was unter "Besetzung öffentlicher Straßen" verstanden wird. So ist zum Beispiel eine Demonstration eine Besetzung öffentlicher Straßen. Demonstrieren kann also zu etwas Subversivem Illegalen werden, je nachdem wie das Delikt definiert wird. Demonstrationen haben - mit Ausnahme derer, die der Unterstützung der Regierung dienen - Protestcharakter. Die Besetzung öffentlicher Straßen bei einer Demonstration kann danach also als straßbare Handlung gesehen werden, wobei sie jedoch auf einem in der Verfassung geheiligten Recht beruht, dem Recht auf Versammlung. Es gibt also Zweideutigkeit. Dus Sicherheitsstatut verletzt nicht nur Garantien, die in der Verfassung festgelegt sind, sondern auch der Auf versammlen, die in internationalen Verträgen festgelegt sind, wie der Carta der Menschenrechte.

So wird z.B. das Recht auf Informationsfreiheit verletzt, indem es heißt, daß Radio und Fernsehen nicht über bestimmte Vorfülle berichten dürfen, wie z.B. Streiks, Entführungen und andere Aktionen.

Außerdem gibt es eine Reihe von Vorgehensweisen, die zwar nicht gegen juristische Verfahrensweisen verstoßen, jedoch verfassungswidtig sind. So werden zum Beispiel zunehmend bestimmte Handlungen, die als strafbar eingestuft werden, der militärischen Strafjustiz übergeben. Einige Rechtsanwälte, die der klassischen liberalen oder bürgerlichen Rechtsauffassung, die in Kolumbien besteht, verpflichtet sind, bezweifeln, daß die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative aufrecht erhalten blieb. In dem Maße wie die Aburteilung von Personen ständig von Militärs vorgenommen wird, verstößt man gegen diese Prinzipien.

Dies war in Kolumbien in der letzten Zeit bereits ein gängiges Vorgehen, doch in dem Sicherheitsstatut, werden den Militärs weitere Möglichkeiten gegeben, Zivilisten auch in Zeiten abzuurteilen, die keine Kriegszeiten sind.

2.

Eine weitere gesetzliche Vorschrift, die man im Zusammenhang mit der Verletzung der Verfassung und der Gerichtsbarkeit betrachten muß ist der Artikel 121.

Der Artikel 121 der Verfassung besagt, daß in Kriegszeiten mit anderen Ländern oder in Zeiten inneren Aufruhrs der Präsident mit der Unterschrift sämtlicher Minister die öffentliche Ordnung als gestört erklären und den Belagerungszustand für die ganze Republik oder für einen Teil von ihr erklären kann.

Nach einer derartigen Erklärung besitzt die Regierung die Rechte, die nach der Verfassung für Zeiten inneren Aufruhrs vorgesehen sind und jene Rechte, die nach allgemein anerkannten Verfügungen für Zeiten der Kriegsführung zwischen Ländern vorgesehen sind.



Die Dekrete, die der Prasident in derartigen Zeiten verfügt, haben obligatorischen Charakter soweit sie von allen Ministern unterschrieben wurden. Die Regierung kann die Gesetze durch die Dekrete, die sie erläßt, nicht aufheben. Ihre Befugnis bleibt auf die Suspendierung der Gesetze beschränkt, die mit dem Belagerungszustand unvereinbar ist. Der Artikel 121 ist noch weitaus umfangreicher aber hier wollen wir es bei diesen Bemerkungen belassen.

Zunächst ist festzustellen, daß der Belagerungszustand - wie jener Artikel besagt - für den Kriegsfall oder inneren Aufruhr zutrifft, das heißt für Ausnahmefälle, daher ist der Belagerungszustand von Rechtshistorikern als Ausnahmezustand bezeichnet worden.

Jedoch in Kolumbien lebt man praktisch ununterbrochen seit 1948 im Belagerungszustand. D.h. während der letzten 30 Jahren herrschte über 20 Jahre lang der Belagerungszustand. Mit anderen Worten, es handelt sich in gewisær Weise um ein Paradox, daß sich das, was die Ausnahme ist, in die Regel verwandelt und daß das, was die Regel sein sollte zur Ausnahme wird.

Nach diesem Artikel kann der Präsident Dekrete erlassen, die die Gesetze aufheben und - wenn man die Gesetzgebung Kolumbiens während der vergangenen 30 Jahre betrachtet, so stellt man fest, daß der Großteil der Gesetzgebung das Produkt von Gesetzeserlassen der Regierung ist.

Was geschieht auf diese Weise?

Obwohl es formal ein Parlament gibt, ist es de facto der Präsident, der Gesetze erläßt. Das wird zwar als Ausnahmesituation betrachtet, wenn man es jedoch in dem Zeitraum von 30 Jahren betrachtet, dann stellt man fest, daß es eine ganze Gesetzgebung des Präsidenten, d.h. der Exekutive gibt.

In der Praxis hat die Exekutive die Funktion der Legislative an sich gerissen und die Legislative hat lediglich eine dekorative Funktion.

Man muß jedoch beim Studium der kolumbianischen Gesetzgebung wissen, daß nicht alle von der Regierung erlassenen Dekrete nur auf dem Artikel 121, dem Belagerungszustand beruhen.

Außerdem wird der Artikel 76 der Verfassung dazu benützt, die Macht des Präsidenten auszuweiten: Der Artikel 76 ermächtigt den Präsidenten einerseits das Bildungswesen und andere Tätigkeiten zu reglømentieren; aber er legt auch grundlegend fest, daß der Kongreß der Republik dem Präsidenten Befugnisse übertragen kann "daß er pro tempore Dekrete zu bestimmten Angelegenheiten erläßt."

Diese Funktionsübertragung dürfte nur die Ausnahme darstellen, denn es ist die Funktion des Parlaments, Gesetze zu erlassen. Das Parlament überträgt diese Funktion aber immer stärker dem Präsidenten.

Dem Artikel 76 entsprechend hat man ihm außerordentliche legislative Befugnisse für Steuer-,Bildungs- u.a. Fragen eingeräumt. So befindet sich der Präsident auch aus diesem Grunde innerhalb der Verfassungsnorm - zumindest dem Wortlaut nach - da sich der Kongreß dieser, seiner Aufgaben entledigt hat.

So ist also festzustellen, daß die Gesetzgebung in Kolumbien auf die eine oder andere Weise praktisch in den Händen des Präsidenten der Republik liegt.

Da der Artikel 121 besagt, daß die Dekrete, die der Präsident erläßt, Gesetze einfach suspendieren können, ergibt sich ein juristisches Problem:

Mit Aufhebung des Belagerungszustandes treten die Gesetze wieder in Kraft, da die Gesetze mur während der Zeit des Belagerungszustandes aufgehoben wurden. Außerdem entfallen die durch den Präsiedenten erlassenen Dekrete. In der Praxis sieht das folgendermaßen aus: Der Präsident erläßt in gewissen Zeitspannen - manchmal jahrelang - Gesetze. Wenn er den Belagerungszustand aufzuheben gedenkt, wendet er sich an das Parlament mit dem Vorschlag, er werde den Belagerungszustand nur dann aufheben, wenn das Parlament die von ihm erlassenen Dekrete legalisiert. Daraufhin erläßt das Parlament ein Gesetz, nach dem alle jene Dekrete in Gesetze umgewandelt werden. Dies erfolgt nicht pauschal, man macht vielmehr eine Auflistung der Dekrete und obwohl man also formal die Verfassung achtet, legalisiert man praktisch den Belagerungszustand und beweist wieder einmal von neuem, daß das Parlament nur eine dekorative Figur ist.

Weiterhin ist Artikel 28 der Verfassung zu betrachten; er besagt "daß auch in Kriegszeiten niemand ex por parto bestraft werden kann, sondern nur auf der Basis von gesetzlichen Verfügungen, d.h. daß das entsprechende Verhalten verboten und die Strafe festgelegt sein muß. Daß auch in Friedenszeiten – jedoch bei außerordentlichen Anlässen "innerer Aufruhr" erklärt wird und mit Regierungsbefehl und nach vorheriger Zustimmung der Minister Personen festgenommen werden können, gegen die schwerwiegende Indizten vorliegen, die besagen, daß diese Personen gegen die öffentliche Ordnung verstoßen. Nach Ablauf von 10 Tagen nach der Festnahme muß die Regierung sie freilassen oder Gen zuständigen Richtern mit den erwähnten Beweisstücken übergeben, damit dem Recht gemäß entschieden wird.

Doch der Festnahme der Bürger für 10 Tage, die von dem Präsidenten befohlen wird, muß zuvor von den Ministern zugestimmt werden. Da es sich um eine schwerwiegende Angelegenheit handelt

müssen Präsident und alle Minister gemeinsam die Liste von Personen erarbeiten, von denen sie meinen, daß sie die öffentliche Ordnung stören würden.

Heute wird dieser Artikel aber völlig entkräftet. Präsident und Minister kommen nicht zusammen, um die Liste zu erstellen. Es sind vielmehr die Militärs, die die Liste aufstellen, wie es ihnen beliebt. Man hat errechnet, daß angesichts der 4 Tausend Gefangenen in diesem Jahr Präsident und Minister – hätten sie sich an die Verfassung gehalten und Fall für Fall studfert – zumindest mehrere Wochen nur in solchen Versammlungen hätten zubringen müssen.

Denn vom Standpunkt der Rechtstheorie her gesehen gibt es hier keine Delegationsmöglichkeit.

Dies ist ein weiteres Boispiel dafür, wie man sich auf die Verfassung beruft, sie jedoch praktisch bricht.

5. Das Strafgesetzbuch legt das Recht einer Person auf Verteidigung fest. Hierbei handelt es sich um ein universal anerkanntes Rechtsprinzip.

Was geschieht jedoch im der Praxis im Kolumbien? Man ruft zu kollektiven Prozessen auf. Die Akten bestehen entsprechend aus tausenden von Seiten. daher braucht man viel Zeit um sie zu Jesen. Da es

sigh in selchen Prozessen aber um 30 und mehr ja sogar 100 Angeklagte handeln kann, gibt es auch viele Rechtsanwälte. Der Anwalt
will sich sachkundig machen, de facto erlauben die Militärrichter
oft nicht den gangen fag lang Zugang zu den Akten, sondern sie
legen eine Zeit fest, z.B. 10-12 Uhr. Man stelle sich also ein Aktermaterial von big zu 30 oder 40 Tausend Seiten vor und 40 Anwälte, die sie einsehen müssen. Wenn die gugelassene Zeit sich nur
auf 2 Std/Tag beschränkt so ist es praktisch für die Anwälte unmöglich festzustellen, warum ihr Glient beschuldigt wird oder
wie sie seine Verteidigung aufbauen können. Auf diese Weise wird
also z.B. das Recht auf Verteidigung verletzt, obwohl das nach
außen so nicht sichtbar ist. Dieses Verfahren hat man augenscheinlich der Franco Ära entlichen. Alle Diktaturen benutzen diese
Methode.

6. Es gibt eine Denkachrift von Anwälten, in der sie um die Liste der nach Artikel 28 festzunehmenden Personen bitten undzwar aus folgendem Grunde.

Das Strafgesetzbuch besagt, daß eine Person, die wegen irgendeines Vergehens festgenommen wurde a.B. nicht länger als 72 Std. in Einzelhaft ehne Verbindung zur Außenwelt bleiben darf. Wenn dasse Person in Unterschungshaft genommen wurde, so beläuft sich der Zeitraum auf 10 Ta e. Also man nimmt eine Person fest, isoliert sie von den übrigen Menschen und in dieser Zeit findet im Allgemeinen die Folter statt.

Der Anwalt kann diese Person nicht sehen, da sie sich in Untersughungshaft belindet und von keinem Anwalt besucht werden kann.

Die gegenwärtige Praxis sieht etwa folgendermaßen aus: eine Person wird festgenommen, sie wird de fakte aber mindestens 12 Tage festgehalten, dann lassen sie den Betreffenden frei; er wird von neuem festgenommen. Denn fängt das Zählen von vorn an: 3 Tage Isolationshaft u.s.w.. De fagto halten sie die Betreffenden also viel länger als den gesetzligh festgelegten Zeitraum fest.

Außerdem darf der Gefangene keinen Rechtsanwalt sehen und der Rechtsanwalt darf den Gefangenen nicht sehen, da er keine Genehmigung besitzt. Oft lassen sie keine Rechtsanwälte zu, wen genotert wird. Eine der Errungenschaften der Französischen Revolution und des bürgerlichen Rechts ist, daß einer der angeklagten Personen mitgeteilt wird, weshalb Anklage erhoben worden ist. In der Praxis wird hier das Recht auf Verteidigung verletzt, weil die Rechtsanwälte praktisch nicht feststellen können, weswegen einer angeklagt worden ist. Das ist also der Beitrag der Militärs zur Entwicklung der hiesigen Rechtssprechung.

7.

An einen anderen Beitrag soll errinnert werden: Alle Schulen des Strafrechts, die positivistische, die klassische etc. stimmen darin überein, daß man nach dem Grundsatz von der Unschuld einer Person ausgehen muß, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist. D. h. die Beweislast liegt auf Seiten des Staates; also nicht das Individuum muß beweisen, daß es unschuldig ist, sondern der Staat muß ihm nachweisen, daß es schuldig ist.

Aber die gesamte Gestzgebeung wird entkräftet vom dem, was Militärs "objektive Umstände" nennen. Da sie zum Beispiel ihre Meinung davon, was "subversive Prppaganda" sei, mit der tatsächlichen subversiven Propaganda gleichsetzen, ist die Schuld des Angeklagten bereits vorhergesagt, und de facto ist er es dann,

der seine Unschuld beweisen muß. Einen Bruch mit jeglicher juristischen Konzeption zum Beispiel gibt es auch bei einem Dekret, das López Michelsen erließ, das als das "Recht zu Töten" betitelt wurde:

Das Dekret besagte, daß man von den Militärs, die eine Person während ihrer Dienstzeit töteten oder verletzten, annehmen müsse, daß sie dies in Ausübung ihrer Funktionen täten. Das heißt, wenn ein Militär eine Person tötet, so nimmt man an, er besäße einen legitimen Verteidigungsgrund, daß nämlich der andere ihn angegriffen habe. Das heißt: das juristische Konzept wird vollkommen umgedreht.

# Willkürherrschaft eines "Saubermanns"

AUS DEM BRIEF EINER GEFANGENEN (Auszug) Cali, Junio 18/1979 An Amnesty International

Sehr geehrte Herren, ich bin eine Angestellte aus einer Fabrik in Cali...ich wurde von vier Männern (die ich niemals zuvor gesehen habe) am 10. Mai dieses Jahres entführt. Sie sagten mir nicht. wer sie seien und was sie vorhatten. Sie nahmen mich gewaltsam fest und brachten mich zu einem weißen Jeep, wo sie mir die Augen verbanden und mich fesselten...

Diese Herren haben mich einer Reihe von physischen und psychischen Foltern unterworfen, unter anderen den folgenden: Sie ließen mich stundenlang im Regen stehen und schlugen meinen ganzen Körper mit Stöcken und mit ihren Waffen und traten mich mit Füßen, sie forderten, ich solle ihnen Waffen geben, Waffen, von denen ich nicht das geringste weiß...

Sie brachten mich später zu einem See oder Schwimmbad(alle Orte sind bei 'la Remonta'- Batallon Pichincha/Cali) und stellten mich an den Rand, dort war ein Mann unter das Wasser getaucht worden, sie nahmen ihn heraus, als er um sich schlug. Sie sagten mir, ich solle zugesteben, daß ich Waffen besäße, sonst würden sie mit mir dasselbe machen. Da ich nicht etwas auf mich nehmen kann, wofür ich nicht verantwortlich bin, weigerte ich mich. Sie warfen mich hinein. Als ich keine Kräfte mehr hatte und fast ertrunken war, holten sie mich heraus an den Haaren und forderten ich solle eingestehen... "

(Sie wurde vergewaltigt und in einem Ameisenhaufen liegen gelassen, ihr wurde angedroht, daß man ihrer Schwester dasselbe antun würde, wenn Sie nicht ein Geständnis ablegen würde:)

"...sie wollten, daß ich weiße Seiten unterschreiben und das auf-

"...sie wollten, daß ich weiße Seiten unterschreiben und das aufschreiben sollte, was sie mir sagten. Teh sollte schriftlich gestehen, daß ich Waffen besäße....

Die physische Folter ist wen nig verglichen mit der psychologischen Folter, der wir "die politischen Gefangenen "die diese Herren (vom B-2, vom Geheimdienst wie sie sagen) noch nicht getötet haben ausgesetzt sind. Zudem stehen wir unter dem Druck, der von den militärischen Strafrichtern ausgeübt wird, die sich manchmal von diesen Herren bei den Verhören begleiten lassen. Da kommt es zu Situat ionen wie der folgenden in meinem Fall:

Als einer meiner Anwälte nur einige Schritte von mir entfernt war mit einer Autorisierung in der Hand, die unterschrieben werden mußte, wurde ich in meine Zelle weggerissen, man hatte mir nicht erlaubt mit ihm zu sprechen, das geschah vor den Augen des Richters und der militärischen Autoritäten- und das alles nachdem ich mehr als 20 Tage gefangen und in Isolationshaft gehalten worden war.

39

Als ich vernört worden war, war die Gegenwart meines Anwaltes nicht erlaubt, ohne meine Zustimmung war ein Militär beauftragt worden, mir zu assistieren...

Ich wurde von einer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes in der Zelle untersucht. Ihr Doktor ordnete an. daß men Röntgenaufnahmen von mir machen müsse und daß ich ärztliche Betreuung benötige. Er hinterließ einige Arzeneimittel und sagte mir, daß man sie mir am nächsten Tag bringen würde. Aber man brachte mir keine Medizin und röntgte mich nicht....

### HACIENDA DER DEUTSCHEN EXPORTINDUSTRIE ?

Carl Otto Merkel, Vorstandsvorsitzender des Ibero-Amerika-Vereins, Hamburg, der die Interessen der deutschen Exportwirtschaft in "Ibero-Amerika" vertritt, führte auf der Mitgliederversammlung des Vereins am 16.5.79 u.a. folgendes aus:

Ich persönlich glaube jedoch kaum, daß die Entwicklung unseres lateinamerikanischen Kontinents während der ersten vier Monate dieses Jahres uns schon mit freundlichem Optimismus erfüllen darf... So scheint es mir fraglich, ob das Jahr 1979 den Optimismus der Forschungsinstitute – jedenfalls soweit es unser ibero-amerikanisches Arbeits- und Interessengebiet betrifft – letztlich bestätigen wird. Aber Gott sei Dank stehen wir ja noch im Frühling dieses Jahres. Bis zur Ernte jedoch bleibt uns noch viel zu tun.

# **BOLIVIEN**

### **BOLIVIEN NACH DEN WAHLEN**

Die Wahlen haben stattgefunden und zeigen einen deutlichen Sieg der Linken. Kein Präsidentschaftskandidat erreichte die absolute Mehrheit der Stimmen. So muß der Präsident durch den Kongreß gewählt werden. Absprachen zwischen den Wahlfronten sind unausweichlich. Es bleibt eine latente Putschgefahr.

Am Sonntag, den 1. Juli 1979, fanden die allgemeinen Parlamentsund Präsidentschaftswahlen ohne nennenswerte Zwischenfälle statt. Das endgültige offizielle Wahlergebnis wird erst am 16. Juli 1979 bekanntgegeben. Ein offizielles Teilergebnis (Auszählung von 67% der Stimmen) ergibt folgendes Bild:

```
UDP 469.575 Stimmen = 37,3 % (H. Siles Zuazo)
Alianza MNR 374.843 Stimmen = 29,8 % (V. Paz Estenssoro)
ADN 214.657 Stimmen = 17,1 % (H. Banzer Suarez)
PS1 98.885 Stimmen = 7,9 % (M. Quiroga S.)
APIN 54.040 Stimmen = 4,3 % (R. Bernal E.)
MITKA 20.684 Stimmen = 1,6 % (L. Tapia Q.)
VO 12.634 Stimmen = 0,9 % (J. Catoira)
```

Die bisher vorliegenden Ergebnisse erlauben folgende vorläufige Einschätzung:

1.Da keiner der Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit erringen konnte, werden der Präsident und der Vizepräsident in der ersten Augustwoche vom Kongreß gewählt werden.
2.Die Wahlfronten der Linken (Demokratische Volkseinheit - UDP - und Sozialistische Partei - PS1 - ) errangen einen ausgezeichenten Wahlerfolg mit insgesamt über 45% der Stimmen.
3.Die Rechte (Allianz Nationalistische Revolutionäre Bewegung - Alianza MNR - , die Nationalistische Demokratische Allianz - ADN - und die Volksallianz der Nationalistischen Integration - APIN - ) wird auf Grund des Systems der Sitzvergabe im Parlament eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten stellen.Diese Mehrheit übersteigt die Prozentzahl der Stimmen, die die Rechte insgesamt erhalten hat.

4.Angesichts der Möglichkeit einer Regierung der Linken unter Kontrolle der Rechten erscheint die Putschgefahr von Seiten der reaktionären Teile der Armee gemindert, wenngleich nicht ausgeschlossen. Da es mehrere Koalitionsmöglichkeiten gibt, ist es verfrüht, eine genauere Prognose über den Ablauf der Regierungsbildung aufzustellen, jedoch soll an dieser Stelle der Versuch unternommen werden, die Interessen, die hinter den verschiedenen Gruppen stehen, und die Wählerschaft näher zu beschreiben.

## Die ADN von Ex-Diktator Banzer

Der Ex-Diktator Banzer und sein Vizepräsidentschaftskandidat Mario Rolon Anaya vertreten in erster Linie die Interessen der Teile des Bürgertums, die am engsten mit dem internationalen Kapital verbunden sind, z.B. Bergbauunternehmen und Handelsgesellschaften, die in besonderem Maß von ausländischem Kapitaleinsatz abhängig sind, und die agroindustrielle Bourgeoisie im Osten Boliviens. Die Wahlunterstützung für Banzer und seine Front kam aus folgenden Sektoren:

-reaktionäre Teile des Bürgertums

-faschistische Teile der Armee

-Schmuggler und Schwarzmarkthändler, die in der Banzer-Diktatur einen immensen Aufschwung erlebten

-Importeure von Luxusgütern, die in den letzten Jahren an der er-

höhten Nachfrage für diese Artikel profitierten

-Grundstücks- und Wohnungsspekulanten. Die Banzer-Diktatur erlaubte durch die ungerechte Verteilung des nationalen Einkommens, für Luxusgüter zusätzliche Beträge aufzuwenden. Die Wählerschaft rekrutierte sich weiter aus einem Teil der Bevölkerung, der zwar keinen Nutzen von der Banzer-Diktatur hatte, aber auf Grund politischer Desorientierung für die Wahlpropaganda Banzers empfänglich war, insbesondere für das Schreckgespenst einer kommunistisch-atheistischen Machtübernahme. Erwähnung verdient die zahlenmäßig kleine, aber finanziell starke Gruppe der Kokain-Produzenten und -exporteure, die die Kampagne maßgelblich finanzierten und die paramilitärischen Kräfte Banzers aufstellten.

# Der MNR von Victor Paz Estensoro

Diese Wahlfront, deren wichtigste Kräfte die MNR von Präsidentschaftskandidat Paz Estenssoro und die Christdemokratische Partei (DC) von Vizepräsidentschaftskandidat und Bergbaubesitzer Luis Ossio Sanjinez sind, repräsentiert vornehmlich die Interessen der Bergbaubourgeoisie, des städtischen industriellen Bürgertums, der Handelsbourgeoisie, der besser gestellten Sektoren des Kleinbürgertums, die mit dem Staatsapparat eng liiert sind, und der Zwischenhändler. Die Unterstützung für diese Front kommt – abgesehen von denen, deren Interessen vertreten sind – von einem Großteil der Beamten, die in den ersten Jahren der Banzer-Diktatur, als Banzer noch mit Paz Estenssoro regierte, als MNR-Mitglieder in den Staatsdienst eingetreten waren.

Ferner sind folgende Sektoren zu nennen:

-ein beachtlicher Teil des Kleinbürgertums, das die Machtübernahme der UDP fürchtet

-ein Teil der Landarbeiter ,die in Paz Estenssoro noch den Revolutionär sehen, der ihnen 1953 das Land und die Befreiung vom pongueaje (eine Art Schuldknechtschaft, siehe LN 71) gab

-ein beachtlicher Teil der Kolonisatoren, die auf Grund der von Paz Estenssoro während seiner Regierungszeit (1952-1956) initii erten Politik der Besiedlung des Tieflandes ihre Situation verbessern konnten.

# Die Demokratische Volkseinheit (UDP)

Diese linke Wahlfront, deren Präsidentschaftskandidat Herman Siles Zuazo von der Linken Nationalistischen Revolutionären Be-

wegung (MNRI) und deren Vizepräsidentschaftskandidat Jaime Paz Zamora von der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) sind, repräsentiert in erster Linie die Interessen der Arbeiter, Landarbeiter und des verarmten Kleinbürgertums und damit die Mehrheit des Volkes. Der Großteil der Unterstützung für die UDP kam aus den Bergbaugebieten, den Industrievierteln der Großstädte, von der ärmeren Bevölkerung der kleineren Städte und besonders von den ländlichen Gebieten.



Hernan Siles Zuazo und Jaime Paz Zamora, die siegreichen Kandidaten der Linken.

# Die Sozialistische Partei (PSI)

Als Uberraschung im Wahlkampf gilt das Abschneiden der kleinen Sozialistischen Partei mit Marcelo Quiroga Santa Cruz als Präsidentschaftskandidat. Diese Front repräsentiert nach ihren eigenen Worten die Arbeiter und Landarbeiter Boliviens, die sich für die jetzige Konjunktur eine sozialistische Alternative ohne Bündnis mit anderen Klassen wünschen. Diese Front ist- anders als die drei zuvor genannten - nur in drei Departements von Bedeutung (La Paz. Oruro, Cochabamba), hat jedoch einen unerwartet hohen Stimmenanteil erlangt, der sich aus derjenigen linken Wählerschaft zusammensetzt, die sich von der UDP nicht vertreten fühlt. Bei seiner Forderung, sämtliche Betriebe zu verstaatlichen ,dürfte es sich um ein verbalradikales wahlkampftaktisches Manöver handeln, das allerdings durchaus Wähler mobilisiert hat. Erwähnenswert ist noch , daß die Volksallianz der Nationalen Integration (APIN) von General René Bernal E. (Ex-Minister unter Banzer) dieselben Interessen wie Banzer vertritt, mit deutlich geringerem Erfolg als Banzer abgeschnitten hat.

ist nicht eindeutig und läßt mehrere Möglich-Das Wahlergebnis keiten offen, von denen die vier folgenden im Augenblick die plau-

sibelsten sind:

-eine Regierung von Victor Paz Estenssoro und Luis Ossio S. Diese Kandidatur hätte die Mehrheit der Stimmen im Falle einer Absprache mit der ADN Banzers, aber müßte mit massivem Widerstand der organisierten Arbeiterklasse, von Teilen der Landarbeiter und des Kleinbürgertums rechnen, zumal die Wirtschaftspolitik einer solchen Regierung im Gegensatz zu den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung stünde.

-eine Regierung der UDF mit Siles Zuazo und Jaime Paz Zamora.Diese könnte zwar mit der Unterstützung der Mehrheit der in der Produktion tätigen Bevölkerung rechnen, hätte aber eine massive Opposition im Parlament+innerhalb der Armee gegen sich. -ein Putsch der extrem rechten Kräfte innerhalb der Armee, die im Demokratisierungsprozeß Gefahren für ihre Position sehen. Nach 14 Jahren Militärdiktatur ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen ein Weiterregieren der Armee. Darum müßte solch ein Putsch.um erfolgreich zu sein, mit äußerster Härte durchgeführt werden. -als möglicher Ausweg und für die Rechte interessante Lösung dieser Patt-Situation könnte folgendes geschehen: Die Wahl im Kongreß von Hernan Siles Zuazo als Präsident mit der Unterstützung einiger Parlamentarier der Allianz MNR und die Wahl von Luis Ossio S. (DC) als Vizepräsident mit den Stimmen der Allianz MNR und der ADN von Banzer, der Ossio zur Zeit seiner Diktatur als seinen Berater schätzen lernte. Es ist klar, daß eine solche Lösung die Möglichkeit einer Spaltung in-nerhalb der beiden größten Fronten zur Folge hätte. Jede künftige bolivianische Regierung wird mit einer starken Opposition rechnen müssen und wird nach unserer Erfahrung nicht lange im Amt bleiben. Für die Linke ist klar, daß die parlamentarisch gewonnene starke Position nur die Ausgangsbasis für die eigentlichen und entscheidenden Kämpfe der Zukunft darstellt.

### GESCHICHTE DER CAMPESINOS III. TEIL

Die jüngste Geschichte der Campesinos ist noch nicht ausreichend aufgearbeitet, erforscht und analysiert. Umfangreiche Forschungen sind notwendig, um eine fundierte Analyse anstellen zu können. Deshalb muß sich auch der folgende Beitrag wesentlich auf eine Darstellung der Organisationen und Bewegungen, sowie der wichtigsten Ereignisse, beschränken: die Kontrolle der Gewerkschaften durch die Militärs seit 1966; die neuen oppositionellen Gewerkschaften; das Massaker von Cochabamba.

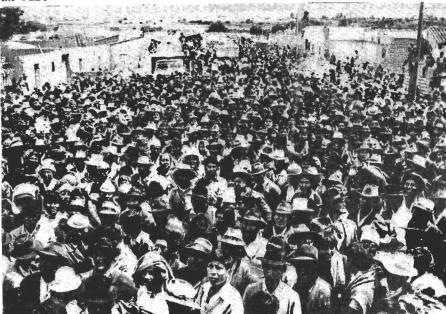
### Der ''Militär-Bauern-Pakt''

Wie schon in LN 71 berichtet, entstand 1964 der berühmt-berüchtigte "Pacto Militar-Campesino" (Militar-Bauern-Pakt), der die Gewerkschaft der Campesinos (Landarbeiter) in den Dienst der Regierung stellte. Der seit November 1964 regierende Diktator General René Barrientos O. wurde zum obersten Führer der Campesinos ernannt und nützte diese Position unter den Campesinos als Instrument zur Festigung seiner Macht aus. Obwohl ursprünglich die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Campesinos hinter Barrientos und dem Militär-Bauern-Pakt standen, fing diese Einheit kurz darauf zu bröckeln an. 10 Jahre nach der Agrarreform hatten sich unter den Campesinos auf Grund der unterschiedlichen Entwicklung und wegen der unterschiedlichen Quantität und Qualität des erhaltenen Landes beachtliche ökonomische Differenzen und eine Polarisierung herausgebildet. Alle waren aber noch in derselben Gewerkschaft zusammengefaßt, der Confederacion Nacional de Trabajadores Campesinos de Bolivia, CNTCB (Nationale Landarbeitergewerkschaft Boliviens). Die Führung dieser Gewerkschaft befand sich in der Hand einer korrupten Gruppe, die die Interessen der am besten gestellten Campesinos vertrat.

Die Wirtschaftspolitik der letzten MNR-Regierung unter V. Paz Estenssoro (1960-64) und die von Barrientos O. (64-69) begünstigte die besser gestellten Campesinos und benachteiligte die Kleinbauern und das Landproletariat. Aus diesem Grund konnte sich Barrientos die Unterstützung der offiziellen Führung des CNTCB sichern. Gleichzeitig traten auch die ersten Protestbewegungen innerhalb der Masse der Landarbeiter auf. Viele Führer dieser oppositionellen Front gehörten zur kommunistischen Partei, und als diese sich spaltete, gingen die meisten zur KP/ML über.

# Neue Gewerkschaften entstehen

Als sich diese Führer innerhalb der CNTCB nicht durchsetzen konnten, organisierten sie nach dem 2. Nationalen Bauernkongress 1963 die Confederación Independiente de Campesinos de Bolivia (Unabhängige Bauerngewerkschaft Boliviens). Die CICB charakterisiert sich dadurch, daß sie den Kampf für die Autonomie der Bauern als Klasse und die Allianz mit anderen ausgebeuteten Klassen als wichtigstes Ziel sah. Die wichtigsten Aktionsgebiete der CICB waren einige Regionen im Tal von Cochabamba und im Tal von La Paz.



Die Bauern von Tolata bei einer Rede von Oberst Raul Löpez Leyton, der in dieses Dorf kam um eine Lösung zu finden bei der Blockade der Landstraße nach Santa Cruz.

Mitte der sechziger Jahre breitete sich im ganzen Land Unbehagen aus, weil die Interessenvertretung der Bauern und Landarbeiter, die offizielle Bauerngewerkschaft CNTCB, durch die Regierung gegängelt wurde. Die Mehrzahl der Bauern war nicht mit den von der Regierung bezahlten und eingesetzten Führern einverstanden. Nach und nach bildeten sich oppositionelle lokale Gruppen. Nördlich der Stadt Santa Cruz entstand die Union de Campesinos Pobres (UCAPO, Vereinigung der armen Landarbeiter), welche hauptsächlich aus dem besitzlosen Landproletariat bestand. Thre Führer waren meistens ehemalige Bergarbeiter, die Mitglieder der PC/ML waren und eng mit der CICB zusammenarbeiteten. Auf dem Altiplano, in der Gegend um den Titicacasee, entstand eine oppositionelle Bewegung, die innerhalb der CNTCB arbeitete und sich CNTCB Tupac Katari nannte. Sie vertrat in erster Linie die Interessen der Kleinbauern, deren wirtschaftliche Situation sich während der Barrientos-Diktatur besonders verschlechterte. Auf dem Kongress der CNTCB 1971 konnte sich diese Gruppe, angeführt von Genaro Flores, durchsetzen und die Führung der gesamten CNTCB übernehmen.

# Die Linke und die campesinos

Diese drei Bewegungen, CICE, UCAPO und Tupac Katari, kämpften während der Barrientos-Diktatur erfolgreich gegen die Einführung des Impuesto Unico Agropecuario (Landwirtschaftseinheitssteuer), die den Interessen der Campesinos entgegenstand und die von der korrupten offiziellen Führung des CNTCB unterstützt wurde. Diese Politik brachte den drei Bewegungen den Haß der BourgCeoisie und deren militärischer Verwalter ein. 1970 konnte die CICB unter Führung von Dionisio Iluaynapaco den Erfolg verbuchen, von der COB (Gewerkschaftsdachverband) als die Vertretung der Campesinos anerkannt zu werden. Beim 4. Nationalen Kongress der COB im Mai 1970 war die CICB mit 65 Delegierten vertreten. Unmittelbar nach dem Militärputsch des damaligen Oberst Hugo Banzer, am 21. August 1971, wurden diese drei Bewegungen verboten und ihre Fülirer verfolgt, verhaftet und einige erschossen. Die Führung der CNTCB wurde von den Militärs wieder an die alten Führer Oscar Cospedes und Pascual Gamon vergeben, die den Auftrag hatten, den Militär-Bauern-Pakt, der in den letzten zwei Jahren an Geltung verloren hatte, zu neuem Leben zu erwecken.

Obwohl der Militärputsch von Banzer zusammen mit dem MNR (Nationalistische revolutionäre Bewegung) von Paz Estenssoro und der FSB (Sozialistische Falange Boliviens) von Mario Gutierrez gegen die Interessen des Volkes gerichtet war, konnte er sich anfänglich, wenn nicht des Wohlwollens, so doch der Neutralität der Bauern sicher sein. Der Grund dafür war einerseits die Spaltung, die die Rechte zwischen den Campesinos und den Arbeitern erzeugt hatte, und andererseits die Unfähigkeit der damals existierenden linken Parteien, eine klare Politik für die Landarbeiter Boliviens zu entwickeln. Die Fehler der linken Parteien basierten auf mangelnder Analyse der bolivianischen Realität und der schematischen Übernahme von Konzepten, die in anderen Ländern und unter anderen Bedingungen entwickelt wurden.

So wurde einigen Bauernführern, die dem MNR angehört hatten, in der Volksversammlung (Mai-Aug. 1971) von den dort vertretenen linken Parteien die Aufnahme verweigert. Sie bogründeten die Ablehnung, weil sie den MNR als eine proimperialistische Partei einstuften, wobei sie die antiimperialistischen Strömungen innerhalb des MNR vernachlässigten. Die oben erwähnte anfängliche Neutralität der Bauern ermöglichte es Banzer, 1971 gegen die

linken Parteien und 1972 gegen die organisierte Arbeiterklasse mit scharfen Repressionsmaßnahmen vorzugehen.

### Das Massaker von Cochbamba

Die Situation spitzte sich bald zu. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage und vom Internationalen Währungsfondsgezwungen, verfügte Banzer Anfang 1974 einschneidende wirtschaftliche Maßnahmen (Preiserhöhungen), die in erster Linie die Landund Fabrikarbeiter trafen. Als erste protestierten die Fabrikarbeiter von La Paz und Cochabamba. In Quillacollo (kleine Stadt in der Nähe von Cochabamba) schlossen sich die Landarbeiter den demonstrierenden Fabrikarbeitern an, und bald erstreckte sich die Protestbewegung über das ganze Tal von Cochabamba, Die Landarbeiter blockierten alle Zufahrtsstraßen nach Cochabamba und verlangten die Rücknahme der wirtschaftlichen Maßnahmen. Als Antwort darauf schickte die Diktatur Panzer und Flugzeuge gegen die Aufständischen , von denen nach Berichten der bolivianischen Kirche über 200 getötet wurden. Dieses Massaker von Cochabamba ist der Auslöser für eine intensivere Politisierung unter den Massen der Campesinos, die letztlich zum faktischen Zerfall des Militär-Bauern-Paktes führt.Die Bewegung Tupac Katari, die sich seit 1971 Confederación Nacional de Trabajadores Campesinos Tupac Katari nennt, konnte sich trotz der Repression mit Hilfe des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) erfolgreich reorganisieren und stellte fortan die stärkste Organisation der Campesinos dar, nach der offiziellen, mit Regierungsgeldern am Leben erhaltenen CNTCB.

# Wahlvorbereitungen 1978

Nach der Ankündigung von allgemeinen Wahlen im November 1977 und dem erfolgreichen Hungerstreik für eine politische Amnestie im Januar 1978 agierten alle oppositionellen Landarbeiterbewegungen öffentlich und es entfaltete sich ein Ringen um den Einfluß auf dem Land. Gleichzeitig entstanden noch weitere Organisationen.

### Dies sind:

- Movimiento Indigenista Tupac Katari (Eingeborenenbewegung TK), die sich als eine indianische Bewegung versteht und die Einheit auf der Basis der Zugehörigkeit zur indianischen Rasse propagiert, im Gegensatz zur Einheit auf Klassenbasis. Ihr ideologischer Führer ist Fausto Reynaga, der einen gegen Weiße und Mischlinge gerichteten Rassismus vertritt.
- Movimiento Agrario Revolucionario (Revolutionare Agrarbewegung), auch Comite de Bases genannt, wurde vom damaligen Präsident schaftskandidaten der Christdemokraten, dem Ex-Banzer-Minister General Bernal E., aearündet.
- Comite de Bases Revolucionarias (Komitee der revolutionären Basis), eine Gruppierung, die vom MNR von Paz Estenssoro gegründet und von Miguel Trigo geführt wird.

Die letzten beiden sind nur zu Wahlzwecken von den jeweiligen Parteien gebildet worden und ihre Anerkennung durch die Basis ist gering.

Im April 1978 wurde der Movimiento Revolucionario Tupac Katari gegründet, welcher sich als der politische Arm der CNTCBTK versteht. Die Mehrheit der Führer der CNTCBTK befand sich auch in der Führung des Movimiento Revolucionario Tupac Katari.

Bei den Wahlen im Juli 1978 unterstützten die verschiedenen Campesino-Bewegungen verschiedene Kandidaten. Der MRTK und folglich der CNTCBTK unterstützten die linke Front der UDP und der CICB unter Führung von Casiano Amurrio die Linke Revolutionäre Front , FRI. Der offizielle CNTCB stand hinter General Pereda A., das Comite de Bases trat für General Bernal E. ein und das Comite de Bases Revolucionarias für die Allianz hinter Paz Estenssoro.

Nach den Wahlen von 1978 änderte sich diese Konstellation mehrfach, so daß sich 1979 eine lebhafte Entwicklung im Hinblick auf die Wahlen am 1.7.



# **MEXIKO**

# SCHWARZER REICHTUM - GRÜNE ARMUT

Die Einnahmen Mexikos aus dem Verkauf des Erdöls werden für den Rest der Amtszeit des augenblicklichen Präsidenten López Portillo auf ca. 20 Mrd US-Dollar geschätzt. Wahrscheinlich werden es noch mehr sein, denn Mexiko gehört zwar nicht der Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) an, aber folgt in seinen Preiserhöhungen konsequent den Empfehlungen und Preisvorstellungen des Erdölkartells. Über die Verwendung dieser erheblichen Einnahmen gibt es in Mexiko wilde Spekulationen. Spötter behaupten, von den zu erwartenden 20 Mrd Dollar seien bereits mindestens 60 Mrd durch Pläne und Projekte der Regierung ausgegeben. Der "schwarze Reichtum" hat zwar heute einen erheblichen Inflationsschub ausgelöst, aber eines ist heute schon sicher, an der Armut der Masse der Bevölkerung wird sich durch den Verkauf des schwarzen Goldes nichts ändern.

Das betrifft insbesondere den Agrarsektor und dort die "bevorzugten Kinder des Regimes" (so der Buchtitel des Sozialwissenschaftlers und Staatssekretärs der augenblicklichen Regierung Arturo Warman), die campesinos. Die Kleinbauern und Landarbeiter leben heute, 60 Jahre nach Abschluß der mexikanischen Revolution, die bekanntlich als Bauernrevolte begann, unter teilweise elenderen Verhältnissen als je zuvor in diesem Jahrhundert.

# Kurzer historischer Überblick über die Bauernkämpfe

Bauernerhebungen in allen lateinamerikanischen Ländern sind bereits aus der Zeit vor der Unabhängigkeit bekannt; sie sind im wesentlichen das Ergebnis der Herausbildung des Großgrundbesitzes und des Landraubs in der Kolonialzeit. Die Geschichte der Kämpfe der campesinos in Lateinamerika ist die Geschichte des Kampfes um Land. So entstand die mexikanische Revolution unter der Führung von Emiliano Zapata im Bundesstaat Morelos, südlich der Hauptstadt Mexico, aus der Erfahrung heraus, daß Großgrundbesitzer den Bauern das Land weggenommen hatten und der Kampf um die Rückgewinnung dieses Landes geführt werden mußte.

Auf juristischer Ebene wurde das Ziel des Kampfes um Land erreicht, als 1917 in der neuen politischen Verfassung des Landes die Agrarreform Verfassungsrang erhielt. In der Realität war sie damit allerdings keineswegs durchgesetzt. Verfassungen – nicht nur in Mexiko – haben es offensichtlich an sich, daß bestimmte Vorschriften lediglich auf dem Papier existieren.

Die Agrarpolitik der Regierungen nach der mexikanischen Revolution war bestimmt von einem gesetzgeberischen Perfektionismus. Es gab kaum eine Frage, die auf gesetzlichem Wege nicht gelöst wurde, die Landverteilungen hingegen gingen sehr schleppend voran. Die Agrarreform war für die der mexikanischen Revolution nachfolgenden Regierun-

gen ein Zugeständnis, das zwar Verfassungsrang hatte, aber es war ihnen lästig. Zudem hatte nach der Ermordung Zapatas 1919 die militante Bauernbewegung ihren Führer verloren und damit auch einen großen Teil ihrer militärischen Wirksamkeit.

Große Teile des Grundbesitzes auf dem Lande befanden sich im Besitz von Ausländern, insbesondere US-Bürgern. Der diplomatische Druck durch den US-Botschafter in Mexiko, verbunden mit dem Druck der ländlichen besitzenden Oberschicht auf die Regierungen verfehlte seine Wirkung nicht. Im Zusammenhang mit anderen Fragen der mexikanischen Politik wurde die Enteignung von US-Bürgern von Seiten der Regierung des nördlichen Nachbarstaates immer wieder vorgetragen und gelegentlich mit der Drohung einer militärischen Intervention verknüpft.

Die internen Machtverhältnisse in Mexiko ließen es zu, die Landverteilungen, wenn überhaupt, nur schleppend durchzuführen. Das änderte sich erst, als die Bauern – noch nicht entwaffnet – sich wieder militärisch zu Wort meldeten. Sie waren enttäuscht über den schleppenden Verlauf der Landverteilung und empört über die inzwischen eher offene als versteckte Protektion der Großgrundbesitzer, die einherging mit der Bildung der "neolatifundios", kleinerer, aber effizienterer kapitalistischer Großbetriebe. Die Bauern wechselten sozusagen die Fronten und beteiligten sich militärisch an den bürgerkriegsartigen Aufständen der "cristeros", einer klerikalen, militant-reaktionären Bewegung, die grundsätzlich Ziele und Inhalte der mexikanischen Revolution bekämpften und sogar hinter die Reform von 1857 zurückfielen; durch die Verfassung von 1857 waren u.a. die Kirchengüter enteignet worden.

Die Landverteilungen unter Präsident Cárdenas (1934 - 1940) sind ein klares Ergebnis der Beteiligung der Bauern an den Kämpfen der "cristeros"; der artikulierten militanten Unzufriedenheit der Bauern konntenur durch eine verstärkte Landverteilung und die teilweise Wiederaufnahme der ursprünglichen Reformziele begegnet werden. In die Zeit der Regierung Cárdenas fallen nahezu 30% der Landverteilungen, die zwischen 1915 und 1970 durchgeführt wurden. Ähnlich massive Landverteilungen, allerdings in geringerem Umfang, fanden erst wieder nach 1960 statt. Nicht unbeeinflußt von der "Allianz für den Fortschritt" und der "Carta von Punta del Este" sprach man jetzt von einer integralen Agrarreform und meinte damit, daß die Bodenverteilung begleitet sein müßte von Krediten und technischer Hilfe etc.

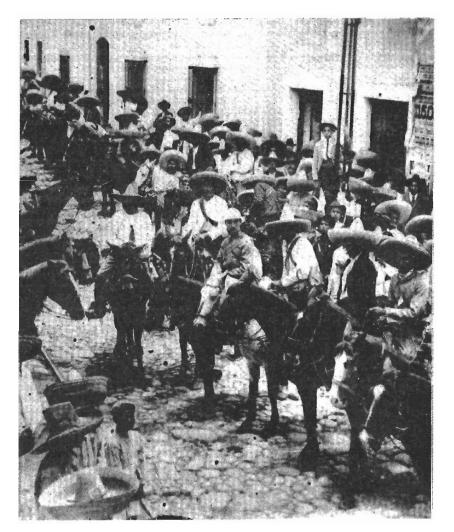
# Trotz Landverteilung - steigende Armut

Die einfache Verteilung von Land hatte in keiner Weise zur Lösung der Probleme auf dem Land und zur Beseitigung der Armut der Kleinbauern beigetragen. Das hatte verschiedene Gründe: der wichtigste war zweifellos, daß von dem insgesamt verteilten Land ca. 80% als nicht kultivierbar bezeichnet werden muß; das im wesentlichen deswegen, weil es sich um unbewässertes Land handelt und in Zonen liegt, in denen die natürlichen Regenfälle für die Agrarproduktion nicht ausreichen. Der Boden, der an die Nutznießer der Agrarreform verteilt wurde, bleibt rechtlich im Eigentum des Staates, die campesinos, und insbesondere die Bewohner die ejidos und comunidades, haben nicht das Recht, ihn zu veräußern; sie dürfen ihn auch nicht verpachten. Aber insbesondere in Bewässerungsregionen zeigt sich eine Tendenz zur illegalen Landkonzentration; die ejidos verpachten das ihnen übereignete Land an Privatleute und arbeiten auf ihrem eigenen Land als Lohnabhängige. Die Ursache dafür ist häufig, daß den ejidos keine oder nur auf sehr schwierigen Känalen Kredite gewährt werden, die das Betreiben einer Bewässerungslandwirtschaft aber überhaupt erst möglich macht. Das trifft insbesondere für die Zeit der "integralen

großen Viehzüchter vor. Sie wurden bis auf die Spitzen der Berge

Agrarreform zu, zumal die Kreditvergabe in der Regel nach banküblichen Kriterien erfolgt: Die armen Bauern erhalten sowieso keine

Die Ausdehnung des Großgrundbesitzes hatte sich teilweise unter der Hand vollzogen, von der nationalen und lokalen Presse totgeschwiegen. Eine für Mexiko typische Form der Ausdehnung des Großgrundbesitzes war (und ist teilweise heute noch) in den Zonen des tropischen Tieflandes entlang der Golf-Küste zu beobachten. Hier wurden riesige Zonen mit Urwäldern abgeholzt und die Bauern aus ihren angestammten Gebieten vertrieben. Je weiter die ursprünglichen Bewohner dieser Gebiete sich zurückzogen, umso weiter drangen die



und Hügel vertrieben. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen waren verheerend: die mit der Ökologie ihrer ursprünglichen Siedlungsgebiete vertrauten campesinos wurden in Zonen mit ihnen unbekannter Ökologie vertrieben. Die Waldrodungen, seit Jahrhunderten eine vertraute Anbautechnik, massiv auf Berghängen angewandt, führen unweigerlich zu Erosion: Der Boden ist auf Jahrhunderte unbrauchbar. Die Viehzüchter hingegen besetzen das beste Wei-

Eines dieser Gebiete, die Gegend um Tuxtepec auf der Grenze zwischen den Staaten Oaxaca und Veracruz ist heute eine der konfliktivsten Zonen. Dort sind die Landbesetzungen an der Tagesordnung, aber auch die militante Repression der Grundbesitzer, die entweder über ihre eigene oder aber über die offizielle Polizei verfügen: Der Gouverneur des Bundesstaates Veracruz soll dem Vernehmen nach einer der größten Grundbesitzer dieser Gegend sein.

Zwar gehen die Kämpfe der campesinos in der Regel um Land, aber auch mit Landverteilungen ist das Problem der Armut und der in der Tat niedrigen Produktívität im Agrarsektor nicht gelöst: Bei den Ländereien, die zwischen 1915, dem Beginn der Landverteilungen, und 1970, dem letzten Jahr, wo diesbezügliche Zahlen vorliegen, verteilt wurden, sind 80% des Bodens praktisch nicht nutzbar; das im wesentlichen deswegen, weil es sich um unbewässertes Land handelt bzw. in Gebieten liegt, in denen der natürliche Niederschlag für den landwirtschaftlichen Anbau nicht ausreicht.

Der Großgrundbesitz ist also in Mexiko nie verschwunden. In dem Maße, in dem sich das Elend der Bauern vergrößerte, begannen sie, sich durch Landbesetzungen zu wehren. In zahlreichen Bundesstaaten sind Landbesetzungen an der Tagesordnung. Daran hat die "neue" Agrarreformpolitik der augenblicklichen Regierung nichts geändert.

# Großgrundbesitzer macht Agrarreform

Die "neue" Agrarreformpolitik begann zunächst damit, daß Lopez Portillo einen bekannten Grundbesitzer und Agrarkapitalisten, Toledo Corro, zum Agrarreformminister ernannte. Was zunächst als katastrophale politische Fehlentscheidung des Regimes aussah, erwies sich im Nachhinein als ein geschickter Schachzug des Regimes. Toledo Corro ist zwar Vertreter eines Teils der Bourgeoisie, der das durch die Revolution neugeschaffene Produktionssystem der ejidos und die Wiederbelebung der comunidades immer wieder als ineffizient bezeichnet hatte und der in den kollektiven Formen der landwirtschaftlichen Produktion die Hauptursache für mangelnde Produktivität im Agrarsektor sah.

Aber Toledo Corro begann mit Landverteilungen von Großgrundbesitzern, die in Mexiko in der Tat nicht vollständig verschwunden sind. Zwar hatte das Agrarreformgesetz den Großgrundbesitz abgeschafft, und lediglich das "kleine Eigentum" (bis zu 100 ha bewässertes Land) noch zugelassen, tatsächlich existieren aber noch zahlreiche Großbetriebe, die als versteckte Latifundien bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um Betriebe, die nominell verschiedenen Personen gehören, etwa - was gesetzlich ausgeschlossen ist - Säuglingen und Kleinkindern, oder - was nicht minder ungesetzlich ist - bereits seit Jahren verstorbenen Personen, die mit Hilfe von Schmiergeldern auf administrativem Weg wieder zum "Leben" erweckt wurden.

Toledo Corro begann mit der Enteignung von Großgrundbesitzern und geriet deswegen, weil niemand das von ihm erartet hatte, in die Schlagzeilen der Presse. Plötzlich war die Agrarreform wieder ein aktuelles Thema.

Doch aufgrund der Prominenz der zur Enteignung anstehenden Großgrundbesitzer läßt sich die Strategie sehr leicht durchschauen: Es ging und geht der Regierung nicht darum, den Großgrundbesitz zu enteignen. Trotz korrupter Behörden und tatsächlich etwas verwirrender Eigentumsverhältnisse wäre es vermutlich ein leichtes, die tatsächlichen Besitzverhältnisse auf dem Lande offen zu legen und gegen den Großgrundbesitz vorzugehen. Dies kann aber nicht das Interesse der Regierung sein. Denn den Teil des Grundbesitzes abzuschaffen, der sich nach der mexikanischen Revolution stabilisiert hat und der heute nach agrarkapitalistischen Gesichtspunkten und mit moderner Technologie produziert, hieße, einen Teil des Agrarsektors umzustrukturieren, der als Exportlandschaft volkswirtschaftlich sehr wichtig ist. Ein bedeutender Teil dieser sehr produktiven landwirtschaftlichen Betriebe, die sich eher mit nordamerikanischen Farmen als mit traditionellen haciendas vergleichen läßt, liegt in den nordwestlichen Bundesstaaten Sonora und Sinaloa; dort werden hauptsächlich Tomaten für den Export in die Vereinigten Staaten produziert. Übrigens besitzt Toledo Corro seine "pequeña propiedad" (kleines Eigentum) in eben dieser Zone.

Es ist also keineswegs daran gedacht, den in Mexiko noch existierenden Großgrundbesitz tatsächlich abzuschaffen. Der Hintergrund der Kampagne besteht vielmehr darin, jedem, der es lesen kann und hören will, zu suggerieren, daß die Agrarreform wieder einmal in Bewegung gerät. Die von neuem eingeleitete Agrarreformpolitik besteht nicht in einer tatsächlichen Umverteilung des Bodens, sondern sie wird – soweit bis heute sichtbar – lediglich die prominentesten und bekanntesten Grundbesitzer enteignen. Sie stellt einen Versuch dar, für die Regierung eine Legitimationsbasis wiederzugewinnen, die eigentlich die Legitimationsbasis der Revolution war und die verloren ging.

# Repression hat viele Formen

Die Repression gegen die campesinos hat viele Formen. Eine Form direkter oder indirekter ökonomischer Repression findet sich in der Tätigkeit staatlicher Organisationen. Ein Beispiel dafür soll kurz angedeutet werden: Im nördlichsten Bundesstaat Chihuahua wurde eine staatliche Organisation gegründet, die den Forstejidos bei der Produktion und Vermarktung der Forstprodukte behilflich sein sollte. Nach einigen Jahren Tätigkeit dieser Organisation stellte sich heraus, daß sie 1. nur in den Gegenden tätig wurde, in denen die großen Holzgesellschaften des Staates Chihuahua schon seit Jahrzehnten tätig gewesen waren und an denen sie wegen Erschöpfung und Übernutzung der Wälder kein sonderliches Interesse mehr hatte. Zweitens zahlte die staatliche Gesellschaft, die u.a. auch Fertigprodukte aus den Sägewerken und kleinen Fabriken der ejidos aufkaufte, niedrigere Preise als die Privatwirtschaft. Als empörendstes Beispiel der Wirkungsweise dieser staatlichen Gesellschaft gilt, daß sie aktiv den autonomen Zusammenschluß von elf ejidos, die eigene Kleinfabriken zur Weiterverarbeitung ihrer Produkte grunden wollte, mit allen ihr zur Macht stehenden Mitteln bekämpfte und so erreichte, daß diese Union der ejido-Unternehmen trotz erheblicher Investitionen nicht produzieren kann.

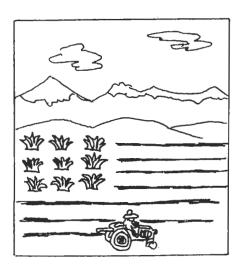
Die Repression des Scaates gegen die Bauern läuft auf allen Ebenen und mit allen denkbaren Argumenten. Eines der perfidesten Beispiele dafür ist die "Acción Condor", eine Strafaktion der Armee gegen die Mohnbauern der Sierra Madre Occidental. Durch die Aktion sollten nicht nur die Mohnfelder der Bauern zerstört werden, sondern die Schuldigen sollten auch der Strafgerichtsbarkeit zugeführt werden. Die Brutalität der Armee kannte keine Grenzen, es gab Dörfer, in denen alle Bewohner auf der Flucht vor der Armee waren, auch wenn bei weitem nicht alle Bauern am Mohnanbau beteiligt gewesen waren. In Zweifelsfällen hatte die Armee geschossen, auf Gerechte wie auf Ungerechte. Mit dem Mohnanbau werden zwar erhebliche Gewinne gemacht - es wird Rohopium gewonnen, das in die USA geschmuggelt wird ; aber häufig sind derartige illegale Geschäfte die einzige Möglichkeit der Bauern, Geld zu verdienen; der Anreiz, dabei das große Geld zu machen, ist sehr groß und wird von den Maffia-artig organisierten Schmugglern ausgenutzt. Der Grund für die Repressionsaktion der Armee ist aber ein anderer, und der ist in Mexiko bekannt, ohne daß darüber viel geredet wird: Der größte Mohnproduzent des Landes ist die Armee selber, die in entlegenen Garnisonen Mohn anbaut und aufgrund des staatlichen Gewaltmonopols keine Schwierigkeiten mit dem Export hat. Die Mohnbauern waren eine lästige Konkurrenz, die die Preise drückte.



campesinos um 1910: das gleiche Elend wie heute

Das Ausmaß der "Subsistenzlandwirtschaft" ist sehr hoch, die Produktivität sehr niedrig. 1960 produzierten 83% der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt 21% des in diesem Sektor erwirtschafteten Sozialproduktes, wobei der Eigenverbrauch mit eingerechnet ist. Diese Relationen haben sich seitdem weiter zu Ungunsten der Kleinbauern verschoben, ohne daß sie hier genau quantifiziert werden können. Es ist nicht übertrieben, festzustellen, daß über 60% der campesinos absolut unterernährt sind. Die Kindersterblichkeit auf dem Lande ist sehr hoch. Der Kampf der campesinos um Land und um bessere Produktionsbedingungen sowie staatliche Hilfe ist ein Kampf ums Überleben. Dabei haben die Bauern gemerkt, daß sie von staatlicher Seite nur dann etwas erwarten können, wenn sie in der Lage sind, wirksamen Druck auszuüben. Dieser Druck kann nur politisch sein, da sie ökonomisch in jeder Beziehung am Rande der Gesellschaft stehen. Durch einen "campesino-Streik" beispielsweise würde sich an der Versorqung der städtischen Zentren wenig ändern, da die Marktbeteiligung der campesinos sehr gering ist.

Daß die campesinos nicht mehr länger zum Stillhalten bereit sind, kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich auf lokaler Ebene neue Organisationsformen herausbilden, die im Gegensatz zu den offiziellen, an der Staatspartei PRI orientierten Bauernverbänden stehen. Die neuen autonomen campesino-Organisationen sind nur Zeit noch lokal begrenzt, sie sind oft aus lokalen Konflikten entstanden, in denen die offiziellen Bauernverbände zurückhaltend taktierten oder offen die Interessen des Staates gegen die Interessen der Bauern vertraten. In einer der nächsten Nummern der Lateinamerika-Nachrichten werden wir auf die Erscheinungsformen und die Inhalte der lokalen Bauernerhebungen zu sprechen kommen. Es ist noch nicht an der Zeit, triumphalistisch über ein neues Bauernbewußtsein zu sprechen, aber es ist sicher, daß weite Teile der Landbevölkerung angesichts des neuen Erdöl-Reichtums des Landes deutlicher als bisher merken, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen, und daß sie ihre Interessen nur dann durchsetzen können, wie sie selber in der Lage sind, Druck auszuüben.



# **KARIBIK**

Domino in der Karibik?

Dem revolutionaren Umsturz auf der Karibikinsel Grenada im März d.J. (s. LN 70, S.26) durch eine demokratischsozialistische Oppositionsbewegung folgte am 12. Juni der Sturz der Regierung Patrick John auf der ebenfalls zu den kleinen Antillen gehörenden Insel Dominica (Karte s. LN 70) und die Übernahme der Regierungsgewalt deten Interimsregierun; unter Premierminister Oliver Seraphine. Als weiterer Stein in einer möglichen Dominoreihe, die eine politische Tendenzwende in der karibischen Region anzeigt, könnte der hohe Wahlsieg vom 2. Juli (12 von 17 Parlamentssitzen) der von Allan Louisy angeführten Kuba-freundlichen Arbeiterpartei

Die drei vor kurzem erst unabhängig gewordenen Inseln gehören zu jener Gruppe von kleinen, ehemals englischen ostkaribischen Inseln, die seit den 60er Jahren, als ihnen als sogenannte "Associated States" Teilautonomie (Außen- und Verteidigungspolitik blieb in englischen Händen) gewährt worden war, alle von konservativen Regierungen geführt wurden. Unter einem mehr oder weniger dünnen Mantel von Verfassungsmäßigkeit (St. Lucia mehr, Grenada weniger) betrieben die Regierenden Korruption, Repression und den Ausverkauf ihrer Inseln. Dabei verschrieben sie sich in letzter Zeit vor allem dem Tourismus und dem Öl.

# Tourismus und Öl

Tropische Sonne, weiße Palmenstrände, üppige Regenwälder und exotische Menschen einerseits und niedrige Grundstückspreise, lange "Steuerferien" und billige Arbeitskräfte andererseits führten dazu, daß heute große Teile der ohnehin

hrten dazu, daß heute große Teile der ohnehin landarmen, übervölkerten Inseln ausländischen Hotelkonzernen (Holiday Inn, Cunard, Steigenberger) oder Privatvillenbesitzern gehören, für deren Bedürfnisse Flugplätze und Straßen gebaut wurden und in deren Versorgung mitmodernen Luxuseinrichtungen und internationaler Küche ein großer Teil der Devisen des Landes fließt.

Das Angebot der extra für den Tourismus eingerichteten zollfreien Warenhäuser und der von den Touristen verbreitete Lebensstil weckt bei der einheimischen Bevölkerung Bedürfnisse, die sie sich nicht leisten können und fördert soziale Mißstände wie westliches Statusdenken, Kriminalität und Prostitution. Fische, Meeres- und Tropenfrüchte auf den einheimischen Märkten werden täglich teurer und rarer, wenn sie nicht vonvornherein in den Luxushotelküchen und den Bäuchen der täglich anlegenden Kreuzschiffe verschwinden und die Einheimischen zwingen, sich von englischem Toastbrot und gefrorenen amerikanischen Hühnerbeinen zu ernähren.

Trotz der eigenen gravierenden Energieversorgungsprobleme spielt die karibische Region neben ihrer strategisch wichtigen Lage für den Panama-Kanal und die internationalen Schiffahrtslinien eine wichtige Rolle für die Ölversorgung der USA. 25% der US-Ölimporte - hauptsächlich aus Nahost - gehen durch karibische Umschlaghäfen und Raffinerien. So befindet sich die größte Raffinerie der Welt überhaupt auf der US-eigenen Insel St. Croix (US Virgin Islands). Auf St. Lucia ist der US Konzern Amerada Hess im Begriff, ein Großprojekt zu verwirklichen, das eine Raffinerie, einen Ölumschlaghafen und einen Freihafen umfassen soll. Mit dem Hinweis auf neue Arbeitsplätze



- die Arbeitslosenquote liegt zwischen 20 und 30% - hat die Regierung einen Vertrag akzeptiert, der das Konzerngelände zum auswärtigen Territorium macht (z.B. in Bezug auf Gerichtsbarkeit), ganz abgesehen von jenen Bedingungen, die dem Konzern niedrige Löhne, lange Steuerfreiheit, großzügige Umweltauflagen und niedrige Abgaben pro Barrel (1/4 von jenen, die z.B. Trinidad von Texaco erhält) garantieren. Die miserablen Vertragsbedingungen veranlaßten ein Mitglied der Opposition den Vertragstext zu zerreißen, um sich nicht vor seinen Kindern schämen zu müssen. Der Ausverkauf an Amerada Hess bildete dann auch einen Hauptkritikpunkt der Opposition im vergangenen Wahlkampf.

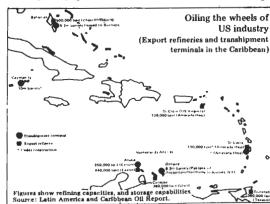
Wenig Glück mit dem Öl hatte auch Premierminister Patrick John aus Dominica. Nachdem bekannt geworden war, daß der oberste Justizbeamte, Johns rechte Hand, Südafrika für den Bau einer Ölraffinerie und eines Freihafens in Dominica gewinnen wollte, versuchte John die Verbreitung dieser Nachricht zu verhindern, indem er ein verschärftes Pressegesetz durchpeitschen wollte. Zur gleichen Zeit versuchte er auch ein die Rechte der in letzter Zeit immer militanten gewordenen Gewerkschaften einschränkendes Gesetz durchzubringen. Es kam zu einer großen Demonstration (15 000 der 80 000 Einwohner), bei der zwei Menschen von der Polizei erschossen und mehrere verletzt wurden. Daraufhin riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. 7 der 14 Abgeordneten von Johns Partei wurden abtrünnig und gründeten eine neue Partei, andere flohen ins Ausland. Johns Abdankung verzögerte sich, da sich auch der Präsident des Landes, der lt Verfassung den Rücktritt entgegennehmen muß, nach England abgesetzt hatte.

# Die Rolle von Venezuela und Kuba

Während die unmittelbare Aufmerksamkeit der USA im Augenblick dem Vorgängen in Nikaragua gilt, bemüht sich Venezuela umso mehr um die kleinen rebellischen Inseln. Die christdemokratische venezolanische COPEI-Regierung war eine der erkten, die die diplomatischen Beziehungen zur revolutionären Regierung in Grenada aufnahm. Das Bemühen auch um radikale Elemente in der Karibik zeugt von Venezuelas Entschlossenheit, seine dominante Rolle in dieser Region zu behaupten und ein Vordringen Kubas, das seine Aktivitäten in der Karibik in letzter Zeit verstärkt und viele Sympathien gewonnen hat, zu verhindern. Zwar hat auch Venezuela dem Wunsch Grenadas nach Waffenlieferungen zur Abwehr von Gairy's konterrevolutionärer Söldnerarmee nicht entsprochen - die Bewaffnung einer solchen Abwehrarmee soll angeblich nach dem Entladen von schweren Kisten aus Kuba erfolgt sein aber das Angebot für technische Hilfe und ökonomische Zusammenarbeit traf gleichzeitig mit einem ähnlichen Angebot aus Kuba ein. Neben einer wichtigen Rolle im karibischen Öl- und Bauxitgeschäft ist Venezuela auch führend in einer Reihe von Entwicklungshilfeinstitutionen und -projekten in der Karibik (z.B. Caribbean Development Bank, Caribbean Development Facility).

Die Tendenzwende nach links in den karibischen Ministaaten ist wohl nicht so sehr das Ergebnis eines gewachsenen sozialistischen Bewußtseins als vielmehr einerallgemeinen Unzufriedenheit mit den seit langer Zeit Regierenden, die es nicht schaffen, die rasch zunehmende Verschlechterung der Existenbędingungen der Mehrheit der Bevölkerung zu stoppen. Es wird immer offensichtlicher, daß die sich verringernden Einnahmen aus der traditionellen Exportproduktion wie Bananen, Zitrusfrüchte, Kakao und Gewürzen und die steigenden Energiepreise auch durch die immer wieder hochgelobten neuen Industrien Tourismus und Öl nicht aufgewogen werden können.

Obwohl das Liebäugeln der St. Lucia Labour Party mit Kuba und die Ankündigung der Boykottierung des Raffinerieprojekts sowie der Umwandlung von Touristenhotels in Schulen und Krankenhäuser für viele Unzufriedene in St. Lucia ein Grund gewesen sein mag, die linke Oppositionspartei zu wählen, ist nicht anzunehmen, daß die Mehrheit der Bevölkerung den kubanischen Weg als Vorbild für die eigene Entwicklung ansieht. Denn man weiß um die Verstrickungen mit dem westlichen kapitalistischen System und um die Schwierigkeiten aus diesen herauszukommen. Auch sind soziale Aufstiegsmöglichkeiten in beschränktem Maße noch vorhanden und die Skepsis gegenüber dem Sozialismus ist noch groß. Aber dennoch hat es sich herum-



gesprochen in der Karibik, daß in Kuba niemand hungert und obdachlos ist und es für Alle Arbeitsund Bildungsmöglichkeiten sowie Kranken- und Altersversorgung gibt.

Quellen: LAPR, LAER, The Guardian, International Herald Tribune

# 58

# **PERU**

# STREIK DER LEHRER WEITET SICH AUS

Der am 4. Juni begonnene landesweite Streik der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP hat sich inzwischen weiter ausgeweitet. Nach letzten Meldungen beläuft sich die Streikbeteiligung auf 87% (Lima und Callao), bis auf weit über 90% (99%) in den Provinzen des Landesinneren.

Die Lehrer erfahren - wie auch schon bei ihrem Streik im vergangenen Jahr - in zunehmendem Maße die aktive und solidarische Unterstützung durch andere Gewerkschaften, durch politische und kirchliche Kreise, sowie vor allem durch die Eltern- und Schülervereinigungen. So sind bislang nicht nur die Bankangestellten (am 11. Juni), sondern mittlerweile auch die Universitätsangestellten in den Streik getreten. Neuesten Informationen zufolge haben wahrscheinlich ebenfalls die Minenarbeiter auf ihrem Kongress vom 4. bis 8. Juli beschlossen, ihren Streik vom Frühjahr diesen Jahres wieder aufzunehmen.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Behörden bereits 1250 Lehrer wegen ihrer Beteiligung am Ausstand vom Dienst suspendiert haben.

Allgemein ist zu bemerken, daß die Regierung mit gleichbleibender Härte gegen die Streikenden vorgeht. Berichten zufolge gleicht
Lima einer belagerten Stadt; viele Universitäten, Schulen und
strategisch wichtige Punkte sind militärisch besetzt.
Die Militärs scheinen so nervös, daß sie sogar eine SolidaritätsDie Militärs scheinen so nervös, daß sie sogar eine SolidaritätsWasserwerfern auflösten und mehrere Verhaftungen unter den Teilnehmern vornahmen.

Da die Regierung auf ein Verhandlungsangebot der SUTEP, das eine Vermittlertätigkeit von Kardinal Landazuri vorsieht, noch nicht geantwortet hat, scheint eine Beilegung des Konflikts nicht in greifbarer Nähe zu sein.

Der ökonomische Hintergrund für den Streik der Lehrerschaft wird deutlich anhand folgender Tabelle: 59

NOMINALE UND REALE BEZÜGE DER LEHRER 1973 - 1979 (in Soles)

	Nominal	Real	Verbraucherpreisindex
1975	10.600	10.600	100
1976	12.300	7.920	155
1977	17.500	8.508	206
1978	22.000	6.157	357
1979 (Juni)	25.500	6.110	417

Quelle: Marka vom 7.6.79

# AMNESTY PROTESTIERT GEGEN VERHAFTUNGEN UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNG IN PERU

Seit Beginn des Streiks der peruanischen Lehrer am 4. Juni hat amnesty international unter dem Eindruck der bedrohlichen Lage der Streikenden mehrere Aktionen durchgeführt. Ziel dieser Aktionen ist es, über die Organisation weltweit energisch gegen das Vorgehen der Militärs während des Streiks bei den verantwortlichen Stellen zu protestieren und gleichzeitig in den jeweiligen Ländern, in denen Gruppen die Aktionen mittragen, eine breitere Öffentlichkeit für die Vorfälle in Peru zu schaffen.

In Telegrammen, Briefen und Eilbriefen protestierte amnesty am

15. und 25. Juni	gegen die Massenverhaftungen von etwa 600 Lehrern;
6. Juli	gegen die Inhaftierung und Isolierung des Ge- neralsekretärs der SUTEP, Horacio Zeballos;
9. Juli	gegen die Folterung von zum Teil minderjähri- gen Studenten, die sich seit Wochen ohne An- klage in Haft befinden.

Am 10. Juli gab die bundesdeutsche Sektion von amnesty eine Pressemitteilung zu den Ereignissen in Peru heraus:

# Generalsekretär der peruanischen Lehrergewerkschaft verhaftet

Wie amnesty international erst jetzt erfahren hat, ist am 18. Juni der Führer der peruanischen Lehrergewerkschaft, Horacio Zeballos Gamez, nach einer Protestversammlung der Lehrer von der Geheimpolizei des Landes verhaftet worden. Sein Haftort wird von der Regierung geheimgehalten. Der kritische Gesundheitszustand Zeballos' und das Fehlen jeglicher medizinischer Versorgung in peruanischen Gefängnissen gibt amnesty international Anlaß zu ernster Besorgnis. Der Gewerkschafter leidet an Lymphdrüsenkrebs und Diabetes. Die Verhaftung Zeballos' steht in offensichtlichem Zusammenhang mit dem inzwischen fünf Wochen andauernden Streik der peruanischen Lehrer und Universitätsprofessoren. In den ersten Tagen des Ausstandes hatte die Polizei mehrere hundert Lehrer sowie zahlreiche sie unterstützende Studenten und Schüler festgenommen. Alle Verhaftungen erfolgten ohne richterlichen Haftbefehl Inzwischen wurden ernst zu nehmende Vorwürfe laut, wonach die Inhaftierten mißhandelt und gefoltert würden.

Seit nahezu drei Monaten befindet sich der 17jährige Student Antonio Paraguay Taype im Gefängnis der Staatssicherheit in Lima, ohne Kontakt zur Außenwelt und ohne medizinische Versorgung. Der halbseitig gelähmte Student wird der "Agitation" und "Subversion" beschuldigt. Eine offizielle Anklage ist bislang nicht ersion worden. Am 18. Juni hatte der Rechtsanwalt Jesus Palacios versucht, mit dem Studenten Kontakt aufzunehmen. Er wurde sofort ebenfalls verhaftet.

Einem Bericht der peruanischen Zeitschrift "Equis" zufolge sind sieben von etwa 100 am 1. Mai verhafteten Studenten von Mitgliedern des peruanischen Geheimdienstes, die amnesty international namentlich bekannt sind, mit Fußtritten, Faustschlägen und Elektroschocks gefoltert worden. Die zum Teil noch Minderjährigen sollten so zu Aussagen gezwungen werden.

Der Rektor der Universität San Marcos in Lima hat beim Innenminister General Velit Sabattini gegen dieses Vorgehen Protest eingelegt. Außerdem wird sich der Menschenrechtsausschuß der Verfassungsgebenden Versammlung Perus mit den Mißhandlungen der Jugendlichen beschäftigen.

Nach Meinung von amnesty international gibt die derzeitige Menschenrechtssituation in Peru Anlaß zu großer Besorgnis. Die geschilderten Fälle stehen stellvertretend für zahlreiche, politisch begründete Verhaftungen und Mißhandlungen, die in den letzten Monaten in Peru bekannt geworden sind.

amnesty international, Bonn, den 10. Juli 1979

### PERUANISCHE STAATSBANKIERS IM JAHR DES KINDES

Um die Krise zu überwinden, müssen leider soziale Kosten in Kauf genommen werden.

Meneses, Präsident des Banco de la Nación

Die sozialen Kosten dieser Politik (der Austerity-Politik der peruanischen Regierung, d.Red.) sind dramatisch. Die Folge wird sein: 500 000 tote Kinder; diese Politik impliziert eine nicht zu diskutierende Realtität: die Peruaner werden Hunger leiden, wie heute bereits Mediziner, Soziologen und Ökonomen täglich übereinstimmend feststellen.

Moreyra, Präsident des Banco Central de Reserva

Ein Kommentar dazu ist nicht notwendig.



# 63

# CHILE

### PEINLICHKEITEN

Das Verbot des oppositionellen Wochenmagazins HOY durch die Militärs hat in Chile einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Neue Enthüllungen über den Mordfall Letelier und über die Opfer des Massenmords von Lonquén konnten auch durch dieses Verbot für zwei Monate nicht verhindert werden. Dennoch scheint die Stellung des Staatspräsidenten Augusto Pinochet auch durch diese neuen Peinlichkeiten nicht gefährdet.

Das Verbot der den Christdemokraten nahestehenden Zeitschrift HOY für zwei Monate wurde von dem Standortkommandanten der Hauptstadt Santiago ausgesprochen, nachdem HOY Interviews mit den untereinander verfeindeten Führern der gespaltenen Sozialistischen Partei Carlos Altamirano und Clodomiro Almeyda, die beide in Europa leben, veröffentlicht hatte.

Der Journalistenverband, die gesamte - an sich absolut militärfreundliche - Presse und führende Christdemokraten, unter ihnen
der ehemalige Staatspräsident Eduardo Frei, protestierten dagegen aufs heftigste, weil die Begründung für das Verbot selbst
nach den Willkürgesetzen der Junta niemals eine Handhabe hätte
geben dürfen. Die juntatreue Presse teilt zwar nicht die Ansichten der Redaktion von HOY, aber sie verlangt wie jeder Privatunternehmer ein Minimum an Sicherheitsgarantien für die Durchführung ihres Geschäfts.

# Die Sonne bringt es an den Tag

Bald aber wurde deutlich, daß es den Militärs in Wirklichkeit darum ging, die Veröffentlichung von zwei Artikeln zu verhindern, die für die nächste Ausgabe von HOY geplant waren und für die Militärdiktatur neue Peinlichkeiten bedeuten mußten. Nur wenige Tage nach dem Verbot vom 22. Juni 1979 wurde der Inhalt beider Artikel durch Veröffentlichungen in anderen Presseorganen bekannt.

In einem der beiden Artikel wurde der Bericht des Untersuchungsrichters Adolfo Bañados wiedergegeben, der den Mord an 15 Personen aufklären sollte, deren Leichen in einem Kalkofen bei Lonquén
in der Nähe der Hauptstadt aufgefunden worden waren. Bei den Ermordeten hatte es sich um Landarbeiter gehandelt, die kurze Zeit
nach dem Putsch vom 11. September 1973 von Polizisten verhaftet
worden waren. Bañados hatte diesen Fall schließlich nach der Identifizierung der Leichen zur weiteren Behandlung an die Militärjustiz abgegeben.

In seinem jetzt bekanntgewordenen Bericht heißt es nun, daß 11 der Leichen keinerlei Schußwunden aufgewiesen hätten, sodaß man annehmen muß, daß sie lebendig begraben wurden. Außerdem wird der damals zuständige Polizeichef zitiert, der entgegen früheren Behauptungen, die Verhafteten seien im Nationalstadion abgelie-

fert worden, jetzt aussagt, "unbekannte Leute" hätten die Landarbeiter erschossen, als die Polizisten gerade dabei gewesen wären, sie bei Lonquén nach Waffen zu durchsuchen.

Die Affäre hat so großes Aufsehen erregt, daß sich der jetzt zuständige Militärrichter gezwungen sah, acht Polizisten, die damals beteiligt waren, zu verhaften und unter Anklage zu stellen. Dabei handelt es sich allerdings um ein Ablenkungsmanöver mit dem Ziel, Zeit zu gewinnen: Die verhafteten Polizisten fallen unter die Generalamnestie, die von der Militärregierung so formuliert worden ist, daß sie wenige Gegner der Diktatur begünstigt, dafür aber alle Mörder und Gewalttäter aus den eigenen Reihen.

Der zweite Artikel, der von HOY geplant war, bet noch explosiveren Stoff und wurde trotzdem am 28. Juni von der "halbamtlichen" Zeitung El Mercurio nachgedruckt. Dabei geht es erneut um den Nordamerikaner Michael Townley, ehemaliger Agent des chilenischen Geheimdienstes DINA und Kronzeuge der US-Justiz im Verfahren um den Mord an dem ehemaligen chilenischen Minister Orlando Letelier am 21. September 1976 mitten in der US-Hauptstaat Washington.

Der Artikel deckt nun auf, daß am 7. April 1978, einen lag vor der Auslieferung Townleys an die USA, zwischen Ger US-Justiz und der chilenischen Regierung ein geheimes Abkommen geschlossen wurde, wonach sich die US-Justizbehörden verpflichteten, ihre Untersuchungen ausschließlich auf die Aufklärung des Falles Letelier zu beschränken und alle dazu gesammelten Informationen der chilenischen Regierung und nur ihr zugänglich zu machen. Damit wurde zwar die Aufklärung des Mordfalls Letelier sehr erleichtert, jede weitere Aufklärung anderer Verbrechen Townleys und seiner Komplizen aus der DINA aber geradezu systematisch verhindert.

Dann zeigt der Artikel auf, warum diese Übereinkunft so wichtig war: Townley war offenbar intensiv im Auftrag des ehemaligen DINA-Chefs General Manuel Contreras an den Vorbereitungen für zwei weitere Attentate beteiligt. Im September 1974 war in Euenos Aires der General Carlos Prats, Vorgänger von Pinochet als Oberbefehls-haber des chilenischen Heeres, durch eine Bombe getötet worden, und im Oktober 1975 war der stellvertretende Vorsitzende der Christdemokratischen Partei, Bernardo Leighton, in Rom bei einem Attentat schwer verwundet worden. Townley hatte sich jeweils kurz vor diesen Mordanschlägen in Buenos Aires bzw. Rom aufgehalten, hatte aber - wie im Fall Letelier auch - für den Moment des Attentats ein klares Alibi. Die Zusammenhänge sind inzwischen soweit geklärt worden, daß Untersuchungsrichter aus Italien und Argentinien an die nordamerikanische Justiz herangetreten sind, um von Townley weitere Informationen zu erhalten.

General Prats



# Aber die Zeit deckt alles wieder zu

Der eigentliche Hauptangeklagte in all diesen Mordfällen ist der General Contreras, ehemaliger Chef der DINA und bis Anfang 1978 engster Vertrauter von Pinochet. Der Antrag der US-Justiz, ihm auszuliefern, wurde von der chilenischen Justiz in erster Instanz abgewiesen, offenbar weil er genügend Material ins Ausland gebracht hat, um auch die direkte Beteiligung Pinochets zu beweisen. Obwohl die Regierung und Kongreßabgeordnete der USA daraufhin heftig protestierten und mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohten, sieht es ganz so aus, als ob die Auslieferung auch in zweiter und letzter Instanz abgelehnt würde. Die CarterAdministration hat gegenwärtig zu viele andere Sorgen, als daß

sie es sich leisten könnte, wegen dieser Frage die großen US-Privatbanken zu verärgern, die gegenwärtig mit dem Chile Pinochets außerordentlich gute Geschäfte machen.

Contreras, der zusammen mit zwei Komplizen unter Arrest steht, fühlt sich inzwischen so sicher, daß er selbst zum Angriff übergeht. So klagte er Anfang Juni - natürlich erfolglos - offiziell drei Minister an, durch ungebührliche Zugeständnisse an die USA chilenisches Verfassungsrecht gebrochen zu haben.

So peinlich alle diese Enthüllungen für Pinochet und die Regierung sein mögen, sie kommen zu spät, um direkt politisch noch etwas bewirken zu können. Wären dem General Contreras seine Mordaufträge nachgewiesen worden, als er noch engster Berater von Pinochet war, so hätte sich dieser nicht so leicht aus der Affäre ziehen können. Heute aber kann er es sich leisten, so zu tun, als hätte er mit all dem nichts zu tun. Im Gegenteil, er kann sich sogar leisten, zu erklären, daß es "mit dem Schritt zur neuen Demokratie keine Eile hat".

Wer sollte ihn auch zur Eile zwingen? Die Sozialistische Partei ist gespalten und mit der internen Auseinandersetzung voll beschäftigt. Die Kommunisten warten und hoffen auf die Christdemokraten, und die Christdemokraten warten und hoffen auf Washington. Die Beispiele des Iran und Nicaraguas aber haben gezeigt, daß Diktatoren von Washington erst dann aufgegeben werden, wenn sie gegen den Widerstand im Lande selbst keine Chance mehr haben.

# Der "Plan der Arbeit"

Die Politik Pinochets und seiner Minister ist ein ständiges Spiel auf Zeitgewinn. Das wird auch deutlich an der Politik gegenüber den Gewerkschaften, deren Kraft und oppositionelle Entschlossenheit im letzten Jahr stark zugenommen hatte. Der Versuch, die wachsende Macht der Gewerkschaften durch von oben dekretierte, überfallartig organisierte Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre zu brechen (vgl. LN Nr. 65), scheiterte Ende letzten Jahres, weil die amerikanischen Gewerkschaften des ganzen Kontinents unter Führung der AFL/CIO einen Boykott androhten, der die chilenischen Exporteure schwer getroffen hätte. Dieser Boykott wurde dadurch abgewendet, daß der Arbeitsminister ausgewechselt wurde und sein Nachfolger einen "Plan der Arbeit" für Mitte dieses Jahres ankündigte, in dem alle Forderungen der Gewerkschaften erfüllt werden sollten.

Dieser "Plan der Arbeit" ist jetzt verkündet worden. Er ist so formuliert, daß scheinbar alle Forderungen der Gewerkschaften erfüllt werden, während gleichzeitig Vorsorge getroffen wurde, daß sie den Unternehmern unterlegen bleiben. So wird zwar das Streikrecht gewährt, aber nur für 60 Tage und nur für die "nicht lebenswichtigen" und "nicht strategischen" Bereiche, und außerdem wird den Unternehmern ausdrücklich erlaubt, während eines Streiks alle Beschäftigten auszusperren oder beliebig viele Arbeitskräfte als Ersatz für die Streikenden einzustellen. Zwar wird die Tarifautonomie eingeräumt, aber nur auf der Ebene der Einzelunternehmen. Schließlich wird ausdrücklich - im Namen der Freiheit - die Gründung konkurrierender Gewerkschaften in den einzelnen Betrieben gestattet.

Die meisten Gewerkschaften haben diesen Plan heftig als "Unternehmerplan" kritisiert. Sie stehen jetzt vor der schwierigen Aufgabe, der internationalen Gewerkschaftsbewegung begreiflich zu machen, daß er kein Zugeständnis Pinochets ist, sondern eine Kampfansage.

Quellen: El Mercurio, Latin America Political Report, Le Monde.

# SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE



Pschk, Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108 Kennwort: Hilfe für Chile

# **PARAGUAY**

# DIE LÄNGSTE DIKTATUR LATEINAMERIKAS

Trotz wachsenden Widerstands im Innern und zunehmenden Drucks im Ausland verschärft das Militärregime von General Stroessner in Paraguay die Repression - entgegen eigener Verlautbarungen über eine politische Liberalisierung. Inländischer und ausländischer Druck veranlaßten die Diktatur, in den letzten beiden Jahren eine gewisse Toleranz gegenüber der Presse und den oppositionellen Kräften zu zeigen. Aber das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das autokratisch-autoritäre Regime in seinen wesentlichen Zügen erhalten geblieben ist. In den kommenden Monaten wird es seit 25 Jahren ohne Unterbrechung bestehen.

# Druck des Auslands

Das Ausland - insbesondere die USA seit Carters Amtsantritt - übt einen empfindlichen Druck auf die paraguayische Regierung aus. Die militärische Hilfe der USA wurde 1978 eingestellt, wirtschaftliche Sanktionen wurden angedroht, wenn sich die Lage der Menschenrechte nicht verbessern würde. Dies führte zu einem für Paraguay einmaligen Ereignis: eine immer wieder heruntergespielte, jedoch nicht länger zu verheimlichende Konfrontation zwischen der Regierung Paraguays und der US-Botschaft in Asunción! US-Botschafter Robert White wurde von regimetreuen Studentenorganisationen als "subversiv, Kommunistenfreund und Imperialist" bezeichnet. Selbst der bundesdeutsche Botschafter in Asunción, Josef Engels, unterstützte die Haltung seines US-amerikanischen Kollegen. Er forderte - gemeinsam mit verschiedenen oppositionellen Kräften - die Respektierung der Menschenrechte und fiel damit in Ungnade bei der Regierung.

# Nicaragua und die Folgen

Die Ereignisse in Nicaragua und in Brasilien haben den ausländischen Druck auf das Regime indirekt verstärkt. In der grausamen Geschichte der diktatorisch regierten Länder Lateinamerikas wurden die Namen Papa Doc Duvalier / Somoza / Stroessner, die am längsten herrschenden Diktatoren, immer miteinander verbunden. Bemerkenswert ist es, daß alle drei in Ländern regier(t)en, die zu den ärmsten Ländern des Kontinents geworden sind. Nach dem Tod von Duvalier konnten sich Stroessner und Somoza weiter behaupten und bildeten die Spitze der berüchtigten Diktaturen. Als die Länder des Andenpakts in der Erklärung von Cartagena offiziell Somoza ihre Unterstützung entzogen und die oppositionellen Kräfte (einschließlich der FSLN) als Vertreter des Volkes von Nicaragua anerkannten, wurde der außenpolitische Spielraum der paraguayischen Administration noch kleiner. Hinzu kam die Forderung der Carterregierung nach dem Rücktritt Somozas und die Ankündigung Brasiliens, die Beziehungen zu Nicaragua abzubrechen.

Diese Entscheidung Brasiliens ist von besonderer Bedeutung für Paraguay. Brasilien hat das Nachbarland Paraguay wirtschaftlich. politisch und kulturell weitgehend durchdrungen. Wichtige Sektoren der paraquayischen Wirtschaft (Landwirtschaft, Bankwesen, Energiesektor u.a.) sind durchsetzt mit brasilianischem Kapital. 200 000 Brasilianer haben sich zudem in den letzten Jahren im Osten Paraguays niedergelassen. Der Bevölkerungsanteil von Brasilianern im paraquayisch-brasilianischen Grenzgebiet schwankt zwischen 50 und 90% der Landbevölkerung. Riesige Ländereien im Grenzgebiet befinden sich im Besitz von Brasilianern. Auch die kulturelle Penetration ist stärker geworden. Radio- und Fernsehsendungen Brasiliens werden in diesem Gebiet problemlos empfangen. Paraguayisches Fernsehen gibt es dort nicht. Die brasilianische Währung - der Cruceiro - wird der paraguayischen Währung - dem Guaraní - vorgezogen. Auch die paraguayischen Regierungsmitglieder zeigten schon immmer eine stark pro-brasilianische Haltung. Stroessner selbst und andere wichtige Generäle haben ihre militärische Ausbildung größtenteils in Brasilien absolviert. Seit dem durch innenpolitische Schwierigkeiten bedingten Rückgang des Einflusses Argentiniens hat sich der Einfluß Brasiliens zusehends vergrößert. Die bescheidene innenpolitische Liberalisierung in Brasilien unter Präsident Figueiredo und die regierungsoffizielle Haltung und die Haltung der Opposition zu Somoza könnten Veränderungen der innenpolitischen Konstellation in Paraguay zur Folge haben.

# Unterstützung durch Diktaturen

Die paraguayische Regierung, die die politische Kräfteverschiebung in Mittelamerika, im Norden Südamerkas und in Brasilien mit Sorge beobachtet, kann sich jedoch immer noch auf die Diktaturen in Argentinien, Chile und Uruguay stützen. Die Gefahr einer zunehmenden außenpolitischen Isolierung entstand aber dadurch, daß auf der letzten OAS-Sitzung Paraguay als einziges LAnd Lateinamerikas für Somoza gestimmt hat: die anderen Diktaturen des Südkegels enthielten sich der Stimme.



Die ultrarechten .
Diktatoren Südamerikas: Mendez
(Uruguay),
Stroessner (Paraguay)





# Zuflucht für Nazis

Das Image Paraguays im Ausland wurde durch verschiedene Meldungen, ehemalige Nazi-kriegsverbrecher zu beherbergen nicht verbessert. Der Direktor des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, appelierte an den Generalsekretär der UNO und an die Kongreßmitglieder der USA, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um von Paraguay die Auslieferung von Mengele - dem "Todesengel von Auschwitz" - zu erwirken. Mengele, der nach Angaben von Wiesenthal 200 000 Kinder in die Gaskammer geführt hat, soll 1959 einen paraguayischen Paß erhalten haben. Nach Darstellung von Wiesenthal ĺebt Mengele heute unbehelligt in Paraguay. Daraufhin forderten am 27. Juni 1979 drei Mitglieder des US-Kongresses die paraguayische Regierung auf, Mengele die Staatsangehörigkeit Paraguays zu entziehen und ihn der Justiz auszuliefern. Ihren Angaben zufolge gibt es Zeugen für die Anwesenheit Mengeles in Paraguay. Der Republikaner Jesse Helms reichte im Senat ein Projekt ein, wonach die Regierung Paraguays aufgefordert werden soll, Mengele unverzüglich an die BRD auszuliefern. Die Gerüchte, daß Paraguay ein beliebtes Zufluchtsland für Naziverbrecher sei, bekamen neue Nahrung durch den Fall Wagner. Gustav Wagner war SS-Sergeant im KZ Sobibor. Der Rechtsanwalt Idel Aronis, Anwalt der jüdischen Gemeinde im Prozeß gegen Wagner in Brasilien, erklärte am 29. Juni in Sao Paulo - so eine dpa-Meldung -, daß Wagner sich in Filadelfia, einer paraguayischen Kleinstadt 200 km von der Grenze zu Brasilien entfernt gelegen, aufhalten soll.

Die innere Opposition

Auch der innenpolitische Druck auf das Regime ist stärker geworden. Eine Schlüsselstellung in der Artikulation des Widerstandes nehmen die Parteien der "ACUERDO NACIONAL" ein. DAzu gehören der PARTIDO REVOLUCIONARIO FEBRERISTA, eine sozialdemokratisch orientierte kleine PArtei, der PARTIDO DEMOCRATA CRISTIANO, von der Regierung als "Vorsaal des Kommunismus"nicht zugelassen, der PARTIDO LIBERAL RADICAL AUTENTICO, Flügel der zersplitterten ehemaligen Liberalen Partei und der MOVIMIENTO POPULAR COLORADO, abgekürzt MOPOCO, Dissidentenflügel der regierenden Colorado-Partei. Ferner der MENSCHENRECHTSAUSSCHUSS unter dem Vorsitz von Frau Lara Castro und die KIRCHENKOMMISSION, die politisch Verfolgte betreut. Auch die Botschaften der USA und der BRD zeigen eine kritische Haltung gegenüber der Regierung in Menschenrechtsfragen. Die katholische Kirche nimmt weniger präzis Stellung, doch sollte ihre Haltung gegen die Regierung nicht unterschätzt werden.



Die Unterzeichner des ACUERDO NACIONAL

Die Presse hat in den letzten Monaten eine entscheidende Rolle gespielt. Zwar hat die große Mehrheit der wichtigsten Presseorgane nur eine sogenannte "unabhängige Haltung" eingenommen, doch führte ihre mehr oder weniger objektive Berichterstattung zur Aufdeckung und breiten Bekanntmachung von brennenden Problemen.

### REPSA und die Inflation

Von REPSA, dem Ölmonompolunternehmen, wurde eine künstliche Ölknappheit erzeugt. Die internationale Ölkrise verschaffte ihm dazu eine glänzende Gelegenheit. Rückendeckung bekam die REPSA zudem von höherer Regierungsebene, weil führende Regierungsmitglieder am Geschäft beteiligt sind. Da das Land infolge der angeb lichen Ölknappheit tagelang mehr oder weniger gelähmt wurde, gab dies genug Veranlassung, das Ölunternehmen öffentlich zu kritisieren. Nachdem die Preise der Öl-Derivate in die Höhe stiegen, war allerdings die von REPSA propagierte Öl-Knappheit vorbei. Die infolge der Ölverteuerung und des massiven Kapitalzuflusses im Land nicht mehr zu bremsende Inflation, insbesondere spürbar bei den Lebensmitteln, und deren unübersehbare Auswirkungen auf die Wirtschaft waren dann häufigste Zielscheibe der Kritik der sogen. "unabhängigen" Zeitungen.

# Korruption und Repression

Nach der größten Überschwemmung seit 1905, deren Folgen - 100000 Obdachlose, ansteckende Krankheiten, Versorgungsprobleme und Verluste in Höhe von Millionen Dollar - im April und Mai dieses Jahres Schlagzeilen machten, erreichte die Unzufriedenheit in der Be völkerung einen Höhepunkt.

Das Faß zum Überlaufen aber brachte eine Korruptionsaffaire in der Stadt Fernando de la Mora in der Nähe von Asunción. Das staatliche Unternehmen CORPOSANA, das Kanalisations- und Abwasserarbeiten durchführt, verlangte nach der Überschwemmung Wucherpreise. Die



Der verhaftete Anwalt der Gemeinde Fernando de la Mora überhöhten Preise wurden von den Einwohnern abgelehnt. Sie bildeten eine Bürgerinitiative, die Rechtsanwälte mit ihrer juristischen Vertretung beauftragte. Dies erregte zunächst kein großes Außsehen, da die Forderungen der Betroffenen berechtigt erschienen und das ganze als juristische Angelegenheit angesehen wurde. Als aber die Rechtsanwälte der Bürgerinitiative gerichtlich Anklage gegen den Generaldirektor von CORPOSANA erheben wollten, und zudem bekannt wurde, daß auch der Regierung nahestehende Personen in die Affaire verwickelt waren, ging das Regime mit Repression gegen die Bürgerinitiative und ihre Unterstützer vor.

Am 14. Juni wurden 13 führende Jugendliche des PARTIDO REVOLUCIONARIO FEBRERISTA festgenommen und nach "Investigagiones", einer berüchtigten Folterzentrale, gebracht.

Am 18. Juni wurden zwei wichtige Tageszeitungen der Hauptstadt, LA TRIBUNA und ULTIMA HORA, für 30 Tage suspendiert - wegen angeb±

licher "subversiver" Tätigkeit. Am 20. Juni wurden die führenden Anwälte des Prozesses CORPOSANA/ Fernando de la Mora in einer spektakulären Aktion festgenommen. Unter ihnen war auch der Rechtsanwalt Melgarejo, der mittlerweile wegen seines bedingungslosen Eintretens für die Bevölkerung von Fernando de la Mora berühmt geworden war. Ihm wird von der Regierung vorgeworfen, er sei Kommunist, und habe Verbindung mit argentinischen Guerillabewegungen. Zudem habe er sich in seiner Studienzeit dagegen gewehrt, daß seine juristische Examensgruppe den NAmen von General Stroessner annahm. (In Paraguay ist es Sitte, daß sich Examensgruppen einen NAmen geben.)

# Wie geht es weiter?

Heftige Proteste des US-Botschafters und des ACUERDO NACIONAL sowie des Menschenrechtsausschusses konnten bisher die Haltung des Regimes nicht ändern.

Sollten sich aber die oben beschriebenen Tendenzen im In\_ und Ausland Weiter fortsetzen, kann man davon ausgehen, daß die Regierung zu gewissen Kompromissen bereit sein könnte, um ihr Image zu verbessern. Wichtigste Absicht der Regierung scheint nach allen Indizien zu sein; dem jetzigen Druck des In- und Audands mit scheinbaren Zugeständnissen entgegenzukomæn und auf diese Weise die gegenwärtige Krise überstehen zu können, ohne wichtige personelle Veränderungen in der Regierungen vornehmen zu müssen. Die Regierung bewegt sich offensichtlich in dem Glauben, daß sich die gegenwärtige Lage der Kräfteverhältnisme in Lateinamerika in ihrem Sinne wieder verbessern könnte, insbesondere dann, wenn die Nominierung eines konservativen Präsidenten à la Nixon bzw. Ford bei den nächsten Wahlen in den USA erfolgen würde.

# ARGENTINIEN

### DIE FRAUEN VOM PLAZA DE MAYO

Vier argentinische Mütter, eine Delegation der Frauen vom Plaza de Mayo aus Buenos Aires, waren am 22. Juni in Bonn, um Öffentlichkeit und Regierungsstellen auf ein Problem aufmerksam zu machen, das wohl kaum zu ermessen ist, solange es einen nicht persönlich betrifft: In Argentinien verschwinden seit Jahren täglich Menschen - spurlos. Nach Angaben von Amnesty International sind es seit dem Militärputsch 15 000! Diese Tatsache darf wohl als allgemein bekannt vorausgesetzt werden - das Gefühl aber, was das für die Betroffenen bedeutet, offensichtlich nicht - zumindest nicht, wenn man es am Protest und Engagement der bundesdeutschen Öffentlichkeit und Regierungsstellen zu messen versucht. Protest und Unterstützung aus dem Ausland sind jedoch die letzte Hoffnung der Frauen vom Plaza de Mayo, die in Argentinien alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Wege ausgeschöpft haben.

Zwei Jahre lang etwa versammelten sich auf dem Plaza de Mayo. dem Platz vor dem Regierungspalat in Buenos Aires, jeden Donnerstag die Frauen, Mütter und Großmütter der "desaparecidos", der Verschwundenen, um von der Regierung Rechenschaft über den Verbleib ihrer Angehörigen zu fordern. Die abfällig (bewundernd !?) die "Verrückten vom Plaza de Mayo" genannten Frauen haben mit ihrem öffentlichen Auftreten, mit dem sie unter der Militärdiktatur ihr Leben riskieren, zur letzten und einzigen Waffe gegriffen, die ihnen zur Verfügung steht, um ihre Interessen zu verteidigen. Auf verschiedenste Weise haben die Militärs versucht, die Frauen an ihren Versammlungen zu hindern und sie einzuschüchtern. Am 8. Dezember 1977 wurden einige der Frauen beim Verlassen der Kirche Santa Cruz in Buenos Aires zusammen mit einer französischen Nonne entführt. Ihr Schicksal ist unbekannt. Die Leiche einer Entführten soll im Rio de la Plata gefunden worden sein. Seit dem 11. Januar 1979 haben die Militärs jegliche Demonstration auf dem Plaza de Mayo verboten - trotzdem treffen sich die Frauen weiterhin jeden Donnerstag zur gleichen Uhrzeit, nun allerdings in und vor verschiedenen Kirchen.

# Die verschwundenen Kinder

Die Frauendelegation legte eine Liste mit namentlich bekannten Verschwundenen vor: auffallend und besonders schwerwiegend sind die vielen Fälle von entführten schwangeren Frauen und von Kindern. Eine Frau berichtet: "In Argentinien sind viele Kinder im Alter zwischen 20 Tagen und 14 Jahren verschwunden. Sie sind entweder allein oder zusammen mit ihren Eltern entführt worden. Bei den verschwundenen Babies handelt es sich um in der Gefangenschaft zur Welt gekommene Kinder von entführten Frauen. Die Mütter wurden

vielfach im hochschwangeren Zustand entführt. Über ihren Verbleib ist bis auf einige Ausnahmen, wo man durch anonyme Anrufe oder inoffizielle Meldungen von der Geburt der Kinder erfuhr, nichts bekannt. Wir nehmen an, daß diese Kinder in Adoptionsheime gekommen sind oder zur Adoption freigegeben wurden. Es sind auch Fälle bekannt, in denen Kinder verkauft wurden. In einigen wenigen Fällen sind sie zu den Großeltern zurückgelangt. Das sind allerdings meistens Zufälle, so z.B., wenn Kinder gefunden werden, die Namens-schilder am Handgelenk tragen oder mit Namensplakaten auf der Straße auftauchen. Diese Falle sind aber die Ausnahme."

# Das Schicksal der Angehörigen

"Das Leben der Frauen vom Plaza de Mayo, wie überhaupt aller, die einen entführten Familienangehörigen haben, hat sich von Grund auf verändert. Mit der Entführung entsteht eine völlig neue Situation. Man muß sich mit einer total veränderten Wirklichkeit auseinandersetzen. Der Alltag erscheint in einem ganz anderen Licht, bedingt durch das Warten, die Ungewißheit, die Angst, die Unsicherheit, die Tatsache, daß man nicht weiß, ob der Angehörige noch

lebt oder schon tot ist. Als wir Frauen begannen, und zu versammeln, haben viele von uns, die vorher nie aus ihren vier Wänden herausgekommen sind, angefangen, sich einzusetzen und sich zu informieren. Einige mußten aus wirtschaftlichen Gründen anfangen zu arbeiten, da sie num eine größere Last zu tragen hatten. Z.B. die älteren Frauen, die jetzt für ihre Enkelkinder zu sorgen hatten oder die Frauen, deren Mann entführt worden ist. Sie mußten sich um Informationen bemühen und gemeinsam die effektivsten Mittel und Wege ausfindig machen, um von den Behörden Aufschluß über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erhalten. Dies hat das Loben der Frauen natürlich fundamental verändert, denn dieses gemeinsame Eintreten für eine Sache ist für die meisten von uns, die wir ja nicht parteipolitisch organisiert sind, eine völlig neue Erfahrung. Vom menschlichen Gesichtspunkt ist dies eine sehr wertvolle und bereichernde Erfahrung. Wir stärken und trösten uns gegenseitig und überlegen gemeinsam, wie wir uns am besten an die Behörden wenden, um unser Ziel zu erreichen. Das ist in jeder Hinsicht eine reiche und lebenswichtige Er-

Etwas wichtiges könnte man noch hinzufügen: nämlich, daß viele von uns keine Vorstellung davon hatten, daß solche Dinge passieren konnten. Wir sahen uns plötzlich vor einer Wirklichkeit, die uns völlig überrannt hatte. Das hat zu einem größeren Verständnis für die Probleme aller Menschen geführt, und wir versuchen selbstveständlich, den Menschen in allen Situationen zu helfen, die die Würde als solche berührt. Das ganze Drama ist fürchterlich. Es ist eine physische, psychische und emotionale Belastung. Man stelle sich nur die Situation einer Mutter vor, deren Ehemann entführt wurde. Was soll sie ihren Kirdern erzählen, wenn sie nach dem Vater fragen? Soll sie Hoffrungen schüren, daß der Vater bald zurückkommt? Oder soll sie auch den Kleinsten klarmachen, was sie nie verstehen werden - daß er vielleicht nie wieder kommt?"

# Weiterarbeit trotz Unterdrückung

"Seit dem 11. Januar 1979, als wir uns micht mehr auf dem Plaza de Mayo versammeln konnten, weil die Polizei das verhinderte, treffen wir uns jeden Donnerstag zur gleichen Uhrzeit im werschiedenen Kirchen. Die Kontakte entstehen dann spontan umter den anwesenden Frauen. Informationen werden mindlich ausgetauscht, und wir müssen sehr schnell entscheiden, was wir machen wollen, da wir ja weder Raum noch ausreichend Zeit zur Verfügung haben. Vielfach brirgen

einige von uns fertige Ideen mit, und dann entscheiden wir sofort, ob der Vorschlag angenommen wird oder nicht."

# Die Reaktion der Ehemänner

"Das Verhalten der Ehemänner ist natürlich recht unterschiedlich. Unsere Gruppe ist ja auch sehr heterogen. Was uns verbindet, ist das gemeinsame Leiden angesichts der Tatsache, daß unsere Kinder verschwunden sind. Die Reaktion der Männer hängt von vielen Umständen ab: Einige unterstützen ihre Frauen in ihren Bemühungen, andere wiederum haben große Angst, daß sich ihre Frauen in Gefahr begeben könnten, und versuchen, sie zurückzuhalten. Wir Mütter setzen trotzdem unsere Bemühungen fort, unsere Kinder zu finden."

# Wer unterstützt die Frauen?

"Wir werden von anderen Menschenrechtsorganisationen, wie der ständigen Menschenrechtskommission, der Kommission der Angehörigen von aus politischen Gründen Inhaftierten, der Ökumenischen Menschenrechtsbewegung und der argentinischen Menschenrechtsliga unterstützt.

Eine Anwaltsorganisation, ähnlich der in Brasilien, die die Frauen unterstützt, existiert in Argentinien nicht. Die Anwälte, die den oben genannten Menschenrechtsorganisationen angehören, beraten uns zwar, leisten aber keine Unterschriften. Dies wäre zur Zeit auch zu gefährlich, denn 490 Anwälte sind in den letzten Jahren verschwunden, viele von ihnen, weil sie die aus politischen Gründen Inhaftierten verteidigt hatten."

Auch auf die Unterstützung der Kirche können die argentinischen Frauen nicht zählen. Anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern beschränkt sich die kirchliche Unterstützung auf das Engagement einzelner Priester und Pfarrer.

### Petition

Die Delegation der Frauen vom Plaza de Mayo legte Parlamentariern, der Presse und Amnesty International folgende Petition

"Da alle uns zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft sind, bitten wir um Hilfe bei der Aufhellung des Schicksals unserer verschwundenen Kinder. Wir werden jede Möglichkeit wahrnehmen, die zur Aufklärung ihres Schicksals führen könnte. Das Einzige, was wir fordern, ist Gerechtigkeit! Daß sie ein Gerichtsverfahren bekommen, daß angegeben wird, welche Anklagen gegen sie erhoben werden, und daß auf dieser Grundlage verfahren wird.

Was die verschwundenen Kinder betrifft, so fordern wir, daß sie unverzüglich in ihre Familien zurückgeführt werden, denn es muß doch jedermann klar sein, daß auf ihnen keinerlei Schuld lasten kann."

Wir alle sind dazu aufgefordert, die Forderungen der Frauen vom Plaza de Mayo zu unterstützen, indem wir zumindest versuchen, in der BRD eine ÖFFENTLICHKEIT FÜR DAS SCHICKSAL DER VERSCHWUNDE-NEN UND IHRER ANGEHÖRIGEN Zu schaffen. Denn Öffentlichkeit ist SCHUTZ FÜR DIE UNTERDRÜCKTEN. ist DRUCK AUF DIE UNTERDRÜCKER!

### **DER ADMIRAL PACKT AUS**

Die französische Zeitschrift DIAL (Paris) veröffentlichte Ende Juni das Gedächtnisprotokoll eines Gespräches zwischen EMILIO FERMIN MIGNONE, Kultusminister unter Präsident Frondizi (1958-1962) und Staatssekretär der LANUSSE-Diktatur, und Admiral Massera. MASSERA war bis September 1978 eines der drei Mitglieder der argentinischen Militärjunta. Seit seiner Pensionierung versucht er, eine politische Karriere aufzubauen. Er bot sich der Carter-Administration als derjenige Politiker an, der Argentinien wieder auf den Weg der Demokratisierung und zur Abkehr von den Menschenrechtsverletzungen führen kann. Vom argentinischen Volksmund aber wird er "der Bluthund" genannt, der mitverantwortlich ist für die Verbrechen der Militärdiktatur.

Der Rechts-Konservative Mignone wurde zum Gegner der Militärjunta, als seine Tochter MONICA MIGNONE von Einheiten der Marine verschleppt worden war und seitdem nicht mehr auftauchte.

### Die Verschwundenen

Nach Ansicht Masseras wird die Mehrzahl der VERSCHWUNDENEN nicht mehr am Leben sein, denn "es ist schon zu viel Zeit verstrichen, und weil man sich kaum vorstellen kann, daß so viele Personen eine so lange Zeit in Gefangenschaft gehalten werden". Mignone fragte ihn, ob diese Antwort bedeuten würde, daß die tausende von Verschwundenen ermordet worden seien. "Nicht notwendigerweise", entgegnete Massera. Während des gesamten Gesprächs mit dem Ehepaar Mignone erhob Massera kein einziges Mal Einwendungen gegen die Verwendung der Begriffe "Verhaftet-Verschwundene" oder "von den Streitkräften Verhaftet". Der Admiral fügte hinzu, daß "viele Unschuldige im Laufe der Operationen ermordet wurden", und nannte besonders einen Fall, bei welchem eine große Anzahl von Personen "aus Versehen" verhaftet worden waren. Um diesen Irrtum zu verschleiern, "töteten die beteiligten Offiziere die Verhafteten unter dem Vorwand, es habe sich um Guerilleros gehandelt".

Um sich von der Verantwortung an den Massenmorden reinzuwaschen, versucht Massera, die Schuld der Armeeführung in die Schuhe zu schieben. "Die Streitkräfte müßten die Bevölkerung über das Schicksal aller Verschwundenen informieren, um die Ungewißheit der Betroffenen zu beenden und um noch größeren Schaden zu vermeiden."..."Jede weitere Verzögerung dieser Information ist gefährlich und verursacht in Zukunft nur große politische Schwierigkeiten mit den Familienangehörigen." Massera hob hervor, daß er diese Meinung schon vertreten habe, als er noch Mitglied der Militärjunta war. GENERAL VIDELA und BRIGADIER AGOSTI hätten sich "mit einer Kälte, die mich entsetzte", dagegen gespert in der Hoffnung, dieses Problem würde im Laufe der Zeit in Vergessenheit geraten. "Die Streitkräfte kennen genauestens die Namen aller Bürger, die ermordet wurden. Sie sind also in der Lage, alle diesbezüglichen Informationen zu geben."

# Wer ist verantwortlich?

"Jeder Militär, der irgendjemand ermordet hat, hat seine Vorgesetzten darüber informiert."... "Als Mitglied der Militärjunta bis 1978 BIN DAHER AUCH ICH VERANTWORTLICH." Und er fügte hinzu, daß er bereit war, gemeinsam mit den

beiden anderen Mitgliedern der Junta die gesamte Liste der Toten zu beglaubigen. Aber es war unerläßlich, daß die Junta-Kollegen diese Entscheidung mittragen müßten. Stattdessen sei er "besonders von der Armee" angegriffen und verleumdet worden. Dies ging so weit, daß man ihn beschuldigte, sich in Paris mit Mario Eduardo Firmenich, dem obersten Führer der Montoneros, getroffen zu haben.

Massera erinnerte sich an den Fall der jungen MONICA MIGNONE, aber bekräftigte Mehrfach: "Ich habe nichts über diesen Fall erkunden können. Aber die Marine hat mit dieser Entführung nichts zu tun." Als das Ehepaar Mignone ihm erklärte, daß sie nach ihren Informationen sicher seien, daß Mónica von der Marine verhaftet worden und in der ESCUELA DE MECANICA DE LA ARMADA (Ingenieurschule der Kriegsmarine) war, antwortete Massera: "Das stimmt nicht. Aber man kann mich natürlich belogen haben." Er versprach, die Nachforschungen nach Mónica Mignone wieder aufzunehmen. "Man könnte zum Beispiel jemanden nach Paris schicken, um mit Pater J... zu sprechen."

Einer der Höhepunkte des Gespräches war, als Massera zugab, daß die beiden französischen Nonnen, LEONIE DUQUET und ALICE DOMON, die Ende Dezember 1977 von Marine-Einheiten entführt worden waren, ermordet worden sind, und zwar von der Armee. Dies widerspricht der Zeugenaussage des Montonero-Führers, JAIME DRI, der als "verschwunden" galt, aber mehrere Monate im berüchtigten Folterzentrum der Escuela Mecánica de la Armada war und von dort fliehen konnte. Jaime Dri hatte die beiden französischen Nonnen dort gesehen und erfahren, daß sie von der Marine ermordet worden waren.

Gegenüber dem französischen Staatspräsidenten hatten die Juntamitglieder, insbesondere Präsident Videla, mehrfach versichert, daß die französischen Nonnen nicht in der Gewalt der Streitkräfte seien. Einmal behauptete die Armeeführung sogar, die beiden Frauen seien von den Montoneros entführt worden



Admiral MASSERA

Dieses Gespräch zwischen dem Ehepaar Mignone und Admiral Massera enthüllt zum ersten Mal, daß einer der Hauptverantwortlichen für die Massaker am argentinischen Volk den Streitkräften dafür die volle Verantwortung gibt. Jahrelang konnte die öffentliche Meinung in aller Welt mit der gern aufgegriffenen Behauptung der Militärjunta, die Morde und Entführungen gingen auf das Konto von bisher unkontrollierbaren rechtsextremistischen Gruppen oder zu Lasten der linken Guerilleros, während die Streitkräfte eine reine Weste hätten, irregeführt werden.

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108 Kennwort: Argentinien - Hilfe

# LESERBRIEF

Liebe FDCLer!

Neulich (d.h. ich glaub schon vor einigen Monaten) habt Ihr eine Umfrage gestartet, um von Euren Lesern Anregungen für eine Verbesserung der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN zu erhalten. Ich hatte damals u.a. vorgeschlagen, mehr Informationen und Hintergrundberichte aus Mittelamerika zu bringen, da mir die LN ziemlich von Bolivien-, Peru- und (natürlich!) Chile-experten zu wimmeln scheinen.

Wie erfreut blickten deshalb meine Augen, als sie sich auf das Titelblatt der letzten LN-Nummer richteten: endlich ein Bericht über El Salvador, von dem ich mir einige Hintergrundinformationen über dies erst in den letzten Wochen wieder "in's Licht der Öffentlichkeit" getretene Land versprach! Aber was war das? - Nur lächerliche 2 1/2 Seiten, auf denen dann auch noch über die Oberflächlichkeit westdeutscher Medien (zu Recht) lamentiert wurde. Aber außer ein paar kleinen Brocken, dem Hinweis auf die "Kontinuität militärischer Repression" (die wohl kein besonderes Merkmal nur El Salvadors ist) und dem Verweis auf einige ebenso(wenig) ergiebige Artikel in früheren LN-Nummern, fand sich wenig, was über das auch von offiziellen Medien gezeichnete Bild hinausging.

Ähnliches gilt für andere mittelamerikanische Länder: Nicaragua wird von Euch auch erst seit dem Zeitpunkt intensiver behandelt, als es allgemein "in die Schlagzeilen" rückte. Von Honduras wird fast nichts berichtet, der letzte Artikel war im Dezember 176. Immerhin hat es im August letzten Jahres dort einen Wechsel in der Militärdiktatur gegeben, der zumindest für die Anhänger einer "vollständigen" Berichterstattung der "offiziellen" Ereignisse Anlaß für ein paar Worte über dieses Land hätte gewesen sein können. Auch was Guatemala, Costa Rica, Panama - und selbst Mexiko angeht: durftig, durftig!

Stattdessen dann seitenlange, ermüdende Abhandlungen über die letzten Tendenzen der bolivianischen Wahlbündnisse (natürlich ohne Erklärung der Abkürzungen, damit der/die Nicht-Insider/in merkt, wie dürftig seine/ihre Vorkenntnisse sind.)

Wohlgemerkt: ich habe wirklich nichts gegen diese Länder, bin auch mit Mittelamerikanern und Caribiern weder verwandt noch verschwägert. Ich interessiere mich halt etwas mehr für diese Länder. Aber ich finde es einfach beschämend, daß eine Zeitung mit ansonsten positiver Einstellung zu allen Völkern Lateinamerikas anscheinend auch im Hinterkopf noch die Vorstellung von den berühmten "Bananenrepubliken"hat, "in denen eh nichts los ist". Oder haltet Ihr die Lage der Völker in dieser Region (dazu zähle ich auch die Karibik) für weniger interessant, weil sie halt zahlenmäßig nicht so groß sind? Vielleicht könnte es ja auch an den Informationen liegen, die nur spärlich aus diesen Ländern herüberkommen. - Aber da ich weiß, daß Ihr z.B. regelmäßig die Informationen des Latin American Political Report bekommt, in denen recht gut auch über Hintergrunde berichtet wird, kann ich mir diesen Mangel nur mit fehlendem Interesse Eurerseits erklären.

Na ja, könnt Ihr sagen, wir haben eben nicht die Leute, ist alles ehrenamtlich. Aber - ehrlich gesagt: ich kann mir nicht vorstellen, daß es in ganz Westberlin niemand geben soll, der sich für Mittelamerika interessiert und wenigstens die ankommenden Nachrichten auswerten kann.

Wer im Glashaus sitzt ... ". Ich weiß schon. Aber hoffentlich / vielleicht bin ich irgendwann mal soweit, daß ich Euch ein bißchen helfen kann. Bis dahin grüßt Euch mit solidarischen Grüßen

Heidi



CAMARA DOS DEPUTADOS

Brasilia, den 19. Juni 1979

Sehr geehrte Herren,

ich erhielt eine Kopie des Offenen Breifes, den Sie an General Fiequeiredo gesandt haben. Ich bin mir seiner besonderen Relevanz bewußt und meine, daß eine solche Aktion zeigt, daß der Kampf des brasilianischen Volkes alle Sektoren und alle Völker angeht, die ein demokratisches Ideal besitzen.

Als Repräsentant des Volkes in der Deputiertenkammer habe ich ununterbrochen für die Erlangung demokratischer Freiheiten im weitesten Sinne gekämpft. Dieser Kampf schließt höhere Löhne, Organisations- und Meinungsfreiheit, Respektierung der Menschenrechte, eine breite, allgemeine und uneingeschränkte Amnestie und schließlich bessere Lebensbedingungen für das Volk ein, das alles produziert und nichts oder nur das Minimum erhält, um menschenwürdig zu leben.

Ich stehe zu Ihrer Verfügung. Ich füge die Erklärungen, die ich vor der Deputiertenkammer gemacht habe, bei, die auf den Alltag des brasilianischen Volkes bezogen sind.

Hochachtungsvoll verbleibe ich

Herzlichst

MODESTO DA SILVEIRA Bundesdeputierter

# REZENSION

### KIRCHE DER ARMEN

H. Lüning, Der Papst in Mexiko. Notizen, Bilder, Dokumente von der dritten Lateinamerikanischen Bischofskonferenz, Patmos Verlag Düsseldorf.

Lünings Buch gliedert sich in drei Teile:

- Kurze Situationsbeschreibung des lateinamerikanischen Katholizismus ausgehend von 'Medellin'
- Berichte und Kommentare zur Papstreise nach Mexiko und eine Auswahl aus den wichtigsten Papstreden
- 3. Beobachtung der Bischofskonferenz in Puebla

"Was in Lateinamerika geschieht, kann nicht ohne Rückwirkungen bleiben auf die abnehmenden Kirchen" in Europa und die herkömmlichen Kirchenstrukturen. Mit dieser Feststellung und der Frage, ob die Kirchen in Europa bereit sind, das Angebot von Puebla, nämlich 'Kircheder Armen' zu sein, aufzugreifen, schliesst das Buch von Lüning. Zuvor hatte sie mit Hilfe von Berichten, Dokumenten und persönlichen Notizen – eingefangen am Rande der Konferenz in Puebla und anläßlich der Reise Johannes Paul II nach Mexiko – Reichtum und Vielfalt kirchlichen Lebens, Befreiungsbestrebungen und deren Schwierigkeiten bis hin zu Verfolgung und Martyrium dargestellt.

Darin zeigt sich unverkennbar als leitendes Interesse der Autorin Solidarität mit der 'Kirche der Armen', deren Entwicklung sie seit 13 Jahren intensiv verfolgt. Dieses Interesse wird auch schon eingangs deutlich, in der kurzen Charakterisierung der Bedeutung von 'Medellin' für Lateinamerika: 'institutionalisierte Gewalt' wurde angeprangert, statt des "Kampfes gegen das Elend" als dem "einzigen Krieg, der in unseren Ländern geführt werden muss" (Medellin), wird "nun in den meisten lateinamerikanischen Ländern... ein Kampf gegen die Armen und deren Verbündete geführt" (S.11). In diesem Zusammenhang wird die Politik transnationaler Wirtschaftsmächte und der Militärdiktaturen genannt, in deren Konsequenz Unterdrückung, Elend und Verfolgung lie gen (850 Priester hat Lateinamerika in den letzten 10 Jahren durch Ausweisung und Mord verloren, die Zahl der Laien, die Gleiches erlitten, ist tausendfach höher, 'S. 11). In die Auseinandersetzung ist auch die Theologie der Befreiung geraten, die den "weithin vergessenen Gott der Befreiung" entdeckt, die 'Kirche der Armen' begleitet und das Wachsen von Basisgemeinden unterstützt (gegenwärtig existieren in LA ca. 100000).

Vorwürfe gegen die Theologie der Befreiung (Verkürzung des Evangeliums, 'sozialistische oder kommunistische Unterwanderung') konfrontiert Lüning mit der Frage, "ob solchen Glaubensbrüdern bewusst ist, dass sie sich die Stiefel der Mi litärdiktatoren anziehen? Sie rechtfertigen ihre Christen- und Kirchenverfolgung mit der Lüge, die Kirche der Armen, die Botschaft der Befreiung seien nicht christlich." (S.14)

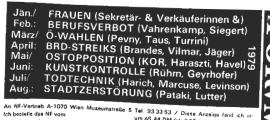
Lünings Bericht über die Papstreise bietet neben Anschaulichkeit auch eine Situationsbeschreibung aus der Perspektive der Armen. Die Ambivalenz der Papstreise und seiner Reden (vgl. Lateinamerika-Nachrichten Nr. 69) legt die Autorin mit Hilfe der für dieses Buch charakteristischen Arbeitsweise of fen: offizielle Do-

kumente werden mit Interviews, Gesprächen, Erfahrungen aus der lateinamerikanischen Realität kontrapunktorisch zusammengebracht. Ein Beispiel: Auszügen aus der Predigt des Papstes an die Priester, in der er diese ermahnt "Seid Priester..., nicht soziale oder politische Führer..." (S.41) schliesst Lüning einen Bericht über ein Gespräch an mit einem eben aus San Salvador ausgewiesenen Priester. Tage zuvor war dessen Kollege Ortiz mit vier Jugendlichen bei einem 'Einführungskurs in den christlichen Glauben' erschossen worden, weil angeblich 'Terroristen' in dem betreffenden Exerzitienhaus versammelt waren, Laienmitglieder der Gemeinde wurden verhaftet, teils sch wer gefoltert, 13 ausländische Mitarbeiter ausgewiesen. Lüning zitiert den Priester: "Wir wären froh, wenn bei uns wenigstens der Papst darüber entscheiden könnte, was politische Tätigkeit der Priester ist und was seelsorgliche." (S.43)

In ähnlicher Weise wird das Ringen während der Konferenz von Puebla dargestellt. Dabei erschliessen u.a. Gespräche mit den als Beratern offiziell nicht erwünschten Befreiungstheologen Situation und Verständnis von lateinamerikanisc her Kirche und der Bischofskonferenz (S. 94-99, 115-117). Berichtet wird auch, wie die 'Rechte' auf die Konferenz Einfluss zu neh men versuchte (S. 103-108). Konferenztabus werden aufgedeckt, z.B. der Ausschluss von 5 Journalisten, die Stellung der Nuntien (besonders problematisch gegenwärtig in Nicaragua) und der Milltärseelsorger. Auch die Rolle der Kirche Kubas für die Konferenzwird diskutie: t (S. 127f) und ein Dokument kubanischer Katholiken ("Wenn Kommunisten tun, was Christen tun sollten") eingefügt (S. 129-132).

Abschliessend erfolgt eine kurze Wer' g der Dokumente der Bischofskonferenz von Puebla. (Zu den wichtigsten Passagen dieser Dokumente siehe die Übersetzung in: Kirche in Lateinamerika, Sondernummer der Lateinamerika-Nachrichten)

Der besondere Reiz und Wert dieses leicht lesbaren Buchs von H. Lüning liegt abgesehen von der gebotenen Materialfülle insbesondere in den vielen Gesprächen mit Laien, Theologen und Bischöfen - ein Buch, das nichtnur zu einem lebensnahen Verständnis lateinamerkanischer Kirche und ihrer Situation beiträgt, sondern auch zur Solidarität mit der 'Kirche der Armen' führen will.



An Net-vertiled A-1070 When Museumstrelle 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:

In 1 Jahresaho um 65 320 DM/sfr 48 (Studenten 65 240 DM/sfr 6.50 iein Gratisprobehett

NAME

ADRESSE

ADRESSE